

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Mai 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Hamburger Wahlrechts-Attentat in der Bürgerschaft.

—r. Hamburg, 25. Mai. (Fig. Ver.)

Die Bürgerschaft stand, wie schon telegraphisch berichtet, gestern Abend im Zeichen des Wahlrechtskampfes. Die Senatsvorlage, die Hamburg mit dem Dreiklassenwahlrecht beglücken soll, kam zur ersten Beratung. Das Außerordentliche der Situation kündete sich schon rein äußerlich an. Das Haus dicht besetzt, Logen und Tribünen überfüllt, in der Senatssloge eine Kollektion Senatoren, am Senatstische nicht weniger als fünf Senatskommissare, aber keiner der beiden Bürgermeister darunter. Man sagt, sie hätten sich geweigert, die Wahlrechtsvorlage zu verteidigen. Es muß etwas Wahres daran sein, denn sonst hätte der Senat sicherlich den Bürgermeister Dr. Wöndeborg entsandt, seinen besten Redner. Statt dessen eröffnete der alte Senator D'Swald den Reden, der sich mit der kurzen Erklärung begnügte, die Senatsvorlage entspreche sich selbst, weshalb eine längere Rede Zeitverschwendung wäre. Die sachliche Schwäche der Position des Senats und der Anhänger der Vorlage war damit von vornherein gekennzeichnet. Nicht höher als das, was der Senat in einer so wichtigen Sache zu sagen hatte, standen die Ausführungen des Fraktionsredners der Rechten, des Finanzdeputierten Straß, der den Versuch unternahm, die Wählbarkeit des geheimen Kondensatils zu erschuldigen, der in intimer Verbindung mit dem Senat den Plan des Wahlrechtsausbaus vorbereitet und dann mit Hurra für das Produkt dieser intimen Verbindung plauderte.

Die Armut der Argumentation der Väter des Wechselbalgs trat erst recht in die Erscheinung, als der Fraktionsgenosse des Herrn Straß, Rechtsanwalt Dr. Wolffson, Sohn des früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten gleichen Namens, namens einer Minderheit seiner Fraktion in einer glänzenden Rede die sachliche Begründung der Senatsvorlage zerstückelte. Die Minderheit solle durch die Mehrheit verweigert werden. Keine Spur von Gefahr für den Staat sei vorhanden, denn was an angeleglicher Gefahr an die Wand gemalt worden sei, erweise sich bei nur oberflächlicher Prüfung als ungeheuerliche Liebertreibung. Wer gerecht sein wolle, müsse zugestehen, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Bürgerschaft keinerlei berechtigten Anlaß dazu gegeben hätten, ihre praktische Mitarbeit zu verschieben oder einzufrieren. Die Annahme der Vorlage wäre ein Unglück für Hamburg, denn Hof und Erbitterung würde in die Volkskreise getragen, die durch den Erwerb des Bürgerrechtes ein so reges Interesse für Hamburgs öffentliches Leben gezeigt hätten und die nun ihrer ihnen verliehenen Rechte wieder beraubt werden sollten zugunsten eines indolenten Bürgertums. Ihm sei es unbegreiflich, daß der Senat einen solchen Schritt unternehmen konnte.

Die das nacheinander folgende Verneinung, Verstand und Logik ausschaltete, zeigte das Verhalten der Bürgerchaftsmehrheit, die den in Ruhe und Sachlichkeit operierenden Redner, der in anderen Fällen stets das Ohr des Hauses hat, oft durch Ärm unterbrach. Dr. Semler, dem man nachgesagt, er gehöre zu den Vätern der Senatsvorlage, gab die feierliche, aber sehr vorsichtige Erklärung ab, daß er an dieser Vorlage unschuldig sei. Neben diese Erklärung muß man die Erklärung des Senators D'Swald halten, daß mehrere Vorlagen ausgearbeitet worden seien, von denen die der Bürgerschaft vorgelegte akzeptiert worden ist.

Die Fraktion links Zentrum, der auch Dr. Semler angehört und die als Urheberin des Wahlrechtsattentats angesehen wird, sondte ihren Vorsitzenden, den Finanzdeputierten Riese ins Gefecht, dessen Plaidoyer so nichtsagend und einschläfernd wie nur irgend möglich war.

Nun kam unser Genosse Stolten an die Reihe, schon lange erwartet von dem gesamten Auditorium. Er ging mit den Wahlrechtsräubern scharf ins Gericht. Der Senatstisch wurde zur Anklagebank, denn die Hiebe auf einen hohen Senat klangen hagelartig hernieder. Was sei denn geschehen seit dem Erlaß des jetzigen Bürgerrechtsgesetzes vom Jahre 1866? Die Arbeiterchaft hätte von dem ihr verliehenen Rechte Gebrauch gemacht, während das profitwollige Bürgertum lediglich seinem Erwerb nachjage und zu faul sei, sich um den Erwerb des Bürgerrechtes zu kümmern. Nun folgte dieses faule Bürgertum durch Verleihung von Privilegien belohnt, die Arbeiterchaft für ihr reges Interesse im öffentlichen Leben Hamburgs bestraft werden. Die Vorlage des Senats sei eine Ausgeburt nackten Klasseninteresses. Die geplante Kontingentierung der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft schlage jede Berechtigung in sich und sei eine Verungeltung der Arbeiter, die einer Verschimpfung gleichkomme. Was wäre denn Hamburg ohne die Arbeitermassen? Man erhöhe die Arbeiter als „Besitzlose“ und poche auf den „Besitz“, den doch die Arbeiter durch ihren Fleiß den „Besitzenden“ geschaffen, während sie selbst besitzlos geblieben sind. Aber nicht nur die Arbeiter sollen entrechtet werden, das Kleinbürgertum würde durch die Klassenwahl pulverisiert und einflußlos gemacht. So präsentiere sich die Vorlage als nichts anderes, denn als ein Werkzeug zur Stärkung der Macht des Senats und seiner Getreuen, der oberen Zehntausend. Wer noch einen Funken Gefühl für Gerechtigkeit habe, müsse das Attentat auf die Rechte der arbeitenden Bevölkerung energisch zurückweisen. Wenn die Sozialdemokraten sich eventuell einer Ausrufprüfung gegenüber nicht direkt ablehnend verhalten, so tue sie dies doch halb, weil sie im Anschluß anträge stellen würde, die sich in einer der Senatsvorlage entgegen gesetzten Richtung bewegen. Für die Senatsvorlage selbst gebe es ihrer Tendenz wegen nur eine glatte Wahlung. Brauchbar seien eventuell nur die Verhältnisse Wahl und das passive Wahlrecht der Beamten.

Aufgeschaltet durch Stolten's Bemerkung, den Senatskommissaren sei wohl bei der Rede Dr. Wolffson's der Witz ausgegangen, weil sie so stumm geblieben, erhob sich nun der Senator D'Swald, um mit stammelnder Stimme von einigen Wriessbogen eine Rede abzulesen, die im Stile des Rags Lorenz die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie vor Augen führen sollte. Für das neue Bürgerrechtsgesetz von 1866 hätte die Sozialdemokratie gedankt, indem sie den Dänen „Arbeiterrecht“ anbefahl. Die Massen mühten blind dem Befehl der Führer folgen. Das Bürgertum sei machtlos gegenüber der musterhaften Organisation, der straffen Disziplin und der ungeheueren Regiertheit der Sozialdemokratie, die die politische Macht erstrebe und Hamburg in ihre Hände bringen wolle, wie sie Marseille be-

herricht und miniert habe. Dagegen solle die Senatsvorlage Schutz bieten. Das alles las der Herr Senator mit stotternder, unsicherer, fast unverständlicher Stimme vom Blatt ab. Den Wahlrechtsändern wurde es schwal dabei, während sich bei den Sozialdemokraten unbändige Heiterkeit Luft machte. Diese Verteidigung der Senatsvorlage war ihrer vollkommen würdig. Als der Senator schloß, wurde seinen Getreuen ein Klip von der Brust genommen.

Der Verfasser der Vorlage, Syndikus Dr. Schaefer, hat sich vorläufig noch in Schweigen gehüllt. Seine Aufgabe ist ja auch nicht gerade reinlicher Art, ebensowenig wie seinerzeit seine Vorlesung im Reichstage, die doch aber wenigstens eine humoristische Wirkung erzielte. In diesem Punkte ist ihm der Senator D'Swald zuzugelommen.

Gegen 12 Uhr nachts wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Am Montag soll die Debatte in einer Extratsung fortgesetzt werden. Vergeblich erhob Dr. Petersen Einspruch gegen die Hay, die Mehrheit will vor den Ferien reinen Tisch machen. Anträge auf Vertagung der Senatsvorlage an einen Auschuh liegen von einer Minorität von 19 Mitgliedern der Linken und der Rechten vor. Ob sie angenommen werden, ob die Vorlage des Senats die verfassungsmäßig vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit findet oder nicht, darüber läßt sich noch nichts voraussagen. Gebeiert hat sich das Schicksal der Vorlage durch die gestrige Debatte nicht. Für die weitere allgemeine Beratung sind noch 14 Redner gemeldet, Freunde und Gegner der Senatsvorlage.

Vor dem Rathaus erwartete eine große Menschenmenge, die keinen Einloß mehr gefunden, mit Spannung das Resultat der schweren Sitzung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Mai.

Handelssens.

Die Verschärfung der Vergarbeiter ist vollendet. Graf Bilkow wird am Freitag im preussischen Abgeordnetenhause einen glänzenden Triumph feiern. Der an den Vergarbeitern verübte Zentrumsverrat wird in dritter Lesung besiegelt werden. Es entwickelt sich alles programmäßig. Die Tags vorher von Treimborn lebhaft bekämpfte Zustimmung des Zentrums zu dem nationalliberalen Kompromißantrag Dyppe in der zweiten Lesung war in der Tat das Signal des Verrats.

Für den politisch Urteilsfähigen gab es nur die Annahme zweier Möglichkeiten. Die „Verständigung“ kommt unter allen Umständen in Preußen zustande, entweder mit den Konservativen, oder mit dem Zentrum. Das Zentrum würde ja gern mit Rücksicht auf den proletarischen Einschlag seiner Gefolgschaft in der Minderheit bleiben und gern gegen einen mit konservativer Hilfe zustande kommenden Kompromiß stimmen. Aber die Konservativen um der regierenden Partei diesen Gefallen nicht, sie bleiben fest und zwingen so das Zentrum, die Farbe des Verrats zu bekennen. Die Konservativen haben weder ein Interesse daran, den Vergarbeitern noch der Regierung zu helfen. Zudem haben sie sich festgelegt. Eine Partei, deren Wortführer den nationalliberalen Kompromißtäuschern eben erst zusetzt:

„Glauben Sie denn, daß Ihnen dieses Verhalten etwas nützt? Glauben Sie denn, daß Sie das Vertrauen der Arbeiter, die von anderer Richtung sind, wie Sie, damit gewinnen? Das nützt Ihnen alles nichts: das Milieu, aus dem Sie stammen, ist so verächtlich, daß Sie, wenn die Stunde kommt, ebenso an die Laterne müssen wie wir“ —

eine solche Partei kann nicht unmittelbar darauf diese selbe erhöhte Latte einschlagen, nur hinter verschlossenen Türen, aber nicht „vor versammeltem Kriegsvolk“ auszusprechen, was sie denke.

So muß denn das Zentrum an die Laterne, die seinem Verrat ins Gesicht leuchtet. Der am Mittwoch von ihm im Reichstag veranlassete „soziale Ärm“ war nur noch für die ganz Dummen berechnet und ein Mittel, sich für alle Fälle ein Alibi zu sichern.

Man wird in der dritten Lesung die geheime Wahl dem Zentrum zugestehen, vielleicht auch noch einige andere Nichtigkeiten. Wir vermuten, daß man z. B. auch das Recht der dreijährigen Suspension fallen lassen wird, und sich mit einem Jahre begnügen wird, vielleicht auch nur mit dem bloßen Recht der Auflösung. Sachlich ist das ganz gleichgültig. Es kommt lediglich darauf an, es gefällig oder auf dem Verwaltungsweg zu ermöglichen, einen Arbeiterauschuh in dem kritischen Augenblick unschädlich zu machen, wo er gerade für die Arbeiterinteressen etwas leisten kann.

Nach siegreicher Durchsagung dieser „Konzessionen“ wird sich dann das Zentrum „schweren Herzens“ beschneiden und für die Vorlage stimmen — getreu der Parole der „Politik des Erreichbaren“, nach der allerdings nicht die christlichen Arbeiter auch nur den Schatten eines Vorteils, dafür aber die alleinseligmachende Kirche allemal irgend etwas erreicht. —

Trotha, Sergius und Nischbächer.

Von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten des Reichstages gibt es auch nicht eine Fraktion, der nicht schon der junge Herr Erzberger vom Zentrum mit der gewichtigen Miene eines eisgrauen Parlamentariärs irgend welche Vorlesung über ihr parlamentarisches Benehmen gehalten hätte. Diesmal richtete er eine väterlich milde Strafpredigt an die Rechte, weil sie am vorigen Tage durch Verlassen des Saales die Geschäfte verschleppt habe. Der väterlichen Ermahnung folgte aber sofort eine donnernde Philippika gegen unsere Fraktion, weil Genosse Ledebour sich erküht hatte, den bekannten Reaktionsverlaß des General v. Trotha einer gewöhnlichen Kritik zu unterziehen. Ledebour legte dem fürwichtigen Zentrumsprecher eine interessante Parallele nahe: er erinnerte an Volkshofar Görard, der den Prinzen Wilhelm von Dranien meuchlerisch ermordete, auf dessen Kopf der Christ-latho-

lische König Philipp II. von Spanien einen Preis aufgesetzt hatte. Das Geschrei des Zentrums kann diese unbequeme Tatsache ebenso wenig aus der Welt schaffen, wie die Bezeichnung des Großfürsten Sergius von Rußland als „erbabenes Opfer“ durch den Zentrumspräsidenten Grafen Vallestrom das Urteil der Geschichte über diesen Sproß des Hauses Romanow beeinflussen wird.

Die Vorlage selbst, die dank Erzberger zu dieser Sergius-Trotha-Debatte Anlaß gab, ist geradezu ein Schulbeispiel für die Begünstigung, die der heutige Staat privaten kapitalistischen Interessen zu teil werden läßt. An sich ließen sich, wie Genosse Ledebour hervorhob, für den Bau der Duasabahn gute Gründe ins Feld führen. Die Vorlage aber überläßt alle etwaigen Vorteile dieses Bahnbau der Privatgesellschaft und belastet das Reich mit dem weitaus größten Teil des Risikos. Kolonialdirektor Dr. Stuebel gab über die Bondfrage sehr ungenügende und über Trothas Verhalten, das er noch nicht amtlich zu kennen erklärte, gar keine Auskünfte. An der afrikanischen Landpolitik übte auch der Antikemit Latmann Kritik. Dagegen gefiel sich St. Paasche wieder in der Rolle eines Schutzherrn des Kapitalismus. Der Konservative v. Nischhofen und der Reichsparteiler Dr. Arendt gaben ihr williges Plazet; sie fanden einen wohl ungenühten Bundesgenossen in dem süddeutschen Volksparteiler Storz, während der Eugenie Kopsch in Oppositionstellung trat.

Der Schluß des Tages brachte Früchte vom Nischbächerbaum. Genosse Singer beantragte namentlich eine Abstimmung über den grundlegenden § 1 der Vorlage. Auf Wunsch des Herrn Wachen wurden die Namen der Antragsteller wiederum verlesen. Das Resultat der Abstimmung ergab genau 199 Abgeordnete, eben die zur Beschlußfähigkeit nötige Mindestzahl. Unsere Fraktion hatte nicht, wie tags zuvor die Rechte, den Saal verlassen. Ueber die Beschlußfähigkeit herrschte großer Jubel in Israel, will sagen auf der Rechten und Dr. Arendts urteutonisches Anliß strahlte eitel Lust und Sonne wieder. Aber das bittere Ende kam alsbald nach. Ueber den Konzessionsparagrafen 11 wurde namentlich abgestimmt. Nicht nur, daß diesmal das Haus nicht mehr beschlußfähig war; mit betrübter Miene mußte Graf Vallestrom mitteilen, daß auch die erste Abstimmung ungültig war. Ein wackerer Thebaner vom Freisinn nämlich hatte im Widerstreit der Gefühle das Wort der Verneinung und das Weiß der Beschung verschmäht und dem Zwiespalt seines Innern durch die Abgabe zweier blauer Entlastungsscheine doppelten Ausdruck verliehen. Wie der Präsident weiter mittelte, erzeugte der Nischbächeritus schon häufig solche Irrtümer, die bisher aber immer noch von den Schriftführern rechtzeitig bemerkt worden sind. So muß denn auch die erste Abstimmung wiederholt werden und zwar wird sie erst am nächsten Dienstag stattfinden.

Deutsches Reich.

Die gesundheitsgefährliche Strafkammer.

Alle Bemühungen, den Willi Große zu persönlichem Augenschein zu bringen, sind bisher den Sachverständigen und Verteidigern im Plögenfer Strafvollzugsprozess vereitelt worden. Nachdem die Verteidigung den Große als Zeugen hatte laden lassen, wünschte der neue Direktor des Strafgewisses die Genehmigung seiner vorgelegten Behörde. Die Verteidigung forderte diese Genehmigung, ist aber wiederum, wie das nachfolgende Schriftstück zeigt, abschlägig beschieden worden:

Der Oberstaatsanwalt des Igl. Kammergerichts.

Berlin, den 25. Mai 1905.

Nachdem der Sachverständige Dr. Leppmann sein Gutachten dahin abgegeben hat, daß von der Vorführung des Strafgefangenen Willi Große die dringende Gefahr einer erheblichen Gesundheitschädigung zu besorgen ist, lehne ich die telegraphisch erbetene Genehmigung zur Vorführung des meiner Obhut anvertrauten Strafgefangenen in der Strafkammer wider Kalkül und Gewissen ab.

J. B. Preuß.

Die Vorenthaltung dieses Zeugen wäre ein vollständiges Mästel, wenn sie leider nicht erschreckend begrifflich, allerdings mit der Strafprozessordnung unvereinbar wäre. Es gibt nur eine Deutung des Verfahrens.

Willi Große, der durch a u s G e s u n d e, kann alles vertragen, 15 Jahre Gefängnis, Einzelhaft, Disziplinarstrafen, das Lazarett und die vierte Form, die Kuffere und Kerze von Plögenfer, ja selbst Herr Leppmann — wenn er aber vor die dritte Strafkammer gebracht wird, dann „schnappt er über“, unrettbar, selbst wenn Herr Leppmann zur Beruhigung dabei ist.

Mit der Weigerung des Oberstaatsanwalts ist natürlich die Angelegenheit nicht erledigt.

End der Verhandlung am Mittwoch seien noch Einzelheiten nachgetragen, die aus dem Bericht nicht mit genügender Klarheit hervorgingen. Die Sitzung, die mit so unheimlichen Eingeständnissen schloß, begann mit einer höchst humoristischen Episode. Am Montag hatte der Vorsitzende die Entlassung des Sachverständigen der Staatsanwaltschaft Leppmann trotz des Widerspruchs der Verteidigung mit der Begründung verfügt, daß Leppmann für den Fall Skärköff, der am Dienstag verhandelt wurde, nicht notwendig sei, weil er dazu gar nicht als Sachverständiger benannt sei.

Mittwoch zu Beginn der Verhandlung meldete sich Herr Leppmann zum Wort. Der Vorsitzende hatte ein solches Vertrauen zu dem Sachverständigen, daß er in der Vermittlung, Herr Leppmann

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

wolle etwas Aufstrebendes zum Fall Skaroff sagen, ihn unter sofortiger Verständigung mit den Richtern schaurstracks zum Sachverständigen auch für den Fall Skaroff beförderte. Nachdem er mit dieser Würde bekleidet, gab Herr Oppermann dem neu gewordenen Sachverständigen erwartungsvoll das Wort. Herr Leppmann aber hatte nur den Wunsch ausdrücken wollen, auch heute — entlassen zu werden. Dieses Mißverständnis war Herrn Oppermann sehr verdrücklich.

Die Verhandlung steigerte sich bisweilen zu sehr erregten Stimmungen. Einmal sprang Herr Oppermann in leidenschaftlicher Entrüstung von seinem Sessel auf, wie die Verteidigung als Datum eines Aktenschiedes infolge eines Schreibfehlers den 23. angab, während der Vorsitzende so glücklich war, nachzuweisen, daß es sich um den 22. handelte.

Das letzte Opfer des Lötianer Buchhausprozesses, der Bauarbeiter Zwahr, ist heute aus dem Buchhause entlassen worden, nachdem er beinahe 7 Jahre hinter Buchhausmauern geschmachtet hat. Er ist aber nicht eigentlich begnadigt, sondern nur unter der Bedingung einer Bewährungsfrist vorläufig entlassen worden. Die Frist läuft so lange, wie die ursprüngliche Strafzeit, die 10 Jahre betrug. —

Resignation. Die „Soziale Praxis“ sagt zur Behandlung der Vergelegenheitsfrage: „Eine große Gelegenheit ist veräußert worden — wird sie je wiederkehren?“

Wenn eine solche Gelegenheit wiederkehrt, dann wird sie — im Sinne der unverbesserlichen nationalsozialen Optimisten — ganz sicher wieder veräußert werden. —

Unvernünftig und unbesonnen schimpft die Zentrumszeitung jetzt auf uns, weil sie unseren Feststellungen über die zwieschlächtige Zentrumspolitik nichts Sachliches mehr entgegenzusetzen weiß. Wir wollten sie damit laufen lassen, sehen aber jetzt ein, daß da offenbar Legenden geschaffen werden sollen für späteren Gebrauch. Deshalb nehmen wir dazu nochmals das Wort. Die „Märkische Volkszeitung“ bestreitet, daß sie es als unvernünftig und unbesonnen bezeichnet hat, ein Reichsgesetz zu fordern, das über die preussische Vorlage hinausgeht, und verschwendet zum Zwecke der Glaubhaftmachung ihres Abstreitens viel starke Worte gegen uns, wie Gemeinheit, Verleumdung etc. Wir legen deshalb noch einmal wörtlich her, was die „Märkische Volkszeitung“ gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Gewerbe-Ordnung über den Vergarbeitsvertrag in ihrer Nr. 114 vom 19. Mai schrieb:

Sollten die Vergleiche etwa noch einige Jahre auf eine Veränderung ihrer Lage warten, oder ist es besser, daß das Zentrum jetzt für sie herausholt, was momentan zu erreichen ist, und dann sein Augenmerk der weiteren Verbesserung des Gesetzes zuwendet? Für den wirklich vernünftigen und besonnenen Arbeiter kann die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein.

Danach ernennt man den Wert der ultramontanen Schimpferei und auch den Wert der Zentrumsanträge im Reichstage. Kein vernünftiger und besonnener — Zentrumsmann denkt daran, daß die Zentrumsanträge jemals Reichsgesetz werden.

Bei dieser Gelegenheit aber stellen wir fest, daß die „Märkische Volkszeitung“ der Wahrheit zuwider behauptet, der sozialdemokratische Antrag enthalte die Forderung der obligatorischen Arbeiterauschüsse nicht. Wir verweisen demgegenüber auf den Abdruck dieser Anträge in unserer Nr. 115, Artikel 5. Die von uns richtiggestellte Behauptung der Zentrumszeitung, wir hätten über Trimborn's Rede im Landtage nicht ausführlich berichtet, ist von diesen Blättern auch noch nicht zurückgenommen worden.

Statt dessen werfen sie uns jetzt alle Tage Lügen vor. — Halte den Döb! —

Beschränkung des Rechts auf Eheschließung.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Dienstag über die Petition eines früheren Postassistenten, betreffend Wiederanstellung in den Postdienst. Petent wolle sich im Alter von 25 Jahren verheiraten. Er war noch nicht etatsmäßig angestellt. Dies sowie der Umstand, daß die Vorgesetzten des Herratslustigen moralische und sittliche Bedenken gegen die von dem Petenten getroffene Wahl einer Lebensgefährtin geltend machten, war die Veranlassung, daß ihn die Postbehörde vor der beabsichtigten Eheschließung warnte und durchbliden ließ, daß er, falls diese Warnung seinerseits unbeachtet bleiben sollte, auf Weiterbeschäftigung im Postdienst nicht würde rechnen können. Hierdurch eingeschüchtert, gab der Beamte schriftlich die Erklärung ab, daß er das Verhältnis mit seiner Verlobten abbrechen wolle. Als er später nach einem anderen Ort versetzt worden war, erfuhr die Postbehörde, daß er dort den Besuch der Dame, welche er hatte heiraten wollen, empfangen hatte und daß diese zehn 14 Tage lang bei den Leuten, bei denen der Beamte wohnte, ebenfalls Logis genommen hatte. Diesen Umstand hielt die Reichspostverwaltung für ein so schweres Vergehen, daß die Dienstentlassung des betreffenden Postassistenten verfügt wurde.

In der Petitionskommission wurde von sozialdemokratischer Seite als auch von dem Referenten Abg. v. Gerlach ausgeführt, daß das Gesetz des entlassenen Beamten um Wiederanstellung in den Postdienst ein durchaus berechtigtes sei. Die Postbehörde hätte kein Recht, einen 25 Jahre alten Beamten das Heiraten zu verbieten. Hierüber habe dieser selbst zu entscheiden.

Der Regierungskommissar vertrat den Standpunkt, daß es sowohl im dienstlichen Interesse wie im Interesse solcher Beamten, welche noch nicht etatsmäßig angestellt seien und die deshalb heute hier und morgen dorthin veretzt werden können, selbst liege, wenn sie sich noch nicht verheiraten. Hingzu komme noch, daß der entlassene Beamte seine schriftliche Verpflichtung, das Verhältnis mit seiner Verlobten aufzulösen, nicht erfüllt habe. In sittlicher und moralischer Beziehung hätten gegen die geplante Heirat deshalb Bedenken vorzuliegen, weil die betreffende Dame, bevor sie den Postassistenten kennen gelernt hatte, ein Verhältnis mit einem Hausdiener gehabt habe, bei einer Tänzerin habe sie sich auch noch mit anderen jungen Männern eingelassen; ferner habe sich im Orte das Gespräch verbreitet, sie habe früher schon ein Kind gehabt.

All dieser Stadtläus, der hier vom Regierungsvertreter vorgetragen wurde, aber durch nichts bewiesen werden konnte, hat übrigens den petitionierenden Beamten nicht irre gemacht; er hat seine Verlobte, um deren Willen er den Postdienst verlassen mußte, später doch geheiratet.

Die Petitionskommission lehnte den Antrag des Referenten gegen 5 Stimmen ab und beschloß, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. —

Der Sieg der Flottentreiber.

Wie gemeldet wird, ist die Kritik des Flottenvereins durch eine Audienz, die der Präsident des Vereins, Fürst Salm, beim Kaiser gehabt hat, gehoben worden. Dank der „entgegenkommenden Würdigung“, welche die Darlegungen des Präsidenten beim Kaiser gefunden hätten, seien die Differenzen jetzt „vollständig ausgeglichen“ und „dadurch die bisherige Tätigkeit des Flottenvereins gesichert“. Es sei deshalb nicht ausgeschlossen, daß sich nunmehr die ausgeschiedenen Generale Menges und Keim entschließen, ihre Dienste dem Verein wieder zur Verfügung zu stellen. Es scheint fast, als ob die Behauptung, der Kaiser sei durch unwahre Mitteilungen über die Stimmung innerhalb des Flottenvereins selbst zu seinem Telegramm veranlaßt worden, wirklich zutreffend gewesen sei.

Die ganze „Krise“, an die auch von englischen Blättern sehr optimistische Hoffnungen geknüpft worden waren, ist also noch in höherem Maße eine vorübergehende Erscheinung gewesen, als selbst wir annehmen zu sollen glaubten. Die Flottentreiber der radikalen Richtung haben gesiegt. Und was das schlimmste: durch die unter den obliegenden Umständen erfolgende Entsendung des Bruders des Kaisers, des Prinzen Heinrich, zu der am Sonnabend stattfindenden Stuttgarter Hauptversammlung des Flottenvereins wird den gemeingefährlichen Flottentreibern der Panzerplattenpatrioten nun noch in höherem Maße als bisher der Stempel des Offiziösentums aufgedrückt. Demgegenüber ist es umso mehr Sache der Volkvertretung, wenigstens den Teufelmechelen der Regierungsorgane und der Schulbehörden mit dem Flottenverein energisch entgegenzutreten. Namentlich das Zentrum kann jetzt zeigen, ob es ihm mit seinem Kampf gegen die Flottentreiber ernst ist! —

Der Inszenoffizier Joachim v. Winterberg wurde vom Kriegsgericht in Halle wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, tätlicher Beleidigung eines Untergebenen und unerlaubter Entfernung mit 3 1/2 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung bestraft. —

Die Heiligkeit der Familie wurde wieder einmal durch eine Verhandlung, die am 23. Mai die Strafkammer des Landgerichts in Erfurt beschäftigte, grell beleuchtet. Als Geschwörer mußte der in Straßund 1892 geborene Hauptmann a. D. v. Eckartsberg, früher im Grenadierregiment Nr. 7, auf der Anklagebank Platz nehmen. Es war die alte Geschichte, erst die Frau eines Kameraden verführt und dann ein Duell.

Der Stabsarzt Scholz vom badischen Infanterieregiment Nr. 111 zog nach China, um dort den Vorgesetzten zu lehren, seine Frau lieh er daheim. Dem Herrn Hauptmann schenkte diese bald Gehör, aus dem freundschaftlichen wurde ein intimes Verhältnis. Nach der Rückkehr erfuhr der betrogene Gatte die Geschichte. Ueber die Stellvertretung des Herrn Hauptmann nicht sehr erfreut, kam er mit ihm in einen Wortwechsel.

Nach den in Offizierskreisen geltenden Ehrbegriffen konnte die beleidigte Ehre nur durch ein Duell wieder repariert werden. Der Stabsarzt forderte den Herrn Hauptmann auf Pistolen. In der Nähe von Erfurt ging die Schießerei vor sich, wobei der Stabsarzt schwer verwundet wurde. Da die intimen Geschichten einer solchen Eheirung nichts für die Öffentlichkeit bieten, wurde dieselbe während der Verhandlung ausgeschlossen. Vom Staatsanwalt wurden 4 Jahre Zuchthaus beantragt, der Gerichtshof schätzte den Fall aber etwas milder ein, so daß der Herr Hauptmann a. D. 2 Jahre 6 Monate ein fideles Gefängnis auf einer Festung beziehen kann — wenn er nicht in kurzer Zeit begnadigt wird.

Stuttgart, 25. Mai. (Privatdepesche.) Während in der Frage der Eisenbahntarifreform und der vierten Klasse die Volkspartei durch Hauptmann diplomatisch säufelnd ihre Bedenken äußern ließ, fand ihr Reaktionsbedner Viehsing ganz andere Töne in der heute zu Ende geführten Debatte über ein anderes Kapitel des Eisenbahnnetzes. Genosse Keil hatte beantragt, eine Eingabe der Bahn- und Weichenwärter um Vesserstellung der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und hatte dem Referenten Nieme (3.) gegenüber darauf verwiesen, daß die vor einigen Jahren eingetretene Aufbesserung um 20 Proz. bei einem Jahreseinkommen von 450 und 500 M. und einer Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden noch immer keine menschenwürdige Existenz sichere. Der Minister spendete den billigen Trost, daß in Preußen die Bahnwärter noch schlechter gestellt sind als in Württemberg. Ihm sprang der Volksparteiler Viehsing hilfsbereit bei und opponierte leidenschaftlich gegen den Antrag, weil man, wenn die unteren Beamten aufgehoben werden, auch die höheren nicht leer ausgehen lassen dürfte. Mit vereinten Kräften wurde dann auch der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Mehr Gnade fand die Anregung Keils, das Institut der Arbeiterauschüsse bei den Eisenbahnarbeitern allgemein durchzuführen, was die Regierung in Erwägung zu ziehen versprach. —

Der Leiter der Kameruner Mission über die Landberaubung der Eingeborenen.

In einer Besprechung von Parlamentariern der Rechten, die gestern abend stattfand, machte nach der „Deutschen Tageszeitung“ der Leiter der Kameruner Mission, Missionar Wehler, folgende Ausführungen:

„Von größter Wichtigkeit ist, daß die Reservate für die Eingeborenen erst festgelegt werden, ehe das Kronland vergeben wird. Am Kamerunberg hatte man einfach, wo es einem bequem schien, Kakaos gepflanzt, mitten in die Gebiete der Eingeborenen. Ost wurde den Eingeborenen der Zugang zu den Wasserläufen verweigert. Das ihnen zugewiesene Land ist auch viel zu wenig. Die Regierung ist schon seit Jahren um Abhilfe gebeten worden, aber geschehen ist bis heute noch nichts. Diese und andere Uebelstände haben sehr viel böses Blut gemacht. Vor einem Jahre drohte ein Verzweiflungskampf; wer kann sagen, was in Zukunft geschehen wird? Bei neuen Konzeptionen müssen ganz genaue Bestimmungen getroffen und der Ausdruck „herrenloses Land“ muß scharf festgelegt werden. Wir sind überzeugt, daß es der Wille der Regierung ist, zu helfen; aber vielfach hat man doch den Eindruck, als ob die Regierung selbst keine Macht über die Geschickten mehr habe, die sich als Meißelbesitzer des Kamerun-Gebirges aufspielen.“

Hier erzählt man zufällig einmal die traurige Wahrheit über die koloniale Vergewaltigung der Eingeborenen, bevor eine größere Erhebung ausgebrochen ist. Wäre freilich der Verzweiflungskampf“ bereits im vorigen Jahre ausgebrochen, so würden dieselben Verwundungen von „Banditen“, „schwarzen Wellen“ usw. auf die Kameruner niedergegossen sein, wie auf die unglückseligen Hereros. Nur deshalb, weil in Kamerun die Vererbung der Eingeborenen nicht zugunsten agrarischer Venteritter erfolgt, sondern zugunsten von Handelsgesellschaften, steht sich diesmal das Recht der Wahrheit die Ehre zu geben! Unverantwortlich ist es aber, daß die Missionare nicht schon viel früher Protest erhoben haben! —

Händlerbestialitäten in Deutsch-Ostafrika.

Vor einiger Zeit war in Deutsch-Ostafrika eine Verordnung erlassen worden, die Europäern das Vetreten Ruandas und Urundis ohne Erlaubnis des Stationschefs bei Gefängnisstrafe verbietet. Diese Verordnung dürfte, wie die „Deutsch-Ostafrika“ in ihrer Nummer vom 20. April hervorhebt, auf Vorgänge zurückzuführen sein, über die sie folgendes berichtet:

Vor einigen Tagen wurden in das hiesige (Dares-Salamer) Gefängnis drei Europäer eingeliefert, die von einem Unteroffizier der Schutztruppe von Ruanda über Ruanda hierher transportiert worden waren. Der eine ist bereits in Ruanda durch den hiesigen Bezirksrichter seinerzeit abgeurteilt worden und mit 15 Jahren Zuchthaus wegen Erbschleichung seiner beiden Wöps bestraft. Den anderen beiden (angeblich ein Oesterreicher und ein Italiener) werden ganz ungläubliche Sachen zur Last gelegt. Sie sollen als Viehhändler in Ruanda eingedrungen sein und haben dort — Hunderte Stück Rindvieh und Tausende von Schafen und Ziegen nicht den Eingeborenen abgetauft, sondern einfach weggenommen und sind, da sie bei den Eigentümern des Viehes für diesen Mobus wenig Vorliebe fanden, mit Gewalt vorgegangen. Wie es heißt, sollen etwa siebenundvierzig Eingeborene infolge dieses Viehschleibetriebes ihr Leben eingebüßt haben.“

Welche Schlässe lassen solche Vorgänge auf die Behandlung der Eingeborenen überhaupt zu! Und wie gelinde ist wiederum der Doppelbrotter davongekommen, dessen Rationalität schämig verächtlichen wird. Offenbar war es doch kein Ausländer! Man sieht aber, welche Bestialitäten die Kolonialpolitik gebiert!

Dabei betont die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“, daß die Bewohner des so vergewaltigten Distrikts höchst „friedlich“ gesinnt, ja ein geradezu „prächtiger Menschenstamm“ seien! —

Ein neuer Nachtragetat für Schwedenslra.

Der Bundesrat stimmte in seiner heutigen Sitzung je einem zweiten Nachtragsetz zum Reichshaushalts-Etat und zum Reichshaushalts-Etat der Schutzgebiete für 1905 zu. —

Vom Gewerkschafts-Kongress.

A 11n, 25. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Mittwoch-Abendigung referierte Umbreit über „Arbeits- oder Arbeiterkammern“. Die Art, wie er sein Thema beherrschte und den Gegenstand vor den Zuhörern von allen Seiten beleuchtete, fesselte völlig. Er vertrat den Standpunkt der Fraktion und plädierte für Arbeiterkammern im Gegensatz zu den Arbeiterkammern. Er hob dabei ausdrücklich hervor, daß dies nicht aus Paritätschwärmerei geschehe, sondern weil er die Arbeiterkammern für geeigneter hielt, die von ihnen zu erwartenden gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Funktionen im Interesse des arbeitenden Proletariats auch durchzuführen. Reine Arbeiterkammern hätten keine Aussicht, daß die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen Anklang bei der Regierung fänden. Der entgegenstehende Einfluß der reinen Unternehmervertretungen, in denen die Schachmacher vertreten seien, sei stärker. In den paritätischen Arbeiterkammern aber habe man mit den Stimmen lokaler Unternehmer und bei geeignetem Wahlverfahren selbst von solchen unserer Meinung zu rechnen. Gemeinsamem Vorschlägen der Unternehmer und Arbeiter aber könne die Regierung sich nicht in solchem Maße widersetzen. Selbstverständlich sei neben diesen paritätischen Kammern mit gewerbebehördlichen Funktionen keine reine Interessenvertretung des Unternehmertums mehr angebracht. Er fürchte aber auch diese nicht. — Der Redner fand starken Beifall.

Die Formel: Gewerkschaften für Arbeiterkammern, Partei für Arbeiterkammern, die vor dem Kongress geprägt worden ist, erwies sich jedoch in der Donnerstag-Sitzung des Kongresses als falsch; der Korreferent Hue, der heute im Gegensatz zu Umbreit für reine Arbeiterkammern eintrat, versuchte eine neue Prägung. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß in dieser Frage gerade die Radikalen in Partei und Gewerkschaften die paritätischen Arbeiterkammern, die Revisionisten aber und die sog. Harmonie-Apostel die radikale Forderung der reinen Arbeiterkammern vertreten. In manchen unruhigen Worten polemisierte dann Hue gegen Umbreit und trat im Gegensatz zu ihm für reine Arbeiterkammern ein. Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern seien reine Klassenvertretungen des Unternehmertums. Mit paritätischen Arbeiterkammern gestehe man den Unternehmern eine weitere Vertretung zu. Die Arbeiterkammern seien eine bloße Scheinvertretung der Arbeiterinteressen. Hue verkennt nicht, daß eine große Reihe von den Bedenken, die Umbreit gegen die reinen Arbeiterkammern geäußert hat, zutreffend seien, aber das könne ihn von der radikalere Form seiner Forderung nicht abbringen. Die Arbeiterkammern habe keine Eventual-, sondern Prinzipalanträge zu stellen. Unbegreiflich sei es ihm, wie derselbe Umbreit, der daran nicht glaube, daß die Regierung die Forderungen reiner Arbeiterkammern berücksichtigen werde, sich der Illusion hingibt, die Regierung könne die Unternehmerkammern ihrer öffentlichen rechtlichen Funktionen entkleiden. Die Diskussion zeigte übrigens, daß auch Hue eine überall anwendbare Formel für die Frage, wie die Vertreter der beiden Anschauungen einzureihen seien, nicht gefunden hat. Revisionisten und Radikale traten im bunten Durcheinander für und gegen Arbeiter- und Arbeiterkammern ein. Unter den Rednern plädierten die meisten allerdings für Arbeiterkammern. Es sei aber als symptomatisch bemerkt, daß die gesamte Fraktion der Metallarbeiter entschlossen ist, einstimmig für Arbeiterkammern zu stimmen. Man legt solchen Wert auf die Kenntnis der Haltung der einzelnen Delegierten, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen ist. Zur Abstimmung selbst kam es heute noch nicht, sondern diese wurde auf Freitag vertagt. Der Freitag wird also der große Tag des Kongresses sein, an dem entschieden wird über die Fragen: Arbeiter- oder Arbeiterkammern, Raifester und Generalfreil.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Wahlreform für Böhmen.

Aus Wien wird uns vom 23. Mai geschrieben: Dem böhmischen Landtage, der zu einer vierzehntägigen Schau-session zusammengetreten ist, sollte von der Regierung eine Vorlage unterbreitet werden, wodurch die Landesordnung des Königreiches einer „zeitgemäßen Umgestaltung“ unterzogen werden sollte. Man würde aber sehr irren, wenn man in dieser Umgestaltung die Erkenntnis wösten sehen wollte, daß die schier ein halbes Jahrhundert alte Wahlordnung den Bedürfnissen unserer Zeit nicht genüge. Es ist wahr, daß diese böhmische Landesordnung unter den lächerlichen Minderheiten der österreichischen Verfassung obenan steht und schon an das groteske Wahlssystem in Preußen oder Sachsen gemahnt, mit dem es auch das Ergebnis teilt: daß in dem Landtage des industriellsten Landes der Monarchie die arbeitenden Klassen ganz unvertreten sind und die Hauptrolle in ihm die Feudalen beider Nationalitäten spielen. Aber dergleichen Annatur läßt jede österreichische Regierung kalt und das größte Wahlrecht veranlaßt sie zu keiner Reform. Der Grund, warum sich die Regierung Gausch mit dem böhmischen Wahlreformproblem beschäftigen will, ist vielmehr parteipolitische Natur. Die Deutschen verlangen nämlich für ihr Aufgeben der Obstruktion die gesetzgeberische Festlegung ihres Rechtes, in den Landesinstitutionen (Landtagsausschüssen, Landesverwaltung, Leitung der Landesinstitute) vertreten zu sein. Heute hängt ihre Vertretung nur von dem guten Willen der Großgrundbesitzer ab, die zwischen Deutschen, welche sonst die Mehrheit, und den Tschechen, die die Mehrheit sind, in der Mitte stehen und die Nullifizierung der Minorität verhindern. Das soll nun anders werden und zwar sollen im Landtag drei Kurien errichtet werden (die deutsche, die tschechische und die der nationallosen Großgrundbesitzer), welchen die Wahlen in alle vom Landtag eingesetzte Kommissionen und Landesinstitute zufallen soll, wodurch die Vertretung der deutschen Minorität verbürgt werden würde. Als Gegenwert dieser nationalen „Konzeption“ an die Deutschen verlangen und sollen die Tschechen die Wahlförm erhalten, durch welche die jetzt gegenüber dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen ungewisshafte vorhandene Verantheiligung der Tschechen gemildert werden soll. Aus diesem Grunde, und aus keinem anderen, hat sich die Regierung Gausch unter die Wahlreformer begeben.

Diese Wahlreform, die sonst nur außerhalb Böhmens wenig interessierende Dinge enthalten wird, soll nun auch eine fogenannte allgemeine Wählerklasse einführen, die nach dem glorieichen Muster der Podensischen Reichstags-Wahlreform immer mehr das Schema wird, wonach in den Ländern und in den Gemeinden das veraltete Wahlssystem reformiert wird. Worin die Reform besteht, ist bekannt: es bleibt überall alles beim alten, nur wird den alten Wahlkörpern (in den Gemeinden) oder alten Kurien (in den Ländern) ein neuer Wahlkörper angesetzt, in dem alle Wahlberechtigten, also nicht bloß die bis dahin vom Wahlrecht ausgeschlossenen, sondern auch die in den alten Kurien mit der Wahlberechtigung ausgeschalteten erwachsenen Männer aufgenommen werden. Für die alten Wähler bedeutet die „allgemeine Wählerklasse“ also ein Pluralwahlrecht von mehrerer Intenität: es garantiert ihnen den bisherigen politischen Besitz und gewährt ihnen den Wettbewerb um die neuen Mandate, der sich dort, wo eine starke industrielle Bevölkerung wohnt, zu einer kompletten Doppelvertretung

Belgert. Dieses allgemeine Wahlrecht wird der gegenwärtigen Interessenvertretung natürlich nur in schwächsten Dosen eingespritzt; einen größeren Zweck, als sich den Anspruch der breiten Massen auf ein Wahlrecht und auf eine Vertretung vom Gasse zu schaffen, verfolgt die angebliche Modernisierung natürlich nicht. So gibt es im Abgeordnetenhaus neben 35 Abgeordneten des Privilegs — des Jenseits und der Stände — nur 72 Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechts; im Wiener Gemeinderat neben 144 Gemeinderäten der auf die Steuerzahlung aufgebauten drei Wahlkörper nur 21 Gemeinderäte des vierten allgemeinen Wahlkörpers. In den Ländern ist es bisher so gehalten worden, daß die Zahl der Abgeordneten für den Landtag immer das Doppelte davon war, was das betreffende Land an Abgeordneten zum Reichsrat wählt. Mit der böhmischen Wahlordnung will nun die Regierung auch diese lange Gerechtigkeit preisgeben, und sie plant eine Wahlreform, die für den Landtag genau soviel Mandate der allgemeinen Wählerklasse vorsieht, als Wähler aus der fünften Kurie Reichsratsabgeordnete wählt. Welche schamlose Ungerechtigkeit das wäre, zeigen zwei Zahlen. Böhmen entsendet in den Reichsrat 92 Privilegierte und 18 Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechts; für den Landtag soll dieses Verhältnis sein: 242 und 18! Und diese offenkundige Verabredung soll gerade in dem Lande erfolgen, wo die Arbeiterschaft am zahlreichsten ist, in dem eigentlichen Industrielande des Reiches! Die Reform würde etwa dreiviertel Millionen neuen Wählern das Wahlrecht geben, die sich zusammen mit der halben Million alter Wähler um die achtzehn Mandate raufen sollen, wogegen 445 Großgrundbesitzer weitere 70 Abgeordnete (darunter 35 Vöhrer von Fideikommissen allein 16 Abgeordnete!) wählen sollen! Es ist also begreiflich, daß die Einführung dieser „Reform“ innerhalb der böhmischen Arbeiterschaft die größte Empörung geweckt, die sich in Prag bereits in heftigen Straßendemonstrationen kundgegeben hat. Gegen den Willen der Arbeiterklasse kann diese Reform nicht Gesetz werden, und daß sich dieser Wille in der nachdrücklichsten Weise äußern wird, kann schließlich als sicher angenommen werden. —

Ungarisches Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete Simonh Semadam begründete in der heutigen Sitzung seinen Antrag auf Beschränkung der Auswanderung. Den Schiffsahrtsgesellschaften soll verboten werden, Agenten anzustellen; die Anfordigungen der Gesellschaften sollen nur an bestimmten Orten angeschlagen, die Verteilung zur Auswanderung soll befristet, Auswanderungsagenturen sollen behördlich aufgelöst werden. Auf Antrag Franz Kossuths beschloß das Abgeordnetenhaus, den gemeinsamen Zolltarif mit Berücksichtigung der besonderen ungarischen Interessen zu einem autonomen ungarischen Zolltarif umzuwandeln. Der Antragsteller begründete seinen Antrag damit, daß für den Fall der Errichtung eines selbständigen Zollgebietes der ungarische Tarif als Basis für die Verhandlungen mit Oesterreich und den anderen Staaten dienen werde. —

Schweiz.

Zürich, 22. Mai. (Sig. Ver.) Die Stichwahlen, die gestern im Kanton Zürich für den Kantonsrat stattfanden, haben unserer Partei leider nur Niederlagen gebracht. Vier Genossen standen noch im zweiten Wahlgang, sie haben zum Teil sogar weniger Stimmen erhalten, als bei der Hauptwahl. Zahlreiche Arbeiter brachen die Parteidisziplin und Solidarität und schädigten so ihre Partei. Unsere Fraktion ist nun im neuen Züricher Kantonsrat 38 Mann stark gegen 99 in der verflochtenen Amtsperiode. Die Bürgerlichen sind 203 Mann stark.

Im Züricher Großen Stadtrat ist nun in der dritten Sitzung die Streikinterpellation der Scharfmacher erledigt worden. Es beteiligten sich noch 11 Redner an der Debatte, wovon 4 sozialdemokratische. Das Endergebnis war die Annahme des demokratischen Antrages betreffend den Ausbau der Einigungsämter, ferner mit 60 gegen 49 (sozialdemokratische und demokratische) Stimmen die Annahme des Scharfmacher-Antrages betreffend schneidig-polizeiliches Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter. Für die Interneher und gegen die Arbeiter — das ist die Neutralität der kapitalistischen Behörden.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Das Depeschenbureau Herold meldet: Gestern Abend fand hier eine Versammlung statt, in welcher gegen den Besuch des spanischen Königs protestiert wurde; etwa 4000 Sozialisten und Anarchisten waren anwesend. Sämtliche Redner erklärten einstimmig, daß dem König ein Empfang bereitet werden müsse, der ihm die Luft nähme, nochmals nach Paris zu kommen. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher die Gemeinderatsmitglieder tadelt, weil sie, obgleich Sozialisten, den Beschluß gefaßt haben, dem König Alfonso im Rathaus einen würdigen Empfang zu bereiten.

Amerika.

Partei und Gewerkschaft.

Am 27. Juni wird die Konvention der American Labor Union in Chicago eröffnet. Die Arbeiterorganisationen des Landes sind aufgerufen worden, Delegierte zu dieser Konvention zu entsenden. Samuel Compers, Präsident der American Federation of Labor, warnt die Arbeiter davor und fordert sie auf, ihrer alten starken Organisation und der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik treu zu bleiben. „New York Sun“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der neuen Bewegung in Gewerkschaftskreisen in Beziehung zur sozialistischen Partei und meint, alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Unionismus in der Politik sehr bald als starker Faktor auftreten werde. Gegenwärtig seien die Arbeiter mehr als jemals in feindliche Lager geteilt. Außer der Politik handle es sich auch um die Organisationsform in dem Streit zwischen American Labor Union und American Federation of Labor. Erstere will die Industrieverbände zur grundlegenden Form machen, letztere die alten Gewerkschaftsverbände beibehalten. „New York Sun“ führt die Aussprüche dreier Männer an, durch welche die Stellung der verschiedenen Parteien zur Gewerkschaftsfrage gekennzeichnet wird. Samuel Compers, des alten Gewerkschaftsführers, Eugen Debs, des Sozialdemokraten und — des Präsidenten Roosevelt. Compers sagte im letzten November auf der Konvention der American Federation of Labor in San Francisco: „Die einzige sichere Richtung für den Weg, den die organisierte Arbeit zu gehen hat, liegt darin, sich jeder Verbindung mit irgend einer politischen Partei streng zu enthalten.“ Eugen Debs erklärte im letzten Oktober während einer großen Rede in New York: „Das einzig gesunde und wissenschaftlich begründete industrielle System, unter welchem die Arbeiter keine Sklaven mehr sind, bietet der Sozialismus. Die organisierten Arbeiter müssen sich dem Sozialismus zuwenden, um frei zu werden.“ — Debs ist ein Anhänger der Idee, durch die American Labor Union die Gewerkschaftsbewegung für die Partei zu gewinnen; er hat aber viele Gegner im Parteilager, die von dem Kampfe gegen die American Federation of Labor nichts Gutes erwarten.

Präsident Roosevelt endlich sagte letzten Dezember in einer Rede diplomatisch unbestimmt: „Das Gewerkschaftswesen verdient alle Ermittlung, solange die Organisationen der Arbeiter so geleitet werden, daß auf die Rechte der anderen Bürger in anständiger und pflichtgemäßer Weise Rücksicht genommen wird.“ —

Unruhen in Warschau.

In ihrem Wesen vorläufig nicht ganz aufzuklärende Unruhen haben sich in Warschau ereignet. Nach den Andeutungen der amtlichen und bürgerlichen Telegramme soll es sich darum handeln, daß die jüdischen Arbeiter sich organisiert haben, um jenes Gefindel im Voraus unschädlich zu machen, welches von dem Zarismus gegen die revolutionäre Bewegung, insbesondere auch zu Judenmordgeheiß benutzt wird.

Die Straßenkämpfe in Warschau begannen nachts. Zwanzig Sterbende wurden in die Krankenhäuser gebracht. Vom Donnerstag meldet die amtliche Petersburger Telegraphenagentur:

Die Plünderung dauert heute fort. Juden, die sich zusammengeworren haben, zerstören die öffentlichen Häuser, deren dreißig schon geplündert worden sind. Die Straßen, in denen diese Häuser liegen, sind mit Bettfedern, zerrissenen Kleidungsstücken und Hausgerät bedeckt.

Nach Feststellungen der Rettungsstation sind heute über vierzig Personen schwer verwundet und mehrere getötet worden.

Geplündert sind die Vordelle offenbar nicht, sondern nur zerstört.

Nach einem Telegramm des „Tag“ spielten sich die Vorgänge so ab:

Von 11 Uhr morgens ab durchzieht ein tausendköpfiger Zug von Juden den stark bewohnten Stadtteil Zielna Swientobryzka und die Prognagassen. Die Haustore wurden überall demoliert, besonders in den Vordellen und in den bekannten Diebsquartieren, wo Schlägereien, wahre Gefechte, tobten. Viele wurden schwer verletzt und sterbend in die Spitäler gebracht. In der Karmelitagasse wurde ein Freudenhaus demoliert und ausgeraubt. Revolvergeschosse wurden auch in der Zielnagasse gewechselt. Militär und Polizei schritten erst spät ein. Um 2 Uhr nachmittags durchzieht ein Judentrupp die Altstadt, von der Polizei verfolgt. Die Unruhen dauern trotz der Bemühungen der Polizei fort. In der Nacht ermordeten die Arbeiter der Gasanstalt den Gasmeister Wiszof.

Alle diese Meldungen sind höchst verdächtig.

Zur Vernichtung der Geldjuden

in Westeuropa, verbreitet die russische Regierung aus Kiew folgende Meldung:

In auswärtigen Blättern war gemeldet worden, aus Anlaß der Unruhen in Schitomir habe das Polizeidepartement den Generalgouverneur Kleigels beauftragt, entschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen zu ergreifen und daraufhin sei unverzüglich die Ausweisung der Israeliten aus Kiew erfolgt, um die israelitischen Familien gegen die Erbitterung der Menge zu schützen. Diese Meldungen entbehren, wie amtlich mitgeteilt wird, jeder Begründung und sind offenbar durch ein Mißverständnis hervorgerufen. Einer Anordnung des Polizeidepartements bedurfte es gar nicht, da die nötigen Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen in Schitomir von der Verwaltung rechtzeitig ergriffen worden waren. Auch ein Befehl zu einer Massenausweisung von Israeliten aus Kiew ist nicht erteilt worden. Es handelt sich im angegebenen Falle um die Anwendung von Sondergesetzen, die für Kiew gelten, ohne jeden Zusammenhang mit den Vorgängen in Schitomir. Die Härte der Gesetze über das Aufenthaltsrecht der Israeliten in Kiew wird auf der Grundlage der dem Generalgouverneur erteilten Gewalt auf Ansuchen der Israeliten beständig gemildert. Außerdem klingt die aus unbekannter Quelle geschöpfte Meldung geradezu ungläubig, ein gewisser Teil der Bevölkerung solle, um ihn gegen eine mögliche Gefahr zu schützen, irgendwohin ausgewiesen werden. Die vom Gouverneur zugelassene Milderung der Beschränkung des Aufenthaltsrechts von Israeliten in Kiew und anderen Orten des Südwestgebiets und die Erteilung des Rechts zum Besuch von Lehranstalten seitens israelitischer Kinder beweisen am besten, daß die Meldung der ausländischen Blätter auf tendenziöser Erfindung beruht. Was die Sicherheit der Person und des Eigentums betrifft, so genießen die Juden gleich den übrigen russischen Staatsbürgern den Schutz des Gesetzes und der Obrigkeit.

Das Gewissen der jüdischen Hochfinanz wird sich gewiß durch diesen albernem Schwindel beruhigen lassen; aber die Menschenkinder bedürfen dieser Beruhigungen nicht. Sie leihen dem System von Kischinew und Schitomir auch Geld, wenn man sich das Geld für derartige Telegramme ersparen würde.

Das Gerücht von einer Seeschlacht

südlich von Formosa wurde von Manila aus verbreitet. In dieser Schlacht sollen die Japaner geschlagen worden sein. Jemand welche Bestätigung dieses Gerüchtes ist bis jetzt nicht eingetroffen.

Ferner wird aus Manila vom 25. gemeldet:

Nach einer amtlichen Depesche aus Bigan (Luzon) sind am 20. Mai über 50 Kriegsschiffe an der Ostküste der Batan-Inseln nordöstlich Feuernd gesehen worden; es wird angenommen, daß es russische gewesen sind.

Roschdjestwensky.

Petersburg, 25. Mai. Einem Mitarbeiter des „Ruf“ gegenüber erklärte der Vertreter des Marineministeriums, Admiral Welles, die heunruhigenden Meldungen über den Gesundheitszustand des Admirals Roschdjestwensky seien mit großer Vorsicht aufzunehmen. In seinen Berichten teilte Roschdjestwensky mit, er fühle sich besonders infolge eines Nierenleidens ermüdet; doch habe sich sein Befinden seit Austritt der Fahrt nicht verschlechtert. Admiral Kockersahm sei jedoch Iranl. Roschdjestwensky stehe wie bisher an der Spitze des Geschwaders und führe es zuverlässig seinem Ziele zu. Die Ernennung eines neuen Kommandierenden der Flotte im Stillen Ocean sei zu erwarten gewesen, da Roschdjestwensky nur Chef eines Geschwaders sei. Admiral Welles sprach ferner die Ueberzeugung aus, zwischen Roschdjestwensky und Wirlow werde kein Antagonismus aufkommen. Eine Seeschlacht sei bald zu erwarten. Roschdjestwensky verfüge über viele Mittel, die Japaner zur Schlacht zu zwingen. Das Unglück von Port Arthur werde sich nicht wiederholen.

London, 25. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Wie hier bekannt geworden ist, unternimmt der russische Panzerkreuzer „Gomoboi“ öfters Fahrten außerhalb des Hafens von Wladiwostok und ist auch jetzt wieder ausgelassen.

Demselben Blatte wird über Shanghai berichtet, daß mehr als zwanzig große und kleine Dampfer in Port Arthur wieder stottgemacht seien, und daß man glaube, alle Kriegsschiffe, auch die „Sjewastopol“, könnten wieder gebrauchsfähig gemacht werden.

Scharmähel in der Mandschurei.

Petersburg, 26. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Linewitsch meldet dem Kaiser in einem Telegramm vom 24. Mai: Am 23. d. Mts. griffen unsere Abteilungen das Dorf Rantschunday und die feindlichen Stellungen auf dem linken Ufer des Raohs, südlich Schandaohe, an. Nach andauerndem Gewehrfeuer wurde Rantschunday von den Japanern verlassen, die mehr als zehn Tote und Verwundete hatten. Eine russische Abteilung griff ferner die Japaner in ihren Stellungen südlich Schandaohe an und vertrieb sie aus einer Ortschaft.

Aus der Partei.

Zum Organisationsrat beschlossen die Vertrauensleute des Wahlkreises Borken-Nealinghausen: „Der Parteitag möge den § 5 des Organisationsentwurfs formulieren, daß für die Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen derselbe Instanzenweg eingeschritten wird, wie er in den §§ 3 und 4 des Organisationsentwurfs bezüglich der Ausschließung vorgesehen ist.“

Ferner schlossen die Vertrauensleute sich den Vertrauensmännern des Wahlkreises Bochum an, welche beantragen, die Ausschlußparagrafen nicht gleich an den Anfang des Entwurfs zu stellen.

Die „revolutionäre sozialistische Partei Chinas“ soll, wie nach dem „Peuple“ berichtet wird, ihren Vertreter Dr. Sun-Yai-Sen nach Brüssel entsandt haben, um dort ihren Anschluß an das internationale Sekretariat zu bewerkstelligen und mitzuteilen, daß sie auf dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart vertreten sein werde. Dr. Sen hat einem Mitarbeiter des „Boorin“ erklärt, in wenigen Jahren würden wir an den chinesischen Arbeitern unsere Freude erleben; denn trotz aller Hindernisse sei es gelungen, einen nicht unbeträchtlichen Teil der Fünfte und Sechsten mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Sobald der rechte Zeitpunkt gekommen sei und das Zeichen zum Kampfe gegeben werden könne, würde sich zeigen, daß die chinesischen Genossen ihren Mann stehen. Es sei, so fährt er fort, eine falsche Vorstellung, daß der Sozialismus in China noch in den Windeln liege, er habe sogar seine Kinderstube bereits ausgetreten! Dafür sorgt unter anderem die respectable Zahl der sozialistischen Zeitungen Chinas, die sich auf 54 beläuft!

„Schweizerische Arbeiterzeitung“. Unter diesem Titel geben unsere Genossen in St. Gallen vom 1. Oktober ab ein zweimal wöchentlich erscheinendes neues Parteiblatt heraus. Der jetzt wöchentlich einmal erscheinende „Vorbote“ wird dann wieder eingehen.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, 25. Mai, nachmittags 6 Uhr.

Der St. des Vorstehers ist von einer Blumengirlande umgeben und hinter denselben ein großes Palmen- und Blumenarrangement aufgebaut.

Der Vorsteher Dr. Langerhans wird von den Vorstandsmitgliedern in den Saal geleitet und vom Stadtv. Cassel mit folgender Ansprache begrüßt:

Hochgeehrter Herr Vorsteher! Bitte, wundern Sie sich nicht, wenn ich mich heute erlaube, statt Ihrer als erster das Wort hier in diesem Saale zu nehmen; aber, Herr Vorsteher, es handelt sich bei meinem Beginn nicht um einen offiziellen Akt, sondern der einmütige Wille sämtlicher Kollegen hat dazu geführt, daß wir, bevor wir in unsere Geschäfte eintreten, deren Leitung Sie heute wie so oft mit feiter und sicherer Hand übernehmen werden, eine kleine Familienfeier dieser unserer jüdischen Familie und gestalten.

Herr Vorsteher, Sie feiern heute den Tag der 85. Wiederkehr Ihres Geburtstages. Wir haben schon heute, und zwar die Vorstehenden aller Fraktionen dieser Versammlung, im Namen sämtlicher Stadterordneten unsere herzlichsten Glückwünsche Ihnen dargebracht. (Bravo!) Da Sie aber in dem hohen Pflichtenbewußtsein, der Sie auszeichnet, auch heute beweisen, daß Sie die Uebernahme und Erfüllung der Amtspflicht als das Höchste erachten und auch heute in unserer Mitte erschienen sind zur Leitung unserer Geschäfte, so bitte ich Sie, zu gestatten, daß ich auch von dieser Stelle aus Ihnen im Auftrage sämtlicher Stadterordneten hiermit die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringe. (Bravo!)

Sehr geehrter Herr Vorsteher! Wir wissen alle, daß Sie die höchsten Verdienste um unsere Stadt Berlin und ihre Selbstverwaltung haben, nicht bloß durch die formale Leitung unserer Geschäfte, sondern durch den treuen, hingebungsvollen Eifer, durch den unermüdbaren Fleiß, durch die Festigkeit nach außen hin, mit der Sie seit Jahrzehnten ständig sich als einen wahren Schirm unserer Selbstverwaltung bewährt haben. (Beifall.)

Sehr geehrter Herr Vorsteher! Es liegt mir fern, im einzelnen die Verdienste zu preisen, die Sie sich um unsere Stadt und um unsere Selbstverwaltung erworben haben. Eins aber wissen wir, Herr Vorsteher, daß Sie durch Ihre Tätigkeit sich nicht bloß die höchsten Verdienste um unsere Stadt, sondern auch die treuanhängigste Liebe und Verehrung aller derer erworben haben, in deren Mitte Sie zunächst zu wirken berufen waren. Sie haben mit steter Unparteilichkeit, mit größter Festigkeit, nicht festhaltend an vorgefaßten Meinungen, sondern immer Ihrer Ueberzeugung Gebör gehend, und von allem feind das Beste sich erwählend unsere Geschäfte als Haupt eines Stadterordnetenvorstehers geleitet. Wir wünschen Ihnen, daß Sie auch fernerhin mit derselben Mäßigkeit und Kraft wie heute unsere Geschäfte leiten, daß Ihr Interesse unsere Stadt Berlin und ihre Selbstverwaltung ebenso wie bisher nicht bloß mit großer Liebe umfassen möge, sondern daß Sie mit demselben Eifer und derselben Kraft auch in Zukunft noch viel Gutes leisten möge wie in aller Vergangenheit. (Bravo!) Nicht bloß für uns und für die Bürgerchaft Berlins, nicht bloß für heute, sondern für alle Zeit, werden Sie ein leuchtendes Beispiel bleiben, wie ein einfacher Bürger in der Uebernahme der ihm auferlegten Pflichten sich bemüht hat, sein Höchstes zu leisten. Deshalb sind wir, so oft auch der Streit der Meinungen keinen Ausdruck gefunden hat, eins in der Anerkennung für Ihr Wollen, Streben und unparteiisches Wirken. Sie wissen alle, daß wir unseren Vorsteher schon vor langen Jahren die höchste Anerkennung zuwenden haben, die städtische Behörden auszusprechen imstande sind: seit Jahren sind Sie Ehrenbürger unserer Stadt, aber weit über dieses äußere Zeichen der Anerkennung hinaus glaube ich berechtigt zu sein. Sie im Namen unser aller versichern zu dürfen, daß Sie, so lange Sie noch mit uns arbeiten und wirken wollen, Sie nicht bloß äußerlich in diesem Saale an der Spitze stehen werden, sondern in unserem Herzen einen Ehrenplatz für immer und ewig behalten werden. (Anhaltender, allseitiger Beifall und Handklatschen.)

Der Vorsteher Dr. Langerhans nimmt keinen Platz ein und erwidert dann etwa folgendes: Ich danke Ihnen für die Worte, die Herr Cassel in Ihrem Namen hier gesprochen hat; ich danke Ihnen für die Versicherung, daß Sie mit mir und auch mit meiner Amtsführung zufrieden gewesen sind. Ich habe das längst empfunden und habe auch die Wohlgevolgenheit, ich könnte beinahe sagen, die liebende Anerkennung von Ihnen allen genossen, und dadurch haben Sie mich hart genug gemacht, auch in den zweifelhaften Fällen an dem, was ich für recht gehalten habe, so lange festzuhalten, bis Sie sich davon überzeugt haben, daß es auf andere Weise noch besser geht. Es ist richtig, alles was Cassel hier gesagt hat, habe ich mir Zeit meines Lebens vorgenommen und es war mein innerster Wunsch, zu erreichen, ein guter Bürger zu sein. (Bravo!) Wohl habe ich mich bemüht, in der Weise, wie Cassel geschickt hat, zu handeln; aber ich muß nochmals wiederholen, Sie haben es dadurch erleichtert, daß Sie mit Ihrem Wohlwollen, mit Ihrer liebenden Hingebung mich dazu gestärkt haben; und wenn es mir gelungen ist, einigermäßen oder wie es scheint, in ziemlich umfassender Weise meine Pflicht getan zu haben, so ist mir das ein außerordentlich wunderbar schöner Beweis, daß meine Bestrebungen so weit gelungen sind, daß ich wohl sagen kann: dieser Augenblick der Anerkennung Ihrerseits, ich werde wohl in meinem Leben keinen schöneren haben. Ich werde natürlich weiter fortfahren; sollte das geringste Schwanken eintreten, so werde ich von meinem Platz zurücktreten, aber ich fühle heute noch die ganze Ueberzeugung, die mich in meinem Leben geleitet hat und noch heute den Wunsch, in dieser Ueberzeugung meinen Mitbürgern zu nähern, und noch heute die Auffassung, daß diese Ueberzeugung durchzuführen meinem Glück nur dauernden Fortgang schaffen kann. Seien Sie überzeugt, daß ich niemals von diesen Grundsätzen abweichen werde, daß ich nie daran denken werde, diese Grundsätze, die mich diesen glücklichen Augenblick verschafft haben, zu verleugnen oder auch nur zu verlassen. Ich bleibe ganz der Ihrige, so lange Sie mich haben wollen. (Bravo!) Aber ganz so wie Cassel mit Ihrer aller Zustimmung gesagt, muß auch ich sagen: trotz der verschiedenen Ansichten, die viele von uns haben und die oft mit den meinigen nicht ganz übereinstimmen, das kann ich ehrlich gestehen: es ist keiner unter Ihnen, den ich nicht mit menschlicher Liebe umfasse und dem ich nicht mit freundschaftlichen Gesinnungen in unseren Beziehungen entgegengetreten bin. (Allseitiger wiederholter Beifall und Handklatschen.) Ich danke Ihnen.

Der Vorsteher denkt darauf mit Worten lebhafter Anerkennung des vorwiegenden Stadtrats Voigt. Vor der Sitzung ist der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Errichtung von Gasen, Bahn- und Speicheranlagen am Stralauer Ufer gewählt worden; die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Mitglieder Schubert, Singer und Engels vertreten.

Das der Stadt Berlin gehörige Grundstück an der Ecke der Nützen- und Berlinerstraße in Panitzsch soll der Magistrat für 50 000 M. freihändig an die Deutsche Bodengesellschaft verlaufen. Das Grundstück, welches zurzeit an einen Restaurateur für 620 M. jährlich Mietzins verpachtet ist und 2464 Quadratmeter Fläche hat, ist jedoch nach der Meinung der Mehrheit des für die Vorlage eingesetzten Ausschusses höher zu bewerten und es sollen nach dessen Antrag mindestens 85 000 M. gefordert werden.

Die Versammlung tritt dem Auswahlantrag ohne Debatte bei. An der Memeler, Warschauer und Gubener Straße besitzt die Stadt ein Terrain, welches durch die Revalerstraße durchschnitten wird. Den nördlichen Teil, etwa 3777 Quadratmeter groß, beabsichtigt der Bauwerksmeister Karl Walter für 125 M. pro Quadratmeter zu erwerben, wenn ihm die ordnungsmäßigen Anliegerbeiträge erlassen werden. Der Magistrat empfiehlt, auf das Angebot einzugehen. Die Versammlung stimmt zu.

Die Vorlage vom 10. Juni 1903 wegen Abänderung des Bauungsplans Abt. XIII zwischen Ringbahn, Landsberger Allee, Thörnerstraße und Straße 2a/11 hat der Magistrat zurückgezogen und einen anderen Bauungsplan, seinerzeit vorgelegen, angefügt.

Die Versammlung nimmt die Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis.

Aus Industrie und Handel.

Der Prozeß der Deutsch-Luxemburgischen Vergewertungsgesellschaft gegen das Kohlen- und Eisen-Verkehrs- und Güterverkehrs-Gesetz hat sich bekanntlich im vorigen Jahre die beiden Jochen „Friedrichs Raabbar“ und „Hafenwinkel“ angegliedert und daraufhin vom Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat verlangt, diese beiden Jochen als Güterverkehrs anerkennen. D. h. der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft zu gestatten, von der Kohlenförderung dieser Jochen einen beliebigen Teil im eigenen Betrieb zu verbrauchen, ohne daß dieser Teil bei der Förderungsförderung durch das Kohlen-Syndikat in Anrechnung gebracht werden darf. Das Syndikat lehnte dieses Verlangen ab, worauf die Gesellschaft die Entscheidung der Streitfrage im Rechtswege einleitete. Bezüglich des Vergewertungs „Hafenwinkel“ ist nun, wie die „Rhein. Westf. Zig.“ meldet, kürzlich das Urteil erster Instanz ergangen, und zwar dahin, daß sämtliche Anlagen der Deutsch-Luxemburgischen Vergewertungsgesellschaft als ein Ganzes zu betrachten seien, daher das Syndikat kein Recht habe, von „Hafenwinkel“ Umlage zu verlangen, also auch die Verträge für Umlage gestürzt und zurückzusetzen sei. Die Streitfrage wird nunmehr die weiteren Instanzen beschäftigen. In Juristenkreisen glaubt man ziemlich allgemein, daß die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft im Recht ist. Der Prozeß dürfte verhältnismäßig schnell erledigt werden, da es sich nur um Rechtsfragen handelt, die sich auf feststehende Tatsachen stützen und die in jeder Instanz schon im ersten Termin ihre Erledigung finden können; immernoch wird aber wohl mindestens ein Jahr vergehen, bevor die Entscheidung des Reichsgerichts fällt.

Die Ende ist für den Fortbestand des Kohlen-Syndikats von größter Bedeutung. Es handelt sich nicht nur lediglich um eine Angelegenheit der Deutsch-Luxemburgischen Vergewertungsgesellschaft, sondern der Ausgang des Prozesses ist für die ganze Kohlen- und Eisenindustrie von größter Wichtigkeit. Wird nämlich der Prozeß zugunsten der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft entschieden, so erweitert nicht nur „Friedrichs Raabbar“ und „Hafenwinkel“ die Eigenschaft als Güterverkehrs, sondern auch die anderen im letzten Jahre mit Gütern fusionierten Jochen, auch die große Gelsenkirchener Gesellschaft. Als dann wieder das Signal gegeben sein zu weiteren Vereinigungen zwischen Kohlen- und Eisenwerkern. (Nebenbei ist zu bemerken, daß die derzeitigen Fusionen keinen Vorteil, da gegenwärtig auch die fusionierten Jochen die Kohlen durch das Kohlen-Syndikat verkaufen müssen und, ebenso wie die reinen Jochen, die Umlage zu zahlen haben.) Am Bestande des Kohlen-Syndikats aber würden dann die reinen Jochen kaum noch Interesse haben.

Lothar-Gesellschaften. Schon wiederholt ist vor schwindelhaften Lothar- und Prämien-Gesellschaften in den Niederlanden gewarnt worden, deren Hauptquartier Amsterdam ist, die sich aber auch in Haag, in Arnheim, Rotterdam und in anderen Städten finden. So wurde bereits mehrfach in der Presse auf das betrügerische Treiben der Commerce und Kreditbank, der Internationalen Prämienbank, der Nationalen Renten- und Kreditbank, der Internationalen Wechsel- und Effektenbank, der Holländischen Kreditbank Grün u. Co., des Bankleutenkontors Weber u. Co., Fortuna, sämtlich in Amsterdam, hingewiesen. In letzter Zeit sind außerdem, wie der „Reichsanzeiger“ in einer Warnung mitteilt, die Holländische Bodenkreditbank (Holländische Grundkreditbank) sowie das Bankkontor für Staatsloose, Akt.-Ges., und der Niederländische Allgemeine Effektenhandel, Akt.-Ges., in Amsterdam neu errichtet worden. Es mag daher jetzt nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nach den seit Jahren gemachten Erfahrungen vor einer Beteiligung an allen in den Niederlanden befindlichen Unternehmen, die sich mit dem Handel und dem Spiel von Anteilen oder von Anteilen an Prämienpapieren oder von Promessen an Gewinnen auf Lothar- oder Prämienpapieren befassen, eindringlich gewarnt werden muß. Die Tätigkeit dieser Banken oder ihrer deutschen Agenten pflegt ferner gegen den § 7 des deutschen Reichsgesetzes vom 16. Mai 1894, betreffend die Abzahlungsgesellschaft, in der Mehrzahl der Fälle aber auch gegen den Betrugsschutzparagraphen des deutschen Strafgesetzbuches zu verstoßen. Wer in Deutschland eine Agentur oder Vertretung derartiger Institute übernimmt, setzt sich daher fast immer strafrechtlicher Verfolgung aus. Der Zusatz „durch königlichen Beschluß genehmigt“, der sich auf den Prospekten derartiger, als Aktiengesellschaften begründeter Banken befindet, beweist für die Solidität der Bank nichts; er hat nur formelle Bedeutung und drückt nur aus, daß die Statuten der Gesellschaft, wie gesetzlich vorgezeichnet, der niederländischen Regierung zum Zwecke der Prüfung eingereicht sind und ab die für Aktiengesellschaften geltenden Normativbestimmungen, zum Beispiel hinsichtlich des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Generalversammlung usw., im Statut beachtet worden sind.

Zur Konfusion zwischen den Großbanken. Die Direktion der Berliner Diskontogesellschaft erwidert zusammen mit der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München, mit der sie seit Jahren in enger Verbindung steht, eine neue Bank in Nürnberg, die unter Hebernahme der Firmen G. N. Guilmann, Nürnberg, und Friedrich Wülfert, Würzburg, zunächst in diesen beiden Städten Niederlassungen eröffnen wird. Schon seit längerer Zeit besitzen die Deutsche Bank und die Dresdener Bank Filialen in Nürnberg, die gute Geschäfte machen, da durfte auch die Diskontogesellschaft nicht fehlen.

Truppentransport-Vertrag des russischen Finanzministeriums mit dem „Norddeutschen Lloyd“. Der vom Finanzministerium mit dem „Norddeutschen Lloyd“ abgeschlossene Vertrag über die Rückbeförderung von 45 000 russischen Gefangenen aus Japan wird, wie „Russens Bureau“ zu melden weiß, von dem Ministerium der Handelsmarine bekämpft. Es werden angeblich dem „Norddeutschen Lloyd“ für jeden Offizier 400 Rubel und für jeden Mann 174 Rubel gezahlt, während die Rückbeförderung dem „Lloyd“ nur 90 Rubel für jede Person koste. Das Ministerium für die Handelsmarine verlangt, ein derart gewinnbringendes Geschäft sollte von Russen ausgeführt und der Ueberschuß sollte zum Ausbau der Handelsmarine verwendet werden. Das Finanzministerium sagt dagegen, der Vertrag mit dem „Norddeutschen Lloyd“ sei wünschenswert wegen Russlands Anleiheverpflichtungen gegen Deutschland. Im Ministerium

für die Handelsmarine weiß man demgegenüber darauf hin, der „Norddeutsche Lloyd“ habe seit Ausbruch des Krieges bereits über 70 Millionen Rubel (??) von Ausland erhalten. Das Ministerium für die Handelsmarine unterstützt ferner den von nationalitätlicher Seite gestellten Antrag auf Prüfung und Revision, der von der russischen Regierung mit dem „Norddeutschen Lloyd“ und anderen deutschen Gesellschaften abgeschlossenen Kontrakte.

Der „Norddeutsche Lloyd“ kann sich beim russischen Marine-Ministerium bedanken, daß es durch derartige Behauptungen für die Lloyd-Aktien eine so gute Resonanz macht. Die 70 Millionen Rubel dürften bei näherer Prüfung beträchtlich zusammenschrumpfen.

Die Steinkohlen- und Braunkohlenförderung hat im Monat April nach den soeben veröffentlichten statistischen Ziffern beträchtlich abgenommen: eine Erscheinung, die allerdings fast regelmäßig in diesem Monat eintritt, da der Bezug von Hausbrandkohlen in ihm fast völlig ausfällt. Verglichen mit dem Vorjahre ergibt die Kohlenförderung für die ersten vier Monate des laufenden Jahres folgende Ziffern:

	Steinkohlen		Braunkohlen	
	(in Tonnen)		(in Tonnen)	
Januar	9 063 763	7 000 050	4 152 658	4 462 068
Februar	9 718 268	7 705 013	3 932 045	4 279 623
März	10 639 803	11 061 090	4 263 505	4 405 750
April	9 393 859	9 544 376	3 004 494	3 781 582

Zusammen 39 721 283 35 311 529 15 352 692 16 929 023

Demnach hat die Steinkohlenförderung im April gegen den Vormonat um beinahe 1/2 Millionen Tonnen, die Braunkohlenförderung um ca. 600 000 Tonnen abgenommen. Ferner ergibt sich, daß trotz der stärkeren Förderung im März und April die Gesamtproduktion von Steinkohlen während der ersten vier Monate d. J. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um beinahe 4 Millionen Tonnen zurückbleibt. Der Ausfall ist teils durch Vorräte, teils durch die stärkere Förderung von Braunkohlen und durch die Einfuhr von Steinkohlen aus dem Auslande bedingt worden. Wie stark die Einfuhr von Jannor bis Ende April zugenommen hat, zeigt folgende Zusammenstellung:

	Steinkohleneinfuhr		Steinkohlenausfuhr	
	(in Tonnen)		(in Tonnen)	
Januar	300 021	563 050	1 572 570	1 322 594
Februar	348 452	1 223 742	1 304 255	1 120 595
März	490 787	723 686	1 456 251	1 654 675
April	694 138	704 800	1 687 821	1 315 869

Zus. 1 593 348 3 295 278 6 011 004 5 313 723

Weizenenergie-Ausfall in Indien. Britisch-Indien steht alle paar Jahre vor einer Hungersnot, da dort Winteren sehr häufig sind. Auch in diesem Jahre wird voraussichtlich der Ertrag der Getreide-Ernte sich als völlig unzureichend herausstellen. Die eben erschienene amtliche Erntebefragung für die wichtigsten indischen Weizenprovinzen Agra und Cudd, die gewöhnlich mehr als ein Drittel der gesamten Weizenenergie Indiens produzieren, befreit den Weizenexport auf nur 1 807 000 Tonnen gegen 3 230 000 Tonnen im Vorjahre und 2 972 000 Tonnen in 1903. Das anormale kalte Wetter hat die ursprünglich günstigen Ernte-Aussichten vernichtet, und man fürchtet jetzt, daß auch in der für den Weizenbau nicht minder wichtigen Provinz Punjab, deren Produktion im Vorjahre 3 076 000 Tonnen betrug, ein ähnlich ernstes Verfall besteht.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bretterträger und Dreischneider Berlins haben gestern abend in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, heute vormittag bei allen Firmen, wo die im April eingereichten Forderungen nicht bewilligt sind, nochmals vorfällig zu werden und im Ablehnungsfall die Arbeit sofort niederzulegen.

Der Streik der Teppichweber gestaltet sich immer mehr zugunsten der Streikenden. Bei Vaoder u. Benjamin ist kein einziger „Arbeitswilliger“ tätig. Auch Herr Feilich, der mit allem Hochdruck arbeitet, um Arbeitswillige heranzuziehen, hat es in sieben Wochen nur zu 5 Arbeitswilligen gebracht. Herr Feilich bietet neuerdings während der Dauer des Streiks hohe Löhne und freie Wohnung in seiner Villa. Schließt sich aber ein Arbeitswilliger den Streikenden an, so zahlt er ihm für jede Nacht 50 Pf. ab. Der gute Geschäftsgang der Teppichindustrie vertritt mit Leichtigkeit eine Erhöhung der Löhne. Es ist nur die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die den Arbeitern die gerechten Forderungen verweigert. Die Unternehmer ziehen den Streik in die Länge, da sie glauben, die Unterstützungsgelder gingen zu Ende; in dieser Hoffnung werden sie sich arg täuschen. Gewisse Agenten der Unternehmer versuchen die Ausständigen in den Vororten in Uneinigkeit zu treiben; ihre Bemühungen scheiterten aber bisher an deren Einmütigkeit. Zugang fernhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen. Verschiedene Arbeitgeber haben Plakate des Inhalts, daß von ihnen die Forderungen der Gehülfen bewilligt seien, zum Aushängen gebracht. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß die Lohnkommission noch keinerlei Plakate oder Erkennungszeichen herausgegeben hat. Es wird das auch nicht eher geschehen, bis die den Meistern gestellte Frist zur Beantwortung der ihnen unterbreiteten Forderungen abgelaufen ist. Solche Aushänge sind daher nur darauf gerichtet, irre zu führen.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in der Dresdener Zigarettenindustrie. In der Lohnbewegung der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen ist eine Wendung eingetreten, die wahrscheinlich zu einem erbitterten Kampfe führen wird. Nachdem bereits 14 größere Firmen die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben, so daß 2000 Arbeiterinnen unter neuen Bedingungen arbeiten, ist es jetzt den Scharfmachern des Trustes gelungen, sämtliche Zigarettenfabrikanen zum Kampfe aufzuheben, der nach den Wünschen der Trusteute mit der Vernichtung des Tabakarbeiter-Verbandes enden soll. Die oben erwähnten 14 Zigarettenfabrikanten haben sich unter dem Einflusse der Scharfmacher bewegen lassen, die Bewilligung der Arbeiterforderungen wieder zurückzuziehen und einem Beschlusse des Trustes beizutreten, wonach Sonnabend, den 27. d. M., sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabriken Dresdens ausgesperrt werden sollen. Von der Maßregel werden, wenn sie zur Ausführung gelangt, 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Da von den bereits arbeitenden Zigarettenarbeiterinnen zwei Drittel acht bzw. vierzehntägige Kündigungsfristen haben, bleibt abzuwarten, ob die Fabrikanten die Arbeiterinnen unter Vertragsbruch an einem Tage oder unter Verschärfung der Kündigungsfrist nach und nach aussperrten werden. Am Mittwochabend beschloß eine sehr zahlreiche Versammlung der Zigarettenarbeiterinnen mit der neuen Wendung im Kampfe, unter stürmischen Kundgebungen und großer Weigerung wurde beschlossen, die Forderungen aufrecht zu erhalten.

Christliche Unternehmer und christliche Arbeiter. In den Dänischen Metallwerken ist nun der Ausfall doch ausgebrochen. Es handelt sich um einen Kampf zwischen der Direktion dieser Aktiengesellschaft und dem christlichen Metallarbeiter-Verband. Die Arbeiter hatten infolge von Maßregelungen christlich-organisierter Vertrauensleute schon einmal die Arbeit niedergelegt, nahmen sie aber auf Jurens ihres hiesigen Verbandsbeamten wieder auf, um nicht landratsmäßig zu sein. Die darauf unternommenen Unterhandlungsversuche des christlichen Verbandes lehnte die Direktion ab und verbat sich jede „Einmischung“ von dessen Seite. Darauf reichten die Arbeiter selber ihre Forderungen ein, deren erste lautete: Beseitigung der beiden gemahregelten Vertrauensleute und der fünf anderen Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Direktion lehnte diese Forderung ab und entließ wieder ein Verbandsmitglied. Darauf verlangten die Arbeiter, sofort in den Ausfall

zu treten. Die christliche Verbandsleitung verhinderte jedoch die Ausführung des Beschlusses. Trotzdem legten am Montagmorgen 120 Leute die Arbeit nieder.

Maler-Aussperrung in Sicht! Nachdem die Malergehülfen in München die brüske Zurückweisung jeder Tarifunterhandlung von seiten der Innung mit der Niederlegung der Arbeit in einigen Werkstätten beantworteten, drohen die Innungsmeister mit einer allgemeinen Maleraussperrung. Wenn bis Sonnabend der im vorigen Jahr durch Schiedsgericht des Innungsamtes festgelegte Tarif von den Gehülfen nicht unterzeichnet wird, sollen 1300 Gehülfen ausgesperrt werden. Der Tarif, den die Gehülfen bereits im vorigen Jahre abgelehnt haben, setzt für einen Minimallohn von 45 Pfennig eine Minimalleistung von fünfzehn Quadratmeter Malen fest. Die Innung hat jetzt wiederum das Innungsamt angerufen, doch verliefen die Dienstag unter dem Vorbehalt des Gewerbegerichtsrats Dr. Freuner gepflogenen Verhandlungen resultatlos.

Der Streik der Dresdener Steinarbeiter ist beendet; die Ausständigen haben einen vollen Erfolg davon getragen. Die Tarifforderungen der Arbeiter sind bewilligt worden und es sollen die neuen Bestimmungen am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Vom 1. April nächsten Jahres ab soll dann eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfennig und später eine abermalige Steigerung um den halben Betrag gewährt werden. Die Vereinbarungen sind nach langer Debatte gegen eine starke Minderheit in einer Versammlung, die am Mittwochabend im Goldhaufe tagte, angenommen worden.

Klempnerstreik in Dortmund. Wegen der Ablehnung des Tarifs durch die Meister sind am Dienstag, den 23. d. M., sämtliche Klempnergesellen Dortmunds in den Ausfall getreten.

Der Bäderstreik in Nürnberg hat am Mittwoch begonnen. Auf Ersuchen der Arbeiter hatte sich der Fabrikinspektor bemüht, die Unternehmer zur Annahme der vom Gewerbeamt aufgestellten Einigungsbedingungen zu bewegen, und die Innungsvorstände versprachen auch in diesem Sinne bei ihren Mitgliedern zu wirken, aber die Meisterversammlung lehnte jedes Zugeständnis rundweg ab. Fünfzig Unternehmer haben den Tarif anerkannt. Die Zahl der Streikenden beträgt gegen 200. Die übrige Arbeiterschaft will zur Unterhütung des Bäderstreiks einen Streiklohn einbringen.

Die Maurer von Bayreuth sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern hauptsächlich einen Mindestlohn von 40 Pf. und gehaltvolle Arbeitszeit. Die Unternehmer erklären, daß sie wegen des flauen Geschäftsganges „zurzeit“ nichts bewilligen könnten. Der „flaue Geschäftsgang“ hat jedesmal herhalten müssen, wenn die Maurer etwas zur Besserung ihrer Verhältnisse unternehmen wollten.

Die Maurer und Zimmerer Jena sind in mehreren Bau-Gehülfen in den Ausfall getreten. Es handelt sich um Lohnforderungen. Die Innung hat die Einigung mit den Streikenden, die teilweise bereits zustande gekommen war, wieder abgebrochen und rüft sich zu einer allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung. Der Gewerbeamtvorsitzende Dr. Wagner hat bereits seine Vermittlung angeboten. Die Antwort der Streikenden lautet zustimmend, die der Innung steht noch aus.

Der Dresdener Malerstreik ist mit einem schönen Erfolge der Ausständigen beendet worden. Die Verhandlungen mit den Meistern haben zu einem Tarifabschluß geführt, nach dem ein Minimallohn von 50 bzw. 52 Pf. pro Stunde gewährt wird. Das Zugeständnis der Innung kommt einer Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde gleich. Am Mittwochabend hat eine Malerverammlung beschlossen, die Vereinbarungen zu akzeptieren und den Streik für beendet zu erklären. Die Arbeit ist bereits Donnerstag früh aufgenommen worden.

Die Erfurter Maler geben ein nachahmenswertes Beispiel von Geschlossenheit bei ihrem Ausfalle. Ausständig sind rund 240 Mann, davon gehören der Organisation 160 an. Da nur etwa 250 Maler hier beschäftigt werden, haben sich fast alle Nichtorganisierten dem Ausfalle angeschlossen. — In der Aussperrung der Schneidergehülfen ist bis jetzt keine Änderung eingetreten.

Ausland.

Studenten als Straßenreiner. Für die 700 streikenden Straßenreiner in Stockholm hat sich „akademischer Ersatz“ gefunden. Die von dort telegraphisch berichtet wird, meldeten sich gestern morgen eine Menge Freiwillige zu den Straßenreinigungsarbeiten, darunter jüngere und ältere Studenten, Schiffskapitäne, sowie auch weibliche Studierende und weibliche Bureau-Angestellte. Einen Studenten, der einen Wasserwagen führte, folgte eine vielhundertköpfige zählende Volksmenge, welche später von der Polizei zerstreut wurde. Vielleicht ist diesen Akademikern die Erkenntnis aufgefliegen, daß sie sich weit besser zum Straßenkehrer als für einen akademischen Beruf eignen. Nebenbei sind nicht alle Studenten mit diesem Verhalten einverstanden. Die Stockholmer Morgenblätter veröffentlichen ein von 12 Delegierten verschiedener Hochschulen unterzeichnetes Schreiben, worin gegen das Auftreten der Studenten in Arbeiterkonflikte protestiert wird. Ein sozialdemokratischer Studentenverein protestiert ebenfalls.

Verfassungen.

Die Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen hielten am 18. Mai im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab. Dieselbe wurde mit einem Vortrag des Genossen Paul Liffin über gewerkschaftliche Fragen eröffnet. Redner betonte, daß nicht nur eine politische, sondern auch eine gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter nötig sei, und forderte zum Schluß seines Referats die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich dem Verbands anzuschließen. Hr. Rothschielmach schloß sich den Ausführungen des Referenten an. Sie führte den Anwesenden vor Augen, was für ein Leben eine Arbeiterin mit einem Wochenverdienst von 9 bis 12 M. führen muß, wenn sie auf keine Unterstützung von irgend einer Seite zu rechnen hat. Redner forderte die Anwesenden auf, für eine regere Agitation zu sorgen. Leider mußte immer wieder gesagt werden, daß von über 2000 Kartonnarbeiterinnen und Arbeiterinnen ein großer Teil sich völlig gleichgültig verhalte und noch nicht begriffen habe, daß sie sich organisieren müssten.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Krsnwalde-Friedeberg hielt am Sonntag, den 21. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale von Stsch. Große Frankfurterstraße 133 ab. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat der Genossin Riesel über den Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Familie beschloß man im Punkte Vereinsangelegenheiten, einen Delegierten zu den in den Pfingstfeiertagen stattfindenden Versammlungen zu wählen. Als Sieger aus der Wahl ging der Vorsitzende Paul Liebrandt hervor, welchem damit die Aufgabe zufällt, in Driesen und Schbruch je eine Versammlung einzuberufen und zu leiten. Daraus wurde der Genosse Paul Thimm einstimmig zum Kassierer gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Saarabien vor Gericht.

Trier, 25. Mai. Der Saarländische Reichsausschuß beantragte gegen Krämer wegen formaler Verletzung § 193 in zwei Fällen eine Geldstrafe von je 150 M. unter ausdrücklicher Zuzahlung des Saarländischen Reichsausschußes 193 (Wahrung berechtigter Interessen).

Rom, 25. Mai. Deputiertenkammer. Der Minister für Post und Telegraphie, Rocelli Quallierotti, legte einen Gesetzentwurf betreffend Reform des Posttarifs vor und belegte damit lebhaften Zustimmung. Sodann wurde der Gesetzentwurf beraten betreffend die von dem Schakante zu ergreifenden Maßnahmen bezüglich Liquidation der Eisenbahngesellschaften und des unmittelbaren Eisenbahnbetriebes durch den Staat. Nach kurzer Debatte nahm die Kammer den Gesetzentwurf in allen seinen Teilen an.

Reichstag.

192. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Mai 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Stuebel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen (Kamerun).

Zu § 1, welcher die Reichsgarantie für die Zinsen von 11 Mill. Mark zu 3% auspricht, beantragt die Kommission unveränderte Annahme.

Abg. Schwabe-Stippstadt (Z.) befragt die Kommission, antrag, teils weil Eisenbahnen die wirtschaftliche Lage der Kolonien stark heben würde und teils aus militärischen Gründen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir stimmen mit dem Vordredner darin durchaus überein, daß Eisenbahnen für die Kolonien nützlich sind, auch für Kamerun. Wenn wir aber gegen die Vorlage trotzdem Widerspruch erheben, so geschieht das, weil die Vorlage einerseits den Kapitalisten ganz ungerechtfertigte Vorteile in den Schuß weist und weil andererseits die Landbesitzungen eine bedenkliche Folge für die Kolonie haben werden. Unsere Stellung zu den Kolonial-Eisenbahnen ist die, daß wir wünschen, daß diejenigen Kapitalisten, welche ein Handels- oder Plantagen-Interesse in der betreffenden Kolonie haben, sich für verpflichtet halten sollten, eine Aktiengesellschaft zu gründen und aus eigenen Mitteln die Eisenbahn zu bauen. Diese Vorlage stellt nun allerdings eine Aktiengesellschaft vor, bildet aber den Steuerzahlern des Reiches nahezu das ganze Risiko auf und wirft außerdem den Kapitalisten ganz ungerechtfertigterweise Vergewaltigungsgewalt usw. in den Schuß. Ueber die von dem Vordredner angeführten militärischen Gründe will ich nicht streiten, ob die Kameruner eingeborene Bevölkerung ein Heer von 100.000 Mann aufbringen kann oder weniger. Zweifellos können aber die hauptsächlichsten der Hausstaaten größere Truppenmassen ins Feld führen. Aber gerade deshalb sind wir der Ansicht, daß man alles vermeiden muß, was diese Eingeborenenstimme reizen könnte. Vor allen Dingen dürfte man doch den Landgesellschaften nicht die Handhabe geben, die Eingeborenen auszubeuten und dadurch einen Aufruhr zu provozieren, wie das von den verschiedenen Kammern Afrikas bezüglich dieser Eisenbahn prophezeit wird. Bedenken Sie, daß gegen einen solchen Krieg in den Hausländern der Herero- und Hottentottenaufstand ein reines Kinderspiel wäre. Gerade die Rücksicht auf den jetzigen Krieg in Südafrika müßte das Hand dazu führen, diese Vorlage abzulehnen. Auch vom Standpunkt des lebhaftesten Eisenbahn-Enthusiasten müßte dies geschehen, wenn man bedenkt, daß nach der Vorlage das Reich nicht nur das finanzielle Risiko, sondern auch das ganze Risiko der Gefahr übernimmt. Lassen Sie mich mit einigen Worten auf die bedenklichen Erscheinungen der Vorlage eingehen. Bei der ersten Beratung haben wir bereits auf die finanziellen Zusicherungen hingewiesen. Schon das, was an Zinsen und Prämien gewährt wird, läuft darauf hinaus, daß das Reich das ganze Risiko übernimmt. Nun kommen die Zusicherungen an Land hinzu, die den Gesellschaften gemacht worden sind. Die ursprüngliche Vorlage räumte sehr weitgehende Privilegien ein. Diese Vorteile sind erheblich gemildert worden, es besteht auch wohl nicht die Absicht, die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederherzustellen. Immerhin gewährt der § 11 der Vorlage der Gesellschaft insgesamt noch 42.000 Hektar Land. Nach den Ausführungen in der Kommission sollte man annehmen, daß die Gesellschaft überhaupt keine finanziellen Vorteile hätte. Das ist aber nicht richtig. Selbst in der Kommission ist der Wert des Landes auf 42.000 M. geschätzt. Ein anderes Mitglied meinte allerdings, der Hektar sei nur 50 W. wert; danach würde das Land insgesamt nur 21.000 M. wert sein. Das klingt wenig glaubhaft; denn wenn es so wäre, lohnt es sich, um solche Lappalie das Reich für die Vermessungen auszugeben? (Sehr gut! links.) Tatsächlich ist das Wertobjekt ganz erheblich größer; denn, abgesehen von der Möglichkeit, daß die Gesellschaft Plantagen anlegen kann, hat es für sie den größten Wert, schon jetzt das Land zu bekommen, das in unmittelbarer Nähe der Stationen liegt. Die Gesellschaft wird, wie es in Ostafrika auch geschieht, das wilde Land, das sie umsonst erhält, näher bei den Anlagen an das Reich zu kollektiven Preisen wieder verkaufen. Das Land, welches der Gesellschaft überwiesen wird, ist das wertvollste Objekt, und ich bezweifle nicht, wie man in der Kommission zu einer so niedrigen Schätzung kommen konnte, wie ich sie angegeben habe. Wir sind aber prinzipielle Gegner der Landabergeweiung, weil wir der Meinung sind, daß wenn das Reich sich einmal Kolonien angeeignet hat, alles aufgegeben werden muß, damit die Eingeborenen nicht als Sklaven, sondern selbständig das Land kultivieren. Die Zuweisung von Land an die Landgesellschaften führt zur rücksichtslosen Ausbeutung dieser Gebiete und der Eingeborenen. Aus einem Aktensatz, das uns die Kolonialverwaltung in der Kommission vorlegte, geht deutlich hervor, daß Mitglieder der Kamerungesellschaft auch Mitglieder dieser Eisenbahngesellschaft sind. Selbst in der Kommission haben sich manche für die Verdrängung der Regier von ihrem Grund und Boden ausgesprochen. Ein Redner meinte, es käme nicht darauf an, die Regier mit Gewalt von ihrem Besitz zu verdrängen, es genüge, wenn ihnen ein Reservat überwiesen würde. Ja, wenn solche Anschauungen an dem grünen Holz der Kolonialpolitik entstehen können, was muß man da von den Beamten in Kamerun erwarten? Aus dem erwähnten Aktensatz geht auch hervor, daß der Gouverneur Herr v. Puttkamer wiederholt von der Kolonialverwaltung hat angehalten werden müssen, von seinem Grundsatze abzugehen, daß die Eingeborenen nur auf so viel Land Anspruch hätten, wie sie bebauen könnten. Herr v. Puttkamer ist der Meinung, daß ein Stück Land von zwei Hektar genüge. Das ist absolut ungenügend. Sachverständige erklären, daß nicht zwei Hektar pro Hütte, sondern pro Kopf nötig seien. Aber alle diese Schätzungen hängen von Persönlichkeiten ab, und wie unheilvoll Persönlichkeiten in den Kolonien wirken können, beweist das Beispiel des Herrn von Trotha in Südafrika. Herr von Trotha gab einen Erlaß heraus, in dem es heißt, daß Eingeborene und über die Kolonialgrenze geflüchtete Rebellen nicht zurückkehren sollten, da sie sonst erschossen würden. Das heißt doch, Herr v. Trotha will die Eingeborenen andeuten, und steht in direktem Widerspruch zu der Erklärung des Kolonialdirektors, der hier versichert, daß die Eingeborenen nicht ausgetrotzt werden sollten. Aber damit nicht genug: Herr v. Trotha hat geradezu Preise ausgesetzt auf die Köpfe der aufständigen Hauptlinge, so auf Henry Witbooi 5000 Mark, auf andere 3000, 2000, 1000 Mark. Hier sollen also direkt Mordbelohnungen ausgesetzt werden, die die Eingeborenen-Skulpturen töten sollen. Darin liegt eine geradezu ungläubliche Brutalität des Gouverneurs. Ich möchte den Herrn Kolonialdirektor bitten, hier zu erklären, was er gegen den Herrn v. Trotha tun will. Ein solcher Mann darf unter keinen Umständen auf seinem Platz bleiben. Ich habe die Gelegenheit benutzt, den Fall hier vorzutragen, weil er zeigt, wie einflußreich, wie verhängnisvoll einzelne Persönlichkeiten in den Kolonien wirken und wie sie ganz offen gegen Verordnungen des Kolonialdirektors verstoßen. Nun ein paar Worte zum Antrag Lattmann! Er hofft offenbar, die Gefahr der Vorlage für die Eingeborenen abzumildern, indem er wünscht, daß Land nur weggegeben werden dürfte, nachdem den Eingeborenen genügende Reservate zugewiesen seien. Nun fordert die Vorlage, daß nur herrrenloses Land oder Kronland an die Eingeborenen gegeben werden dürfe. Nun, herrrenloses Land gibt es in Kamerun

eigentlich nicht und als Kronland kann alles das angesehen werden, was nicht Stamm- oder Privatland ist. Der Kolonialdirektor hat in der Kommission erklärt, daß Stamm- und Kronland unter keinen Umständen an die Gesellschaften abgegeben werden dürfe. Ich wünsche, daß der Kolonialdirektor diese Erklärung im Plenum wiederholt. Durch sie wird der Antrag Lattmann überflüssig oder sogar schädlich. Denn er hätte nur dann einen Sinn, wenn die Eingeborenen erst aus denjenigen Gebieten hinausgedrängt worden sind, welches sie vorher innehaten. Der Antrag Lattmann enthält geradezu eine Aufforderung, dies zu tun. Denn bisher ist in Kamerun das Land Eingeborenen zwar auch schon „abgelauft“ worden, aber doch nur in kleinen Distrikten, z. B. in Victoria. Ich bitte deshalb den Abg. Lattmann, lieber seinen Antrag zurückzuziehen. Sollte er es nicht tun, so würden wir dagegen stimmen. — Wir werden aber auch gegen die ganze Vorlage stimmen, weil sie so viel Mängel enthält, daß selbst die begeistertesten Kolonialfreunde alles aufbieten müßten, um entweder bedeutend bessere Bedingungen für das Reich zu erzielen oder lieber dafür zu sorgen, daß das Reich die Bahn selber baut, was immer noch besser wäre, als wenn es sich zum Besten von einigen Spekulanten ausbeuten läßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stuebel:

Ueber die Einwohnerzahl von Kamerun sind wir noch nicht genau orientiert. Eine Schätzung geht auf sieben Millionen. Sie ruht aber auf so unsicheren Grunde, daß wir sie in unsere amtlichen Veröffentlichungen nicht haben aufnehmen können. Wo Reservate geschaffen worden sind, hat man sich durchaus nicht auf die Größe von zwei Hektar pro Hütte beschränkt. Der Durchschnitt beträgt drei bis vier Hektar pro Hütte. In Zukunft sollen die Ausmessungen noch größer sein. Ferner ist bestimmt, daß in Zukunft Eingeborenenland an Nichteingeborene nur mit Erlaubnis des Gouverneurs abgegeben werden darf. In diesem Sinne wird die Frage von der Kolonialverwaltung weiter behandelt werden. (Beifall rechts.) Was die prinzipielle Auffassung des Abg. Ledebour anlangt, so erkenne ich an, daß er den Eisenbahnbau in den Kolonien nicht mehr ohne weiteres von der Hand weist und ihn auch nicht für ein überflüssiges und aussichtsloses Beginnen hält. Wenn er aber fordert, daß die Plantagenbesitzer aus ihren eigenen Mitteln und auf ihr Risiko die Bahn bauen sollen, so möchte ich ihn doch fragen, woher sollen diese Unternehmungen das Geld nehmen? Wo ist es in Deutschland vorgekommen, daß die Kapitalisten für Eisenbahnbauten von den Beteiligten angebracht sind? Außerdem bestehen doch an diesem Eisenbahnbau nicht nur private, sondern auch öffentliche Interessen, die die Uebernahme eines Teils des Risikos auf das Reich durchaus notwendig erscheinen lassen. Der Abgeordnete Ledebour meint, daß in den LandkonzeSSIONen ein viel größeres Verbot steht. Nach meiner Ansicht liegt es doch im Interesse des Reiches, wenn die Gesellschaften aus diesen Eigentumsüberweisungen einen Gewinn ziehen. Denn je größer der Gewinn ist, desto geringer wird das Risiko des Reiches. Was die Bemerkung des Abg. Ledebour gegen die Verwaltung des Herrn v. Puttkamer betrifft, so möchte ich mich darauf beschränken, zu erklären, daß Herr v. Puttkamer nur die Anwendung der bestehenden Gesetze im Auge gehabt hat. Wenn dabei Irrtümer und Fehler untergelaufen sind, so hat es die Kolonialverwaltung nie an der nötigen Remedur fehlen lassen. Herr Ledebour hat geglaubt, ausführen zu sollen, daß in der Proklamation des Herrn v. Trotha eine ungläubliche Brutalität stecke. Die Verwaltung hat von dieser Proklamation nur aus den Zeitungen Kenntnis erhalten. Der General v. Trotha befindet sich in Gibeon, er konnte bisher keinen Bericht einbringen. Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß in Kamerun das Stammesland der Eingeborenen nicht als Kronland angesehen wird und deshalb vom Staate nicht vergeben werden kann.

Abg. Lattmann (Antif.): Die Handelskammer in Bremen warnt dringend vor dieser neuen Konzession, die das Reich erteilen will. Die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft ist bemüht, sich ein Handelsmonopol zu schaffen. Bis jetzt fehlt jeder sichere Kostenschlag für die Bahn. Die Trasse der Bahn ist sehr lückenhaft geführt. Ein Missionar Schuler, der die Gegend gut kennt, bezeichnet eine ganze Anzahl von Abschnitten der Trasse direkt für falsch. — Noch zwei weitere Bedenken sprechen gegen die Vorlage, beide infolge der Konzessionen. Es wäre also doch wohl billig gewesen, eine längere Prüfung einzutreten zu lassen und die Vorlage jetzt nicht sofort durchzusetzen. Die Gesellschaft ist nicht in erster Linie Eisenbahngesellschaft, sondern Handelsgesellschaft, die mit der Nordwest-Kamerun-Gesellschaft eng zusammenhängt. Deren Konzession erhält durch die Bahn ungeheure Vorteile und hätte beschnitten werden müssen, bevor diese Vorlage auskam. Der Handelskolonie ist zum Teil jetzt schon durch ein Syndikat monopolisiert. Dies ist das eine Bedenken, das aus dem Konzessionsumfange folgt, das andere betrifft die Eingeborenenfrage. Durch die Vorlage wird die Landfrage in neue Gegenden hineingetragen. Es ist deshalb jetzt höchste Zeit, die Verwaltung dazu zu veranlassen, in der Landfrage eine ganz andere Richtung einzuschlagen. Unsere Pflicht ist es, warnend die Stimme zu erheben. — Redner begründet hierauf seinen Antrag zum § 11 der Konzession, demzufolge die Anweisung von ausreichenden Reservaten an Eingeborene erst erfolgt sein müsse, bevor die Landkonzessionen ausgeteilt werden. (Beifall rechts und links.)

Geheimer Legationsrat Seitz verteidigt die von zwei Ingenieuren aufgestellte Trasse der Eisenbahn: Ein anderer Sachverständiger hat die für die beste Strecke in Betracht kommenden Gegenden überhaupt nicht betreten. Die Gesellschaft hat zu den zwei Ingenieuren, die im tropischen Eisenbahnbau erfahren sind, das vollste Vertrauen. Abg. Kayß (fr. Sp.): Unsere größten Bedenken richten sich gegen die Landkonzessionen und darin unterschreiben wir vollständig die Ausführungen der Abgeordneten Ledebour und Lattmann. Man hat sich in der Kommission damit getrostet, daß die Tätigkeit der Beamten eine Bürgschaft dafür biete, daß den Ansprüchen der Eingeborenen ihr Recht werden würde. Diese optimistische Auffassung kann ich nicht teilen. Unsere Bedenken sind auch durch die Worte des Kolonialdirektors nicht beseitigt, sondern nur bekräftigt worden.

„Erst in der letzten Zeit sind die Landabergeweiungen allem Anschein nach zur Zufriedenheit ausgeführt“, sagt der Bericht des Kolonialdirektors. Herr v. Puttkamer muß die Verordnung von 1898 doch kennen; wie kommt es, daß er 1901 und 1905 noch besonders darauf aufmerksam gemacht werden muß, die Interessen der Eingeborenen in richtiger Weise wahrzunehmen? 1901 ist das noch nicht in richtiger Weise geschehen und 1904 muß Herr v. Puttkamer noch auf die Verordnung aufmerksam gemacht werden und jetzt ist „allem Anschein“ nach den Wünschen entsprochen. Diese Darstellung beweist doch wahrhaftig, wie berechtigt die Bedenken sind, die wir gegenüber den Gesellschaften von Kamerun ausgesprochen haben. Sehr richtig hat mir ein Missionar geschrieben, daß die Gesellschaften sich immer für die Herren und die Schwarzen für die Rechte halten. „Anfer ist der Grund und Boden, was wir übrig lassen, ist gut genug für die Schwarzen.“ Wir verlangen, daß keine weiteren Landkonzessionen erteilt werden, bevor die Landfrage richtig gelöst ist. In dem Maße, wie der Plantagenbau zunimmt, wird das Land erkorren, und die Schwarzen sehen, was sie verloren haben. Das muß zu einem Haß gegen die Deutschen führen, nicht uninteressant war mir auch der von verschiedenen Seiten unternommene Hinweis auf die große Macht der Regier, die im Hinterlande wohnen. Man treibt meines Erachtens eine völlig falsche Kolonialpolitik, wenn man Land vergibt und den Erwerbenden nur Rechte und keine Pflichten zuerteilt. Man wird damit nur Unzufriedenheit erzeugen und ein Aufstand kann eintreten, der mit

Waffengewalt niedergeboren werden muß. So übernimmt dann das Reich alle Pflichten und läßt den Gesellschaften alle Rechte. (Sehr richtig! links.) Das liegt aber keineswegs im allgemeinen Interesse. Mit welcher Eile wird übrigens diese Vorlage gefördert! Es sind noch keine zwei Wochen seit ihrer Einbringung vergangen, und wir stehen schon vor dem Abschluß. Da drängt sich unwillkürlich der Vergleich mit der Vergeltung im preussischen Landtag auf. Dort wird gebeten und geschieht, die Sache zu beschleunigen und trotzdem das langsame Tempo. Hier dagegen soll alles in wenigen Tagen über die Bühne gebracht werden. Ich meine, das Interesse von 100.000 bedrückter Bergleute sei mindestens gleichwertig dem Interesse an solchen Bahnbauten. Wir verweigern unsere Zustimmung um so mehr, als wir sehen, wie selbst die größten Kolonialfreunde es nicht über sich bringen können, dieser Vorlage zuzustimmen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Vorwürfe, die namentlich Abg. Lattmann gegen die Landkonzessionen gemacht hat, sind doch recht wenig begründet. Für ihn scheint ja die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft ein rotes Tuch zu sein. Dennoch hat gerade diese Gesellschaft das Verdienst der Priorität am Bahnbau. Sie hat übrigens, hören Sie, Kollege Lattmann (Heiterkeit), bis jetzt noch keinen einzigen Hektar wirklich als Eigentum ausgeliefert bekommen. Sie hat große Expeditionen ausgerüstet, hat der Wissenschaft und der Volkswirtschaft große Vorteile verschafft. Dennoch muß sie immer das Kamidell des Abgeordneten Lattmann sein. Die Vorwürfe gegen Einzelheiten der Trasse kommen nicht in Betracht, denn Einzelheiten kann man der Gesellschaft überlassen. Sollten hier und da kleine Trupps Eingeborener von einem Platz nach einem andern mit sanfter Gewalt abgeschoben werden müssen im Interesse der Kultur, das wäre auch kein Unglück. Die Gegend, durch die die Eisenbahn geht, leidet jetzt schon unter Trägerrangel. Ein Verkehr mittels der Eisenbahn ist also dringend notwendig. Deshalb darf die Vorlage nicht verschleppt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gebr. von Nächstofen-Damberg (konf.) spricht für die Vorlage. Auf eine Anfrage des Redners erwidert Kolonialdirektor Dr. Stuebel, daß die Banken, mit denen die Verwaltung in Unterhandlung stehe, bereit seien, die Konzession in der Fassung, wie sie aus den Beratungen der Budgetkommission hervorgegangen sei, als Grundlage für den Eisenbahnbau in Kamerun anzunehmen.

Abg. Storz (född. Sp.): Jugendwische Erfolge hat unsere Kolonialverwaltung bisher nicht gehabt. Kamerun ist aber bei weitem die fruchtbarste von unseren Kolonien. Dort ist es nötig, von den Aufwandsarbeiten in das Innere zu kommen. Es bildet die denkbar günstigste Grundlage für die Entwicklung einer Baumwollindustrie. Für unsere Textilindustrie ist der Bahnbau deshalb sehr wertvoll. Grundrichtig halte ich eine Erbauung der Bahn durch Privatkapital für das Beste. Die wenigen hunderttausend Mark, die vom Reiche gefordert werden, kann man wohl bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Z.): Wir bedauern, daß gestern die Beschlußunfähigkeit des Hauses künstlich herbeigeführt ist durch Parteien, denen an der Annahme dieser Vorlage gelegen ist. Wäre das gestern nicht geschehen, so würde sich heute bei der namentlichen Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses wahrscheinlich nicht ergeben, dann hätten Bergarbeitergesetz und Kolonialbahn noch vor der Vertagung erledigt werden können. Der Abg. Ledebour meint, die Proklamation Trothas, in der dieser einen Preis für den Kopf Hendrik Witboois aussetzt, sei eine Aufforderung zum Mord. Ihm, der Mörder des russischen Großfürsten Sergius ist doch erst recht ein Mordmörder, dieser aber wird vom „Vorwärts“ verherrlicht. Entgegen den Ausführungen des Abg. Ledebour befrachte ich die Annahme der Vorlage. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Semler (natl.) schließt sich dem Vordredner an und spricht für die Dringlichkeit der Vorlage.

Abg. Werner (Ant.) pflichtet dem Abg. Lattmann bei.

Abg. Brundt (Sp.): Wer den Kolonien die Eisenbahnen verweigert, oder sie auch nur um einen Tag hinaus schiebt, treibt reaktionäre Wirtschaftspolitik. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.): Dem Abg. Erzberger gegenüber muß ich erklären, daß ich nicht von einer absoluten Notwendigkeit des Baus der Bahn gesprochen habe. Der Erlaß des Generals v. Trotha ist ohne Widerspruch durch die Zeitungen gegangen und die Kolonialverwaltung hat keinen Anlaß genommen, sich gegen einen solchen Erlaß zu verwahren. Ich habe die Kolonialverwaltung vor die Frage gestellt, wie sie zu diesem Erlaß steht; sie hat keine klare Antwort gegeben. Der Abg. Erzberger hat da einen sehr unglücklichen Vergleich angeführt, wenn er auf Kalajew, der den Großfürsten Sergius getötet hat, hinweist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kalajew ist ein Mann, der sein Leben zum Opfer gebracht hat, von dem alle Freiheitsfreunde überzeugt sind, daß er einen der schlimmsten Verbrecher in Rußland hingegriffen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich darf es nicht dulden, daß von der Tribüne des deutschen Reichstages herab ein Mordmörder so qualifiziert wird, wie Sie ihn soeben qualifiziert haben, und daß sein erhabenes Opfer so heruntergezogen wird! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Von Schiller ist Teil, von andern Dichtern sind ähnliche Verhältnisse verherrlicht worden, und wenn man noch einen Unterschied zwischen diesen Personen und Kalajew machen will, so würde der Vergleich zugunsten des letzteren ausfallen. Was hat Herr v. Trotha getan? Er hat Mordmörder gedungen, wenn der Erlaß richtig ist. Denn seine Aufforderung, die Hauptlinge einzuliefern, hat nur einen Sinn, wenn man annehmen will, daß die Regier die Köpfe ihrer Hauptlinge einliefern sollen. Gegenüber diesen um Geld angeworbenen Mordmördern ist jeder andere Mordmörder noch ein aufrichtiger Mensch. Wenn Sie in der Geschichte eine Parallele ziehen zum Erlaß Trothas, vorausgesetzt, daß dieser richtig ist, dann haben wir dieselbe bei Kathasar Gérard, dem Mordmörder Wilhelms des Schweigensamen (Nuse links: Des Schweigensamen? Große Heiterkeit links.) Ich meine natürlich Wilhelms des Schweigensamen von Oranien. Einen Wilhelm den Redseligen (Erneute Heiterkeit) von Oranien (Erneute Heiterkeit links.) Auf alle Fälle muß dieser Erlaß die Folge haben, daß Herr v. Trotha unverzüglich abberufen wird von seinem Posten. Das muß man verlangen im Interesse der Ehre des deutschen Namens. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger will den General v. Trotha nicht in Schutz genommen haben, sondern nur gewinnlos haben, daß man ihm Zeit lassen müsse, die Gründe seines eventuellen Erlasses anzugeben: Dem General v. Trotha stehen Feinde gegenüber, die schließlich noch schlimmer sind wie der ermordete Großfürst. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über § 1 der Vorlage.

Abg. Basmann (Z.) schlägt vor, bei allen Anträgen auf namentliche Abstimmung die Namen der Unterzeichner bekannt zu machen. Da man nun dem Präsidenten die Vorlesung nicht immer zumuten kann, so wäre eine Drucklegung solcher Anträge wie die aller anderen erwünscht.

Die namentliche Abstimmung über § 1 ergibt: 127 stimmen mit Ja, 61 mit Nein bei 11 Enthaltungen. Es sind also 190 Abgeordnete anwesend und das Haus ist gerade eben beschlußfähig. (Große Heiterkeit, namentlich bei den Nationalliberalen.)

Es folgt die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen der Bau- und Betriebskonzeption.

Die §§ 1-10 werden debattelos angenommen. Zu § 11, der die Landgesellschaften aufzählt, wird ein Antrag Raab (Antif.) und Lattmann (Wirtsch. Vg.) angenommen, nach der die Gesellschaft sich das Land längs der Bahn erst aneignen darf, nachdem die Zuteilung von ausreichenden Pflanzplanen nach Verhandlung mit den Eingeborenen an diese erfolgt ist.

Die Abstimmung über den § 11 ist wieder auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich.

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ich habe Ihnen die betrübende Mitteilung zu machen, daß die Abstimmung über § 1 unglücklich ist, da wir nur mit einer Stimme Majorität beschlußfähig waren und einer der Herren Abgeordneten aus Versehen zwei Zettel abgegeben hat, was sich durch die Revision im Bureau herausgestellt hat. Wir waren also schon bei der Abstimmung über § 1 beschlußfähig. (Große Heiterkeit.) Es kommt sehr leicht vor, daß Herren Zettel doppelt abgeben, und beim raschen Zählen wird das leicht übersehen. — An der jetzigen Abstimmung haben sich beteiligt 195 Abgeordnete, davon haben mit

Ja gestimmt 128, mit Nein 60, der Abstimmung enthalten haben sich 12 Abgeordnete.

Der Präsident setzt darauf die nächste Sitzung fest auf Dienstag, den 30. Mai, 1 Uhr mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen; Wahlprüfungen; Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über eine Zinsgarantie des Reiches für eine Eisenbahn in Kamerun; zweite Beratung der Vorlage des Gesetzesentwurfes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Abend: Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Neues Opernhaus. Jung-Heidelberg.
Berliner. La Dame aux Camélias. Westen. Hans Helling. Anfang 8 Uhr:
Deutsches. Der Wissenschaftsmann. Lessing. Uga.
Neues. Ledige Leute. Thalia. Reflekt. Hierauf: Die Bäder von Lucca.
Residenz. Herzogin Crevette. Schiller O. (Haller-Theater). Der artiesische Brunnen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Die Herren Söhne.
Kleines. Raafst. National. Frizzo. Bocher: Die schöne Galathee.
Zentral. Die Fledermaus. Trianon. Ihr anelter Mann. Lustspielhaus. Der Familienrat. Belle-Alliance. Liebesmanöver. Carl Weich. Der Troubadour. Reichshallen. Stettiner Säng. Kasino. Hotel Klingebusch. Herrfeld-Theater. Winter-Tymian-Sänger.
Apollo. Am Hochzeitabend. — Spezialitäten.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Zentral. Die Herren Söhne. Anfang 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Neues Theater. Anfang 8 Uhr:
Ledige Leute. Sonnabend: Der Familienrat.
Kleines Theater. Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl. Sonnabend: Salome. Sonntag: Angela. Abschied vom Regiment.
Neue Königl. Oper (Kroll).
Jung-Heidelberg. Anf. 7 1/2 Uhr. Billettvork.: Kgl. Opernhaus, Schalter 2, Wertheim. Invalidendank und Abendkasse. Sonntag, den 28. Mai, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: Frühlingluft. — Im Garten täglich: Großes Militär-Konzert.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr:
Ledige Leute.
Sonnabend: Der Familienrat.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl.
Sonnabend: Salome. Sonntag: Angela. Abschied vom Regiment.

Neue Königl. Oper (Kroll).

Jung-Heidelberg.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billettvork.: Kgl. Opernhaus, Schalter 2, Wertheim. Invalidendank und Abendkasse. Sonntag, den 28. Mai, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: Frühlingluft. — Im Garten täglich: Großes Militär-Konzert.

WOLZOGEN-OPER

THALIA-THEATER.
REKLAME.
Hierauf:
DIE BÄDER VON LUCCA.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lehringergasse 37. Anf. täglich 8 Uhr.
Schlußvorstellung
Sonntag, den 28. Mai.
Bis dahin auf Wunsch: Neu einstudiert
Hotel Klingebusch.
Vorher das beliebteste Musikprogramm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
Gebrüder Zorn.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Ihr zweiter Mann.
Anfang 8 Uhr.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn Nr. 1, 2, 4, 17, 62, 63, 74.
Sonntag, den 21. Mai, ab bis Pfingsten:
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch und Donnerstag
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellungen
sowie **Ball** und **Volksbelustigungen.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Mlle. Vallée aus Paris, armlose Fotokünstlerin!
Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist!
Lebende Photographien.
Italien. Damenkapelle „Revelli“.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. 3. u. 6. u. 9. Uhr.
Kaufmann
der liebreichenden phänomenalen
4 1/2 jährigen
Sängerin und Schauspielerin
Angelika Walter.
Emmi Kröchert
prolongiert.
Orlona
und das glänzende Mai-Programm.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Die Mai-Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Am Hochzeitabend
Musik von Paul Lincke
mit Hona Sporr vom Königl. Schauspielhaus in Berlin a. G.
Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 201. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Lustspielhaus.
Heute und täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Satirischer Schwank v. Robert Witsch. Sommerreise.
Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schwank in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, Deutsch von Berno Jacobson.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kurzes Gesp. d. National-Theaters.
Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von Cammerano. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der Freischütz. Sonntag: Undine. Montag: Die Fledermaus. Sonnabend im Sommergarten: Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesens-Progr. Der 18jährige Rastellänig Fred Rollen. Das größte Wunder der Musikatur, zum erstenmal in Berlin. Miss Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Schachspieler. Erich v. Daenzer, der amüsante Zauberer. M. neuzeitl. Tricks. Nicht Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt. Entree 20 Pf.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!
Zum 201. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Lustspielhaus.

Heute und täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Satirischer Schwank v. Robert Witsch. Sommerreise.
Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schwank in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, Deutsch von Berno Jacobson.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kurzes Gesp. d. National-Theaters.
Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von Cammerano. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der Freischütz. Sonntag: Undine. Montag: Die Fledermaus. Sonnabend im Sommergarten: Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Der Troubadour.

Oper in 4 Akten von Cammerano. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der Freischütz. Sonntag: Undine. Montag: Die Fledermaus. Sonnabend im Sommergarten: Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Otto Pritzkows

Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesens-Progr. Der 18jährige Rastellänig Fred Rollen. Das größte Wunder der Musikatur, zum erstenmal in Berlin. Miss Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Schachspieler. Erich v. Daenzer, der amüsante Zauberer. M. neuzeitl. Tricks. Nicht Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt. Entree 20 Pf.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagsisch.
Der große Naturgarten ist geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Schiller-Theater

Freitag, abends 8 Uhr:
Der artiesische Brunnen.
Poffe in 3 Abteilungen und 4 Aufzügen mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der artiesische Brunnen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der artiesische Brunnen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Vollständ. in 3 Akten von Oscar Walther und Leo Stein.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Logenbrüder.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Im Garten: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater

Haseholz 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Giltig-Tag. Die Kaffeestube ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regalbahnen, Barfußboden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Großer Ball.

Nollendorfsplatz.

Zirkus Maximilian Brose
Freitag abends 8 Uhr:
Clown- u. Komiker-Vorstellung.
Kaufmann von Clowm Bojanowski mit neuen Späßen und Wigen. Clowm Polo mit seinen Miniaturpferden. Clowm Brasso, Mariani, Jack Leon. Kaufmann sämtlicher Attraktionen. Direktor Maximilian mit seinen fünf Wunderrequisiten. — Preise wie bekannt.

Geb Brüder

Herrfeld-Theater.
Täglich
die weltberühmten, einzig dastehenden
15 Winter-Tymians 15
Enormer Erfolg. Riesenschauspiel.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Bedeutend ermäßigte Sommer-Entréepreise.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Lustige Friesacker.
Große Poffe mit Gesang in 3 Akten von B. Richter.
Gesp. des Direktors Wilh. Richter vom Gebr. Richter-Theater.
Außerdem das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Olga Verdi, Kostüm-Soubrette. Rheingold-Trio, Transformations-Gesangstertel.
Deux Milani, National-Tänzerinnen. Ernst Franzen, Niederländer. The Hilgerts Gentleman-Akrobaten.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.

Reichshallen.

Stettiner Säng.
Unsere süßen Dienstmäd. Barocke von Wenzel.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Adriaglut

Kraft Rotwein
für 32502*
Blutarme, Kranke, Schwache etc.
a Flasche 1,50 M. u. 2 M. inkl. Spürt Du irgendwelche Schwächen, Adriaglut macht Dich dann stark, Bist Du fast zusammenbrechen, Adriaglut — es schafft Dir Kraft, Bist Du einen Kranken pflegen, Adriaglut nur reich' ihm dar, Dieser Kraftwein hilft Segen, Adriaglut wirkt wunderbar.
Überall erhältlich!
General-Vertreter: Berlin NW., Zeehofstraße 23.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Säng.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Buder
Franz Becker
Lorkingstr. 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedens-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Joseph Bonk
am 24. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
86/3 Die Ortsverwaltung.

Herr Otto Schulz

erst 30 Jahre alt.
Der so früh Dahingefordene war uns ein pflichterfüllter und gewissenhafter Mitarbeiter, welcher einen schweren Beruf mit feiner Treue und Hingebung ausfüllte.
Ehre seinem Andenken!
Die Inhaber der Brauerei Ernst Engelhardt Nachfolger. Beerdigung Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr von Wlughstr. 6 nach Kirchhof Barfußstraße.

Blanz

u. 17. Rosenb. bis 31. Dezemb. 1901.
Aktiva.
Baren-Konto 5419,35
Kassa-Konto 850,34
Renten-Konto 4742,80
Bankguthaben 3000,—
Kassenkassen 2231,—
Summe 15943,49
Passiva.
Genossenschaftsanteil-Konto 510,—
Darlehens-Konto 11917,19
Kreditoren 3419,72
Reingewinn 96,67
Summe 15943,49
Witwenberzählung am Anfang des Geschäftsjahres 16
Im Laufe des Geschäftsjahres eingetretene 1
Witwenberzählung am Ende des Geschäftsjahres 17
Kassumme und Genossenschafts-Anteile betragen zu Anfang d. Geschäftsjahrs je 480,— M. Beide vermehrt sich i. Laufe des Geschäftsjahres um je 30,— M. Kassumme und Genossenschafts-Anteil betragen mithin a. Ende d. Geschäftsjahrs je 510,— M. Möbelfabrik „Berolina“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand: G. Krebs, F. Feigler.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Otto Baumbach
am 23. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Christl. Kirchhofes, Mariendorfer Chaussee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/17 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Hierdurch allen Kollegen der Firma Grandt u. Seidel für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes herzlichsten Dank. (32752) Witwe Barnad nebst Kindern.

Möbel-Fabrik - Niederlage

Otto Plettner,
Tischlermeister,
N., Dalldorfer - Straße 19.
Komplette
Wohnungs - Einrichtungen
und einzelne Möbel 2633L*
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Ohrenleiden

(Gausen, Schmerz, Schwerhörigkeit usw., auch ganz veraltete Fälle) werden jetzt nach der neuesten dreigeschränkten Methode des Dr. Marage, von welcher vor kurzem der Berliner Akademie der Wissenschaften Bericht wurde, gründlich geheilt. Die Behandlung kann nie Schaden bringen! Hochfürstliche gratis und portofrei von **F. W. Trotski** in Leipzig-Co. Nr. 208. 200/1

Fertige Anzüge und Paletots

von 15 bis 36 Mark
Anfertigung nach Mass unter Garantie.
Beste Roßhaar-Verarbeitung.
Vorzügliche Passform.
Adolf Raitzig
Grüner Weg 90. Ecke Andreas-Platz.
Kneben-Anzüge.

Achtung! IV. Wahlkreis! Achtung!

(Osten.)

Freitag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, in A. Hoekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Religion der Wahrheit. Referent: Herr Schriftsteller Adolf Stern. 2. Diskussion. 243/15*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Seite Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Samstag, den 28. Mai cr., vormittags präzis 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über unsere bisherige Arbeitsvermittlung und die jetzt zu befolgende Politik betreffs des am 1. Juni in Kraft tretenden paritätischen Arbeitsnachweises, eventuell Revidierung unserer früheren Beschlüsse hierzu.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Im Hinblick auf die nächsten Tagesordnung ist es nötig, daß ein jeder reger für obige Versammlung agitiert. Mithin die Säumnigen auf, kein Eingler darf fehlen.
186/1

Die Kommission.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.)

Sonntag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Reichsforstraße 15:

Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr: **Urania-Sondervorstellung:** „Der Simpson und sein Gebiet.“
Billets a 40 und 60 Pf. sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.
196/15

16. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Prss. Lotterie.

Ziehung vom 25. Mai 1905, vormittags.
Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

181 244 301 557 65 657 81 835 1024 611 58 [5000] 891
2028 294 331 402 13 17 699 [5000] 733 803 3000 [1000]
155 402 11 78 692 4088 136 299 386 596 [5000] 765
5200 73 411 [5000] 820 659 708 929 89 6022 78 149 240
420 [5000] 66 522 657 793 875 7239 340 530 74 [10 000]
651 707 831 76 920 8244 654 9014 52 106 288 [5000] 614
690 [5000] 753 803 979
10008 296 [5000] 787 929 11131 46 529 775 940
12017 102 [10000] 20 64 218 86 423 628 912 [5000] 13048
425 34 78 558 704 38 14092 90 216 27 [5000] 530 [1000]
89 721 51 64 810 39 83 15757 854 16122 36 248 306
86 496 606 24 52 745 903 94 17222 104 31 22 204 410
85 689 982 [5000] 18063 490 522 662 707 74 812 69 82
19034 710 855 982 [5000]
20323 745 749 894 35 29 09 94 091 96 [3000]
21072 128 70 [10000] 307 89 365 [3000] 806 [5000] 51 88
22627 33 190 62 245 65 345 442 529 617 87 707 71
814 83 88 22159 439 [3000] 81 208 656 78 700 814 33
61 [10000] 22476 238 [5000] 475 716 944 90 25207 23
329 411 886 [5000] 632 751 26099 233 88 431 44 57 890
10007 724 40 56 828 938 [5000] 64 99 27090 147 480
617 841 857 28018 90 213 43 357 61 92 463 88 527 629
40 893 29016 31 52 119 43 333 607 42 [1000] 650 43
696 878
30082 104 90 353 62 82 443 47 333 641 [5000] 96 707
569 72 31355 417 580 32100 220 418 37 533 40 71
886 92 945 33205 [10000] 329 554 [3000] 42 88 869 88
34490 92 905 44 45 81 633 55 [5000] 65 [3000] 734 68
[10000] 965 35138 262 429 36925 51 302 465 49 880
681 790 810 [5000] 29 71 37240 [3000] 380 693 782 942
32882 123 391 435 63 670 88 669 774 [5000] 846 520
39604 129 338 314 32 64 87 892 82
40186 589 80 629 41099 83 102 321 24 [10000] 548
59 974 [10000] 42033 221 352 82 [10000] 404 [10000]
697 618 49 797 878 43053 123 [10000] 410 644 68 875
97 930 44144 214 95 659 [3000] 786 94 45229 269
475 004 46681 87 150 77 [10000] 206 309 406 766 47069
349 91 [5000] 212 33 69 [5000] 449 690 16 94 763 906 68
46241 69 409 [5000] 93 538 39 629 739 938 49206 462
83 545 897 901 00 [5000]
50104 599 652 90 829 927 51069 211 81 327 70
688 328 749 831 [5000] 52106 480 523 58 74 824 78
62065 24 20 129 94 87 213 51 454 522 732 93 876 916
[5000] 54699 176 230 91 314 [10000] 440 50 87 525 59 669
14 95 829 45197 79 214 322 [3000] 451 575 628 783
828 95 912 56991 [10000] 165 251 604 [10000] 391 762
79 57106 33 [5000] 271 89 350 861 733 58183 342
[3000] 78 526 88 [10000] 708 [1000] 968 50225 355 60
641 800 70 87 797 900
60021 [5000] 184 230 374 409 612 39 35 735 833 907
39 61016 297 325 47 [10000] 578 641 86 710 69 810 [5000]
62055 71 146 63 [5000] 435 869 847 63015 81 250 384
[10000] 54 91 410 639 740 64 979 64004 [10000] 68 284
505 [5000] 87 847 935 65091 87 259 334 [10000] 490 511
630 73 60100 325 [5000] 51 72 420 [5000] 79 90 568 67
607 784 888 67405 [10000] 484 587 611 40 97 846 74
91 68343 501 781 931 [5000] 60211 [5000] 34 40 315
89 [10000] 482 896 705
70107 382 [5000] 63 693 783 807 75 [3000] 947
71027 93 285 622 756 72001 51 90 187 335 82 61 443
872 634 99 [10000] 741 858 985 73309 251 82 300 52
430 880 738 45 936 39 98 74145 237 522 57 70 732 [5000]
803 13 58 92 [3000] 99 930 45 33 75038 51 82 78 170
90 350 81 566 722 850 919 76202 36 374 433 [5000] 664
72 724 43 812 918 44 77682 69 810 78060 191 259 47
508 658 [3000] 735 811 33 79105 44 233 92 505 [10000]
60 700 900 90 [3000]
80061 88 111 66 413 825 35 [3000] 61042 84 233
[5000] 482 737 [5000] 844 82086 200 416 98 732 83027
75 240 348 400 612 736 519 77 983 84163 81 344 53
437 93 682 737 63 829 62 [3000] 91 907 85001 7 97
[3000] 347 [5000] 75 482 97 502 25 69 605 77 [10000] 965
911 27 [3000] 88 72 86091 64 88 212 336 407 806
[10000] 616 728 804 73 [10000] 87125 75 408 [5000] 573
672 [5000] 897 901 77 99 88003 [10000] 109 76 90 266
320 433 515 944 [5000] 63 89088 121 265 82 333 [5000]
429 92 667 642 [10000] 708 570 939 49
90056 75 115 43 310 464 79 546 724 31 [10000] 840
821 62 [10000] 91094 142 360 425 44 681 92895 110
67 391 [5000] 678 733 857 93051 68 51 192 [5000] 254
401 [5000] 614 [10000] 48 [3000] 51 [10000] 634 [5000] 917
94050 414 61 773 880 950 95196 224 46 317 88 403 500
644 94 713 50 72 817 57 82 942 83 96132 260 90 413
627 99 645 50 88 790 834 97083 83 [3000] 274 319 37 80
463 559 690 [10000] 57 70 98304 55 83 414 29 54 65
67 [5000] 741 817 60 [10000] 99031 332 68 468 9 583
619 25 93 700
100555 477 263 350 [5000] 401 676 717 43 101160
252 352 492 5 56 546 59 655 778 [5000] 840 102057
81 254 93 313 50 461 589 831 923 103218 54 519 614
63 64 706 31 104115 62 268 235 35 [3000] 592 819 70
627 105227 177 358 348 41 67 324 840 227 56 [10000]
106264 273 83 467 528 608 13 107235 301 43 67 474
662 3 745 108223 69 133 42 350 401 42 648 720 821 923
009223 190 294 397 896 29 [10000] 611
110149 210 215 43 63 9 69 70 60 [5000] 892

111190 226 353 71 444 56 536 638 751 922 112034

45 99 118 [3000] 29 225 442 57 [5000] 519 815 [5000] 723
805 73 79 113017 21 124 279 [3000] 673 82 114907
67 95 213 42 336 42 50 457 [5000] 713 44 810 977 115072
158 240 76 335 448 83 [5000] 90 555 721 58 870 110921
185 338 555 773 918 [10000] 117102 305 41 [5000] 562
74 81 673 [5000] 758 88 895 888 118045 64 228 34 35
388 495 611 774 960 119131 228 507 712 932 63 [5000]
120054 152 313 14 672 758 810 921 121337 64
589 635 [10000] 723 870 122083 135 338 84 94 482 64
85 665 [3000] 916 123034 69 [5000] 82 145 265 92 614
812 919 [5000] 124012 211 18 85 68 [10000] 93 614
[5000] 47 125075 170 [5000] 208 [10 000] 343 58
[10000] 403 9 79 328 662 [5000] 750 [3000] 889 963
126157 223 448 62 89 516 811 99 914 37 12787 103
24 312 [5000] 14 431 519 629 837 89 [10000] 128014
84 316 89 806 49 742 51 129906 85 129 38 292 98
335 700 876 911 68 82 [3000]
130295 301 68 457 83 567 650 714 894 97 908
131653 144 216 55 530 70 894 715 25 878 92 132074
73 813 914 133073 134 [5000] 39 247 72 76 356 64
[5000] 515 628 71 73 92 730 964 134342 [3000] 80 662
720 135054 169 79 261 313 429 620 37 75 745 64 889
964 81 [5000] 136008 91 158 238 374 452 562 723 56
917 07 [137] 329 465 71 74 540 917 138028 85 122
[10000] 24 [10000] 63 436 436 627 956 85 139122 [3000]
35 37 40 90 971 807 83 836 52 731 848
140123 423 44 738 917 65 141011 63 125 26 270
226 94 495 562 88 [10000] 98 900 18 44 142043 107 60
515 49 624 31 951 145020 153 72 279 322 595 65 59
908 146064 334 54 [3000] 406 008 883 926 [10000]
147245 [5000] 363 [5000] 738 43 83 93 [10000] 828 66 95
148296 325 827 997 [3000] 149211 300 472 553
[40 000] 664 712
150055 142 93 430 79 803 26 151078 155 279 422
44 733 49 983 152058 135 335 54 62 555 855 56
153449 78 584 627 154074 113 [5000] 294 [3000] 463
692 79 709 321 155046 68 389 449 520 70 823
155094 72 389 801 97 914 [5000] 82 96 157110 67 323
713 26 [5000] 158019 39 43 [5000] 267 322 [10000] 54
829 508 159333 416 663 91 782 76 902 833
160098 50 60 105 243 404 8 52 [3000] 660 [3000]
853 161129 68 461 606 737 879 957 [5000] 57 162059
134 238 347 [10000] 403 90 511 651 803 36 [10000]
162665 160 858 89 707 [3000] 27 66 82 824 975 [3000]
164104 217 340 85 202 [5000] 744 [10000] 991 165060
171 419 804 88 74 75 910 45 47 [5000] 166205 23 64
575 621 38 [5000] 167090 197 822 168210 301 84
467 80 898 916 26 169068 117 35 87 320 600 49 790
170192 286 478 670 76 [10000] 739 50 850 78 [5000]
946 75 171018 314 491 30 510 69 90 728 819 35 [10000]
172013 106 351 54 422 862 858 75 78 997 173163
69 374 83 [10000] 816 174340 829 30 85 75 81 832
175317 69 544 768 841 67 81 942 70 176980 127 322
553 79 807 914 69 177245 807 56 99 178948 294 29
82 354 73 70 85 792 179388 405 [5000] 14 505 95 002
63 78 949 91
180043 271 375 98 415 99 504 37 62 604 334 66 999
77 181699 108 [3000] 43 470 801 832 917 79 [5000]
182131 77 223 637 45 [10000] 86 768 87 183220 946
[10000] 184023 67 111 51 444 45 64 509 796 893 919
185231 [3000] 69 [3000] 364 479 662 [5000] 811 20 65
186093 97 215 62 520 51 82 603 71 [10000] 741 83 942
[10000] 187021 51 216 17 97 673 [10000] 74 79 628 716
37 55 908 9 188086 127 320 37 432 500 18 97 612 863
97 917 189035 164 283 96 353 91 502 21 [5000] 34
[5000] 90 [10000]
190028 399 419 614 20 741 191160 226 388 547
68 76 615 [10000] 70 85 710 949 192230 82 332 67 721
888 998 193015 132 47 59 [3000] 587 89 [5000] 964
194178 [5000] 427 545 53 67 71 614 195030 265 72
[3000] 461 543 678 756 812 196108 [10000] 73 223
[5000] 317 96 610 778 [10000] 85 881 961 87 197132 658
80 309 674 82 710 40 879 198056 283 310 88 487 623
72 [5000] 780 58 702 85 931 38 97 199101 247 50 61 330
35 [3000] 58 [5000] 581 90 683 808 828 [10000]
200089 63 67 145 47 337 594 65 621 927 59 [5000]
201003 103 8 345 [3000] 69 586 49 [3000] 778 202043
117 272 838 959 [10000] 203073 178 [10000] 292 317 30
484 508 674 84 788 204101 11 84 234 430 636 [5000]
71 883 98 205043 60 [10000] 145 330 40 426 86
205043 174 87 270 30 89 570 617 81 807 943 [5000] 62
207053 [5000] 174 [5000] 82 478 [5000] 544 792 86
208030 83 122 329 30 407 588 [5000] 96 [5000] 734
209053 [5000] 222 [10000] 500 584 86 792 882
210081 157 210 44 46 327 56 67 833 932 [3000]
211036 [3000] 55 96 136 550 993 4 12 20 79 730 857
[5000] 212188 210 53 82 300 642 765 865 94 604 44
213223 51 374 403 [5000] 629 704 849 918 42 214007
[5000] 115 621 58 312 42 599 602 31 455 215039 117
94 09 333 440 605 83 629 785 834 83 974 80 216296
314 670 746 217185 315 85 853 678 [10000] 700 844 63
75 84 218010 26 46 129 401 18 60 878 [3000] 930
219079 276 388 82 400 29 48 87 710 836 925 29
220103 284 29 608 760 865 913 [5000] 74 221110
21 65 83 [10000] 256 40 490 589 670 741 44 888 [10000]
931 220218 378 [5000] 416 520 604 [5000] 892 62
222021 205 87 390 458 045
Im Gewinnraute verbleiben: 1 Prämie à 300 000 M.,
1 Gewinn à 150 000, 1 à 100 000, 3 à 50 000, 4 à 15 000,
11 à 10 000, 17 à 8 000, 28 à 6 000, 412 à 1 000, 719 à 500.

Achtung! Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Freitag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29

General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:

146/0*

1. Abrechnung vom 1. Quartal. — 2. Beratung respektive Beschlußfassung über das neue Ortsstatut.

Wichtig! Mitglieder sind mitzubringen, ohne dasselbe kein Eintritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

Reste

Damentuche, schwarz u. farb.
Costumes-Stoffe, neueste
Kammgarne [Muster
Staubmäntel-Stoffe
Corkakrow
Sammet, Plüsch
Besatzartikel. 22651*

Confection

Jaquets, Dollmann
Staubmäntel, Costumes
Costum-Röcke, Blousen.
C. Pelz, Kottbuser
Straße 4.

Hamburger Rohrabak-Haus.

Deil Sumatra 3. Vollblatt-Länge,
fein in Brand und Geschmack,
per Pfd. 1.10.
Filiale Berlin N.
Brunnenstr. 190. 295/1*

Hochwaldparzellen.

60/89. Blumme, direkt Bahn, hochw.,
Singelegenheit, wert bei kleiner An-
und Abzahlung. Aufzahlung sofort.
Aug. Puchert im Vorort Taben-
dorf (Potsd. Bahn). 32632*

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächsten

Branchen-Versammlungen

am Sonnabend, den 27., Dienstag, den 30. und Mittwoch, den 31. Mai 1905, stattfinden.

Achtung! Wagen-Branche. Achtung!

Die Branchenversammlung findet am Mittwoch, den 31. Mai 1905, abends 8 1/2 Uhr, in der Arminiahallen, Kommandantenstr. 20, Kleiner Saal, statt.
Wir richten an die Kollegen und Kollegen das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Blitz = Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Laufe. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten

Fünfter deutscher Gewerkschafts-Kongress.

Böln a. Rh., 24. Mai.

Dritter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

Das Schlusswort erhält der Referent Reichstags-Abgeordneter v. Elm. Er bittet, sämtliche Zusatzanträge abzulehnen. Zur Begründung führt er aus: Schulz selbst hat gesagt, er wolle nicht verlangen, alle Angelegenheiten aus ihren Reihen zu nehmen. Aber er mutet dem Kongress zu, zu beschließen, daß die Genossenschaften nur durch den Arbeitsnachweis der betreffenden Organisationen Arbeitstätigkeit bezogen dürfen. Damit wäre jede Möglichkeit der Anstellung Gemahrgelager ausgeschlossen. (Sehr wahr!) Auch besteht nicht in allen Gewerben ein gut funktionierendes gewerkschaftliches Arbeitsnachweis. Wenn in einzelnen Berufen ein solcher besteht, kann der Tarifvertrag den Zwang zu seiner Benutzung konstituieren. Undurchführbar ist auch die Forderung nach Anerkennung nicht nur der Tarife, sondern auch aller Gewerkschaftsforderungen durch die Genossenschaften. Das wäre ein Unannehmliches gegen die Genossenschaften. Ihr sagt, wir seien gleich den Kapitalisten, die fragen, warum die Arbeiter gerade zuerst an sie Forderungen stellen, aber die Genossenschaften zahlen schon jetzt durchschnittlich weit mehr als die Privatbetriebe. (Sehr wahr!) Man kann nicht gegen sie den Arbeitern einen Freibrief für alle Forderungen geben. (Zurufe: Forderungen allgemeinen Charakters!) Das ist ein höchst unbestimmter Begriff. Wollen die Gewerkschaften in den Genossenschaften mehr durchsetzen, als sie in den Privatbetrieben erreichen können, so kann das nur auf dem Wege einer Verständigung freundschaftlichen Charakters bewirkt werden, aber nicht mit Hilfe eines Befehls vom Gewerkschaftskongress. — Für die Unterstützung von Produktivgenossenschaften sind die Voraussetzungen, die ich verlange, unbedingt notwendig. Produktivgenossenschaften werden meist ohne eine Abnung von den wirtschaftlichen Bedingungen und tatsächlichen Verhältnissen gegründet. Da muß wenigstens eine Instanz über die Berechtigung der Gründung urteilen, der Vorstand des Zentralverbandes. Es muß ferner unbedingt verlangt werden, daß die Produktivgenossenschaften ihre Verhältnisse im gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Interesse bewerten. Sonst dient die Macht der gesamten Arbeiterschaft den Privatinteressen einer kapitalistischen Aktiengesellschaft.

Noch weiter als dieser Antrag gehen die Forderungen Altmanns. Danach sollen die Konsumvereine nur Waren von Unternehmern beziehen, die ebenfalls alle Forderungen — natürlich allgemeinen Charakters — der Gewerkschaften erfüllen. Es ist wahrlich leichter zu fordern, als einen Konsumverein zu leiten. Die Leute, die das fordern, haben ja auch einmal einen Konsumverein geleitet, aber natürlich nicht mit Erfolg. (Heiterkeit und Unruhe.) Wollten die Konsumvereine sich solchen Forderungen fügen, so könnten sie sich auflösen. Es ist hier eine Befehlsvergabe der Konditionen vorgebracht worden. Jawohl, man hätte sie schon früher einmal einem Geschäftsführer mitgeteilt; aber sich wieder beim Vorstand, noch bei der Generalversammlung, noch bei dem Aufsichtsrat beschwert — es handelt sich um den Konsumverein in Magdeburg. Und warum brachte man die Beschwerde nicht in der Generalversammlung vor? Weil vom Vorstand des Konditionenverbandes niemand dem Konsumverein angehört. (Heiterkeit und Unruhe.) Köpfer brachte Beschwerden gegen die Hamburger „Produktion“ vor; er hätte bei der Deutlichkeit seiner Andeutungen den Namen ruhig nennen können. Die „Produktion“ macht allen Unternehmern, an die sie Arbeiter, insbesondere Bantzen berührt, zur Bedingung, daß sie die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen innehalten. Aber die Gewerkschaften verlangten noch mehr. Es sollte alles am Orte fertiggestellt werden. Das kostete bei einer Warenaufklärung 10 000 M. mehr als anderwärts. (Zuruf: An dem anderen Orte waren die Arbeitslöhne so viel niedriger.) Jeder andere Arbeitgeber hätte die Arbeiter mit solchen Forderungen ausgelacht. (Unruhe.) Dann sollte bei dem Bau die Verwendung von Maschinen verboten werden. Die Gewerkschaften stellen doch oft recht unvernünftige Forderungen. (Große Unruhe, die lange Zeit andauert. Vielfältige Rufe: Zurücknehmen!)

Vors. Legien (unterbrechend): Wir wissen ja, daß eine solche Redewendung sehr deplaziert ist. Aber regt Euch doch nicht künstlich auf, solche Schnitzer kommen überall vor.

Referent v. Elm (unter beständiger Unruhe fortfahrend): Es sind hier Namen von Personen und Vereinen in Verbindung mit schweren Vorwürfen genannt worden. Man hat auf Beus mit Fingern hingewiesen. In Dessau wird unter fast 20 Verkäuferinnen ein Lehrmädchen beschäftigt, das im ersten Quartal 5 M. pro Woche, im zweiten 8 M., im dritten Quartal 9 M., im vierten Quartal 10 M. erhält. Deshalb — ich betone deshalb — ist Beus noch kein schlechter Herr. Wo aber Ausnahmen von der Regel bestehen, da ist es so dargestellt worden, als ob in der Regel die Konsumvereine schlechte Gehälter zahlten. In der Regel werden aber die Arbeiter in den Konsumvereinen weit besser bezahlt als in den Privatbetrieben. (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch.) Wo habt Ihr denn Sommerferien, Achtstundentag, Vereinfachung von Sonntagsarbeit? Seien Sie doch ehrlich, seien Sie gerecht, erklären Sie, was wahr ist! (Sehr gut! und große Unruhe.) Alle Forderungen der Arbeiter könnten die Genossenschaften erst erfüllen, wenn sie eine enorme Macht haben. Aber heute umfassen sie erst ein Zwölftel des deutschen Volkes. Heute fällt es ihnen schwer genug, Zuschuß- und Heimarbeit auszuführen. Aber in England sind die Genossenschaften längst über dieses Stadium hinweg. Haben auch wir Vertrauen in die eigene Kraft! Wenn Gewerkschaft und Genossenschaft aufhören sich gegenseitig zu bekämpfen, wenn sie als gute Freunde zusammenstehen, wenn wir Vertrauen in die eigene Kraft gewinnen, dann werden wir aus eigener Kraft etwas schaffen, etwas erreichen, auch ohne auf Hilfe von oben zu warten. (Lebhafte Beifall bei einem Teile der Versammlung.)

Vorsitzender Legien: Wegen die Behauptung Elm müssen wir als Gewerkschaftler Protest erheben. Es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaften unvernünftige Forderungen stellen. Es sollte auch nicht so gesagt sein, wie es gesagt worden ist. Damit ist der Zwischenfall wohl erledigt.

Raschke-Berlin (Wuchdrucker) zur Geschäftsordnung: Wir müssen von v. Elm verlangen, daß er seine Behauptung entweder widerrufen oder beweist. (Lebhafte Zustimmung.)

v. Elm (zur Geschäftsordnung): Ich habe natürlich nur gemeint, daß gerade gegenüber den Genossenschaften die Gewerkschaften Forderungen stellen, die bei den Konkurrenzverhältnissen nicht verwirklicht werden können. Diese Forderungen an die Genossenschaften, die weit über das sonst durchgeführte Maß hinausgehen, habe ich als unvernünftig bezeichnet. Das mag ein unglücklicher, mißverständlicher Ausdruck sein. Aber Sie brauchen wirklich nicht anzunehmen, daß ein Mann, der wie ich 30 Jahre im gewerkschaftlichen Leben sieht, den Standpunkt vertritt, die Forderungen der Gewerkschaften seien im allgemeinen unvernünftig. (Zustimmung.) Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schulz-Berlin (Transportarbeiter): Es ist ganz selbstverständlich, daß mein Zusatzantrag betreffend die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise die Anstellung Gemahrgelager nicht ausschließt. Ein hat in seinem Schlusswort in durchdringender Weise Angriffe gegen Personen erhoben, die sich hier nicht verteidigen können. Das kann ich zu meinem Bedauern als loyal nicht bezeichnen. Ich fürchte, daß die Unterzeichner sich der Worte Elm entsinnen werden. (Sehr wahr!)

Werde-Leipzig (Holzarbeiter) stellt fest, daß der Vorschlag des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz die zuständigen Organisationen bei Vergebung von Arbeiten an Unternehmer stets erst um ihre Zu-

stimmung gefragt hat. Zu dem hier vorgebrachten Streitfall habe der Konsumverein als solcher überhaupt keine Stellung genommen. Reumann-Hamburg (Holzarbeiter): Was Genosse v. Elm unvernünftige Forderungen der Bauarbeiter genannt hat, hat inzwischen der von Elm mitgeleitete Konsumverein „Produktion“ bewilligt. (Hört! hört!) Das zeigt, einen wie einseitigen Standpunkt v. Elm vertreten hat. (Sehr gut!)

Töpfer-Hamburg (Bauarbeiter) hält seine Darstellung des Hamburger Falles durchaus aufrecht. Die damals an die „Produktion“ gestellten Forderungen seien heute von 75 Proz. der Privatunternehmer bewilligt. (Zurufe: Und die Maschinen!) Die Erzählung vom Maschinenverbot ist doch einfach lächerlich.

Josephson-Hamburg (Handlungsgehilfe): Ich habe den Dessauer Fall genau so dargestellt wie v. Elm.

Schumann-Berlin (Transportarbeiter) sucht an der Hand einer umfangreichen Statistik darzutun, daß die Löhne der Transportarbeiter im Privatbetrieb durchschnittlich höher seien als bei den Genossenschaften. Wenn er keinen Erfolg in seiner Konsumvereinstätigkeit gehabt habe, so liege das an besonderen Verhältnissen, die Elm genannt, aber nicht genannt hätte.

Böhl-Hamburg: Nur daß in den Fabriken, aus denen die Konsumvereine ihre Waren beziehen, das Koalitionsrecht nicht angefaßt werde, hat der Konditionenverband verlangt.

v. Elm stellt nochmals fest, daß er den Ausdruck „unvernünftig“ nur auf einzelne Forderungen der Gewerkschaften an Genossenschaften angewendet habe. Unvernünftig z. B. sei es gewesen, daß die Transportarbeiter den Abschluß eines allgemeinen Tarifs abgelehnt hätten, aber mit 6 M. weniger Lohn Verträge mit einzelnen Konsumvereinen abgeschlossen hätten. Gegenüber Reumann und Töpfer hält der Referent seine Darstellung aufrecht. Nicht die „Produktion“, sondern die Bauarbeiter hätten nachgegeben. Aber trotzdem würden die übertriebenen Forderungen der Bauarbeiter den Konsumverein vielleicht zwingen, die Bauerngenossenschaft von sich abzusondern. Elm schließt: Man hat gesagt, ich verträte Unternehmerinteressen. Hätte ich denn 30 Jahre lang in der Arbeiterbewegung manche Arbeit umsonst getan, ohne einen fetten Posten für mich zu ergattern? Ist das Interesse von 20 000 organisierten Hamburger Genossenschaftlern, die ich hier vertritt, ein Unternehmerinteresse? Ich vertritt zugleich die Interessen der Genossenschaft wie die der Gewerkschaft. Da wird man natürlich Prügelung für beide. Aber ich weiß, daß ich das Rechte vertritt, und kümmere mich um die Angriffe blauwiegend. Damit nicht die Konsumvereine Schaden nehmen, müßte eine Klärung, eine Aussprache erfolgen, auch wenn dabei Späne fallen und Grobheiten gesagt werden. (Bravo!)

In der Abstimmung, die vielfach recht unruhig verläuft, werden die Anträge Schulz und Altmann zu 1. mit knapper Mehrheit abgelehnt, zu 2. mit großer Mehrheit angenommen. Das Schiedsgericht (Antrag Schulz zu 3.) wird wie folgt konstituiert:

- 1. Instanz: Beteiligte Gewerkschaftslokale und beteiligter Konsumverein. 2. Instanz: Gewerkschaftslokale und Distriktsverband der Konsumvereine. 3. Instanz: Vorstand des beteiligten Zentralverbandes (also nicht Generalkommission) und Zentralverband der Konsumvereine.

Es folgt Punkt 7: Aufgaben der Gewerkschaftslokale in der Gewerkschaftsorganisation.

Referent ist der Arbeitersekretär G. Plat-Berlin. Er nimmt Bezug auf die Entscheidungen früherer Gewerkschaftskongresse, insbesondere des zu Stuttgart. Ferner auf seinen eigenen Artikel in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“, den er zur Grundlage seiner ergänzenden Bemerkungen macht: Die Gewerkschaftslokale, die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaften, haben bisher vielfach ihre Aufgaben verkannt, sich in Organisationsfragen eingemischt, Kompetenzfreiheiten mit den Zentralverbänden herbeigeholt und so nicht geleistet, was im Verhältnis stände zu den dafür gemachten Aufwendungen. So sollte ihnen das Recht genommen werden, selbständig Sammlungen auszusprechen (Lebh. Sehr richtig!) und in Organisationsfragen sich einzumischen. Dafür sollten sie für die Gewinnung von Lokalen, das Herbergwesen und den Arbeitsnachweis sorgen, besonders aber allen Fragen des Arbeiterkampfes und der Arbeiterversicherung die größte Aufmerksamkeit widmen. Sie haben in der Aufgabe, Material zur Anwendung der §§ 120—120a zu beschaffen, in der Vorbereitung der Wahlen zu den Krankenkassen, unteren Verwaltungsbereichen und zu den Kommissionen für Unfallversicherungsbedingungen reiche Tätigkeitsfelder. Auf allen diesen Gebieten hat die Arbeiterschaft noch nicht das Erforderliche geleistet. Schließlich können die Lokale noch Kundstufarbeiten einrichten usw. Wenn die Lokale diese Aufgabe erfüllen, so werden die notwendigen Ausgaben weit hinter dem Nutzen zurücktreten, und wer nicht gleichgültig, übelwollend oder vorurteilnehmend ist, wird anerkennen müssen, daß die Gewerkschaftslokale innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe haben. (Bravo!)

Die Anträge, die den Kartellen ein Vertretungsrecht auf dem Gewerkschaftskongress geben wollen, finden keine Unterstützung.

Böhl-Berlin (Kassiergehilfe) begründet einen Antrag seines Verbandes, den Gewerkschaftskartellen zur Pflicht zu machen, sich auf Ersuchen des Zentralverbandes diesem zur Einleitung der Equitation zur Verfügung zu stellen, insbesondere, wenn der Zentralverband die Kosten auf sich übernimmt.

Bräuner-Berlin (Graveur) klagt über die abweisende Haltung mancher Kartelle gegenüber gerade den kleineren Verbänden. Er empfiehlt den Kartellen die Veranstaltung von Unterrichtskursen.

Timm-München (Schneider) schließt sich dem Referenten vollkommen an. Er empfiehlt insbesondere den Kartellen, für die Zusammenlegung der Krankenkassen ihre Macht zu gebrauchen. Vor allem aber hält er die Kartelle noch nicht genügend entwickelt seien, ihre Förderung durch Vertretung und Aussprache auf dem Gewerkschaftskongress für notwendig.

Raschke-Berlin (Wuchdrucker) bedauert gleich Bräuner die Zurücksetzung mancher kleiner Verbände durch die Kartelle. Sein Verband, welcher durch eine technische Zeitschrift die Mitglieder über die Gefahren der Dampfkesselexplosionen unterrichtete, leistete damit eine Kulturarbeit, die niemand sonst leisten könne. (Ironisches Bravo! bei den Metallarbeitern.)

Kremer-München (Zimmerer) klagt über die Kompetenzüberschreitungen der Kartelle und über die Sammellisten, die von einzelnen Organisationen herausgegeben werden.

Saupe-Magdeburg (Kupfer Schmied) mahnt die Gewerkschaften daran, daß auch sie den Kartellen gegenüber Pflichten haben, nicht nur umgekehrt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort an die Mitglieder, wird der Antrag Böhl angenommen, ebenso ein Antrag Knoll, der den Zentralverbänden zur Pflicht macht, die Lokale zum Anschluß an die örtlichen Gewerkschaftslokale zu bewegen, sofern sich diese im Rahmen der ihnen durch die Gewerkschaftskongresse zugewiesenen Tätigkeitsgebiete halten.

Es folgt in der um 1 Stunde verlängerten Sitzung Punkt 8 der Tagesordnung:

Die gesetzliche Vertretung der Arbeiter in Arbeits- oder Arbeiterkammern.

Der erste der beiden Referenten, Redakteur des Korrespondenzblattes „Umbreit-Berlin, begründet folgende Resolution:

Der Kongress erachtet von der bevorstehenden Verwirklichung gesetzlich anerkannter Arbeitervertretungen, daß deren Tätigkeit sich nicht erschöpfen in der Stellung von Anträgen, Abgabe von Gutachten, Erhebung von Beschwerden und in der Mitwirkung bei statistischen Aufnahmen, sondern daß diese Organe berufen werden, um maßgebend an der öffentlich-rechtlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken. Der Kongress erachtet in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen

an die Gewerbegerichte nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeiterschaft der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verwirft der Kongress diese wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.

Dagegen erkennt der Kongress in der Schaffung von Arbeitskammern in paritätischer Zusammensetzung als Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber und in Verbindung mit Arbeitsämtern und einem Reichsarbeitsamt die Voraussetzungen für eine Organisation der gewerblichen Interessenvertretung und der Durchführung des Arbeiterschutzes auf der Basis gesetzlich autorisierter Selbstverwaltung.

Eine gleichzeitige Wirksamkeit solcher Arbeitskammern ist jedoch nur möglich, wenn dieselben als die alleinigen legalen Vertretungen der gesamten Arbeit anerkannt und die bestehenden Unterkammern aller öffentlich-rechtlichen Funktionen, die das Gebiet der Regelung der Arbeitsverhältnisse betreffen, aufhebt werden.

Als unerläßliche Vorbedingung erachtet der Kongress, daß die Vertreter in dieser Kammer hervorgehen aus direkter, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl aller großjährigen Arbeiter und Arbeitgeber ohne Unterschied des Geschlechts, und daß die besoldeten Angestellten von Arbeiterorganisationen ebenso wie berufstätige Arbeiter und Angestellte wählbar sind.

In den Arbeitskammern soll jede der beiden vertretenen Gruppen berechtigt sein, gesondert zusammenzutreten und eigene Gutachten abzugeben, Anträge zu stellen und Berichte zu erstatten.

Der Referent Umbreit führt aus: Der Streit innerhalb der Arbeiterschaft, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern ist so alt wie die Fragen der gesetzlichen Arbeitervertretung überhaupt. Auch die Reichstagsfraktion hat 1889 ihren Standpunkt geändert und sich seit 1891 sogar programmatisch auf paritätische Arbeitskammern festgelegt. Den Vorschlag betr. die Errichtung von Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes billigte ich durchaus nicht in allen Punkten; er stellt mir Unrecht die statistische der sozial-administrativen Tätigkeit der Arbeitskammern voran. Aber über die Grundfrage dieses Entwurfes müssen wir uns klar werden, weil die Regierung jetzt endlich nach dreißig Jahren Propaganda eine Art Arbeitskammer in Aussicht gestellt hat. Freilich bei den kaiserlichen Erlässen hat niemand gedacht, daß unter einer „gesetzlichen Vertretung der Arbeiter“ eine solche Erweiterung der Gewerbegerichte zu verstehen sein werde. (Abg. Que: An Arbeitskammern hat auch niemand gedacht!) Eine solche Erfüllung gesetzlich gegebener Regierungsversprechungen kann die Arbeiterschaft nicht entscheiden genug zurückweisen.

Für unsere Entscheidung darf die Frage, welche Art der Arbeitervertretung wir von der Regierung leichter erreichen können, außer Betracht bleiben. Auch gegenüber der neuesten Regierungsvorlage hätten wir jedenfalls das Recht der Kritik und event. der Ablehnung. Hier uns kann nur entscheidend sein: Welches Organ am besten die Aufgaben erfüllen könnte, die wir stellen. Schon jetzt haben die Arbeiter in ihren gesetzlichen Vertretungen, den Gewerbegerichten, den Innungsvereinigungen, den Arbeiterversicherungsämtern mit ihren Meinungen nicht zurückgehalten. Schon jetzt haben sich die Gewerkschaften durch den Mangel ihrer gesetzlichen Anerkennung nicht abhalten lassen, das Interesse der Arbeiter zu vertreten. Aber wirksam kann diese Einwirkung durch die Regierung erst werden, wenn den Regierungen eine durch Gesetz einheitlich organisierte Arbeiterschaft gegenübersteht. Sollen die Arbeitervertretungen mehr sein als das Organ für die Meinungsäußerungen der Arbeiter, für die Stellung von Anträgen, die Erstattung von Gutachten, die Ausarbeitung von Statistiken, so genügt eine reine Arbeitervertretung nicht. Bei gleichen Organisationsverhältnissen hat das Unternehmertum vor den Arbeitern den direkten Einfluß auf die Regierung, das Organ zur Erfüllung ihrer Klasseninteressen, voraus. Selbst direkte Aktionen wie der Vergaberstreik oder der Konfessionsarbeiterstreik haben deshalb den Arbeiterschutzes nicht zu fördern vermocht. Paritätische Vertretungen von Arbeitern und Unternehmern aber können eine viel größere Wirksamkeit beanspruchen als reine Arbeiterkammern. (Que: Auf welchen Kosten?) Auf weiten Gebieten hat sich das Unternehmertum Selbstverwaltung errungen, z. B. im Bergbau, im Bergbauwesen der Innungen. So könnte auch den Arbeitskammern ein Stillschließungsrecht übertragen werden, und mit der rascheren, einheitlicheren, gerechteren Durchführung der bestehenden Sozialgesetzgebung würde auch der Ausbau der Sozialgesetzgebung gefördert werden. Alle die Befugnisse des Bundesrats, der höheren und niederen Verwaltungsbehörden, auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung natürlich, könnten diesem Reichs-Arbeitsamt diesen paritätischen Arbeitskammern übertragen werden. Ein Stillschließungsrecht des Arbeitsvertrages im Staats ist es, das wir da fordern. In allen paritätischen Institutionen sind die arbeitervreundlicheren Elemente im Unternehmertum zur Geltung gekommen, besonders in den Gewerbegerichten. In den Krankenkassen treten Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam allen Angriffen auf die Selbstverwaltung entgegen, selbst in Leipzig, dessen Arbeiterschaft doch in der Pflege der Klagengegenstände allen anderen voran ist. Durch Angliederung paritätischer Arbeitsnachweise, Einigungs- und Tarifämter könnten den Schachmachern die Arbeitskammern noch mehr bereitet werden. Schilt Sie doch heute schon die „Deutsche Arbeiterzeitung“ Streikammern. Aber sollten trotz alledem die Schachmacher die Unternehmerräte einnehmen, nun, wir haben schon auf ungenügendem Terrain gekämpft. Uebrigens hieße es an der Zukunft des ganzen paritätischen Prinzips verzweifeln, wollte man immer nur mit den Schachmachern im Unternehmertum rechnen. Tüchtige, den Segnern ebenbürtige Vertreter werden wir immer finden, besonders, wenn auch die Gewerkschaftsbeamten das passive Wahlrecht erhalten. Schließlich könnten diese Kammern ganz gut neben reinen Interessenvertretungen der Arbeiter bestehen, die allein berechtigt wären, wenn die Kammern nicht die bezeichneten Befugnisse erhalten. Auch dann würde ich auf Arbeitskammern verzichten, wenn sie nicht aus direkter Wahl hervorgingen. Nun sind aber die reinen Arbeiterkammern durch die Gewerkschaften entbehrlich gemacht. Deshalb halte ich sie für ebenso unwichtig wie die paritätischen Arbeitskammern wichtig, und bitte Sie, sich für diese auszusprechen. (Beifall.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Böln, 25. Mai. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Vormittags-Sitzung.

Nach 8 Uhr eröffnet Legien die Sitzung und erteilt zum Korreferat über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern dem Korreferenten Reichstags-Abgeordneten Que aus Essen das Wort. Wollte jemand fragen, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern prinzipiell richtig seien, so würde ich zweifellos antworten, daß es sich um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit hier überhaupt nicht handelt. Aber charakteristisch ist doch, daß der „radikale“ Gewerkschaftscollega Umbreit für paritätische Arbeitskammern eintritt, ich hingegen, den man für sehr paritätischselig hält, für reine Arbeiterkammern. Das könnte denen zu denken geben, die die Gewerkschaften der Parteigenossen in die Gruppe der Revisionisten oder Radikalen einzuschließen lieben. Denn auch in der sozialdemokratischen Fraktion ist die Spaltung ganz analog. Aus seiner Aufzeichnung dieses Kongresses könnte niemals eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften entstehen. Es handelt sich um eine rein praktische Frage. Der Gewerkschaftskongress kann beanspruchen, zur Frage der Arbeitervertretung nicht durch eine kompetente Stelle gehört zu werden, und ich zweifle nicht, daß eventuell nach seiner Entscheidung auch die

Fraktion den von ihr eingebrachten Gesetzentwurf zu ändern bereit sein wird. Man glaube nicht, daß die neutralen Gewerkschaftler auch für Arbeitskammern eintreten müßten. Ich bin neutral, weil ich glaube, daß schließlich alle Arbeiterorganisationen Arbeiterpolitik in sozialdemokratischer Richtung treiben werden. Aber Umbreit ist diesmal hinter die Anschauungen zurückgegangen, die längst von den Hirsch-Dunderschen zum alten Eisen geworfen sind. (Sehr richtig!) Man sieht, wie wenig dazu gehört, durch irgend welche verunglückte Beweisführung zu den bösen Sündern getrieben zu werden, die zu der nicht oft und gütlich genug vorgemalten Verschönerung führen. (Sehr gut!) Ich könnte mich bei der Widerlegung Umbreits auf den reinen Klassenstandpunkt beschränken und ich glaube, dieses Argument würde auch hier bei den Leuten verfangen, denen man sonst einen Krämmerstandpunkt nachsagt und die man gewerkschaftliche Rechenmaschinen nennt. (Heiterkeit.) Aber ich kann an Umbreits eigenen Worten nachweisen, wie stark er sich von Illusionen leiten läßt. Er meint, es werde schwer sein, für die Arbeiterkammern genügend befähigte Arbeitervertreter zu haben. Aber das soll doch gerade das Argument der scharfmacherischen Feinde der Arbeiter sein, daß diese nicht fähig wären, selbständig Arbeiterkammern zu leiten. Umbreit sagte, Arbeiterkammern seien das allermindeste, was wir fordern, ich hatte gedacht, Arbeitskammern seien das mindeste. Ich hatte gedacht, die prinzipiellen Forderungen seien Arbeitskammern. Arbeiterkammern seien schon eine bedeutende Konzession an das Unternehmertum und in der Tat, selbst Professor Dixe, selbst der ehemalige Staatsminister v. Werleßky halten die Arbeiterkammern sogar für das Ideal und ziehen sich nur mit Rücksicht auf die ihnen unüberwindlich scheinenden Widerstände auf Arbeitskammern zurück. Freilich, wenn man mit dem Genossen Umbreit glaubt, die Apostel des sozialen Friedens würden von den Unternehmern in diese paritätischen Arbeitskammern gefandt werden, wenn man glaubt, der normale Zustand zwischen Arbeitern und Unternehmern sei der Friede, dann mag man für Arbeitskammern eintreten. Aber einen solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden. (Heiterkeit.) Nicht einige Scharfmacher schaffen doch die ganze Struktur im Wirtschaftsleben, und mancher Unternehmer muß heute aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus wider seinen Willen z. B. dem ihm unbedeuten Kohlen-Syndikat angehören. Nicht die Bosheit oder hervorragende Intelligenz eines Scharfmachers lassen ihn heute unter den Unternehmern überwiegen; die ökonomische Entwicklung schafft die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Etwas mehr historischen Materialismus könnte man dem Genossen Umbreit empfehlen. Nicht die Freese, vom Scharfmacherstandpunkt aus gesagt die größten Schwachmächte, werden von den Unternehmern in die paritätischen Interessenvertretung gefandt werden, sondern wie auch bei uns die intelligentesten und höchsten Interessensvertreter. Lehrt denn dem Genossen Umbreit Saarabien, lehrt ihn der Wahlrechtstribunal in Hamburg denn gar nichts? Ich lege großen Wert auf die reinen Arbeiterkammern, selbst wenn man ihnen nicht einmal die Wahl der Arbeitergehülfen bei der Unfallversicherung und dergleichen überträgt. Auch ohne das könnten die Arbeiterkammern die öffentliche Meinung durch Statistiken und Gutachten auf dem laufenden erhalten, dem Reichstage anstelle der jetzigen nicht amtlichen Druckfaden in grünen Umschlägen, anstelle der Gewerkschafts-enquêtes gleichwertiges statistisches Arbeitermaterial liefern. Dann wäre der saarabische Prozeß ebenso unmöglich gewesen wie die Unterhändlerkommission nach dem Bergarbeiterstreik, die die Bergarbeiter noch unergieblich mehr erbittert hat. (Sehr wahr! bei den Bergarbeitern.) Von Vorteil wäre es, den schon gefährdeten Lohnstatistiken der Handelskammern einmal aufrichtige, wahrhaftige entgegen zu stellen. Umbreit glaubt, daß die Regierung sich zugunsten der Arbeitskammern Gott weiß welcher Machtbefugnisse entäußern werde. Solchen Glauben habe ich noch nicht in Israel gefunden. (Große Heiterkeit.) Denn das konnte Umbreit schon aus der Urgeschichte von Medlenburg von Fritz Reuter lernen: Wat ener het, dat het e. (Große Heiterkeit.)

Im übrigen habe ich gar nichts gegen Arbeitsämter, Gewerbeämter, die aus den reinen Klassenvertretungen zusammengesetzt sind. Eigentlich besteht also zwischen Umbreit und mir gar kein Streit. (Große Heiterkeit.) Die paritätischen Arbeitskammern in Belgien, Frankreich und Holland haben die auf sie gelegten Erwartungen nicht erfüllt; wohl aber haben die noch nicht einmal amtlich anerkannten italienischen Arbeiterkammern die Gewerkschaftsbewegung trefflich vorwärts gebracht. In Frankreich tritt gerade ein Unternehmervertreter, der Senator Brénger, im Gegensatz zu den Gewerkschaften für das direkte Wahlrecht zu den Gewerbeämtern und Einigungsämtern ein. Auch Genosse Umbreit empfiehlt das direkte Wahlrecht des korporativen Wahlrechts, weil er hofft, daß dadurch die kleineren und mittleren Unternehmer in die Arbeitskammern hineinkommen würden. Aber die Innungen sind vielleicht noch reaktionärer und arbeiterfeindlicher als die großen Unternehmer. Die Wage der Arbeiterfeindschaft neigt sich tief auf die Seite der Innungsmeister. (Sehr wahr!) Zweifellos aber wird das Wahlrecht zu den Unternehmervertretungen nach der Größe und Bedeutung der Betriebe abgestuft werden. Nicht jeder Kleinrentner wird das Wahlrecht von Krupp oder Daniel haben. Aber die Unternehmer besitzen schon längst in den Handels-, in den Gewerbe-, in den Handwerkerkammern die Institute, die nach dem Gesetze reine Interessenvertretungen sind. Wenn die Handelskammern seit 40 Jahren das handelsbetreibende Unternehmertum vertreten, ist es da nicht befremdend und entwürdigend, wie bescheiden heute noch die Arbeiter sind, wenn sie die reine Arbeiterkammer als unzureichendes Ideal hinstellen? (Sehr wahr!) Sollen wir nicht dem Unternehmertum noch eine neue Vertretung schaffen?

Die Resolution spricht in der Einleitung selbst von der gezielten Anerkennung der Arbeitervertretung, aber die paritätischen Arbeitskammern sollen nur mit einer Scheinvertretung das Stimmrecht und Drängen der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Arbeitervertretung abfüttern. Wir haben hier nicht Eventualanträge zu stellen, sondern prinzipielle. Was hinterher herauskommen wird aus den Kompromissen der Regierung und der Parteien, das kann noch niemand wissen. Wenn eine sehr große Flottenvorlage kommt, wird das Zentrum sich vielleicht mehr bewilligen lassen müssen. (Große Heiterkeit.) Wir aber haben hier nur Lippen und Har unsere Forderungen auszusprechen. Nun glaubte Umbreit einen besonderen Triumph auszuspielen, als er an die Stellung der Arbeitgeber-Zeitung gegen die Arbeitskammern erinnerte. Aber ich halte diese Rebalaktion wirklich nicht für das Höchstmögliche der Intelligenz in der Vertretung der Arbeitgeberinteressen. Die Geister, die die Unternehmer gerufen haben, werden sie nicht mehr los. Aber auch die Gönner und Förderer der christlichen Gewerkschaften haben nicht gedacht, daß diese 1905 in den Tagesfragen ihre eigene Stellung einnehmen würden. (Große Heiterkeit) auch bei den anwesenden Vorstandsmitgliedern der christlichen Gewerksvereine, zu denen Que teilweise spricht.) Nach dem Umbreitschen Argument mit der Arbeitgeber-Zeitung dürften wir ja nicht mehr streifen, seit Herr Geheimrat Hilger 1889 für den Streik agitiert hat. (Heiterkeit.) Zuruf: Es war bei ihm nur ein falscher Jungenslag.) Rein, nein, er hat ja sogar das Streikrecht mitgegeben. (Große Heiterkeit.) In Umbreits Argument kam es durch, als wenn wir uns besser mit den Unternehmern verständigen könnten, als mit den anders organisierten Arbeitern. Aber die Arbeiter sind Fleisch von unserem Fleisch, haben gleich uns alle Drangsal des Arbeiterlebens erduldet. Die Sonderorganisation nimmt ihnen nicht den Charakter als Klassengenossen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Auffassung Umbreits ist eine beschämende Verleugnung des Klassenkampfprinzips. Aller Demagogie zum Trotz ging im Bergarbeiterstreik die proletarische Massenbewegung einheitlich ihre Bahn. Es könnte für alle Arbeiter nur vorteilhaft sein, wenn sich die verschiedenen Organisierten in den Arbeiterkammern verstehen lernten und so zu der einheitlichen Organisation kommen, die die Unternehmer schon längst haben. Wenn ich schon Harmoniebeförderer sein soll, will ich lieber mit christlichen Arbeitern als mit Unternehmern Harmonie befördern. Ist es doch in meiner Heimat oft der reine Zufall, der den Arbeiter in diese oder jene Organisation führt. Den Demagogen in München-Grabbach ist niemand verhasster als der Harmoniebeförderer Hue. (Widerstand bei den Christlichen.) Man muß wohl große Vorteile

klappen tragen, um nicht die Vorteile des Zusammengehens zu sehen. In den reinen Arbeiterkammern werden die Klassengenossen nach eingehender Aussprache einen einheitlichen Standpunkt gewinnen. In den Arbeitskammern aber genügt ein Schwacher, ein einziger Vögel, um den Unternehmern die Majorität zu verschaffen. Dann werden die Gutachten gegen uns ausgenutzt werden, und darum lieber keine Arbeitervertretung, als diese paritätischen Scheinkammern. (Beifall.) Auch die Hirsch-Dunderschen haben sich mit großer Mehrheit für die Arbeiterkammern ausgesprochen. Umbreit meint, das sei ein Ausfluß der Düsseldorf Richtung. So hoch ich auch die Intelligenz und die unermüdbare Energie der Düsseldorf Richtung schätze, so halte ich diesen Entschluß nur für eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, hinter der Dr. Max Hirsch allerdings um 60 Jahre zurückgeblieben ist. Sollen wir hinter den Hirsch-Dunderschen zurückbleiben und Arbeitskammern fordern? Aber gleichviel, abgesehen von der amtlichen Vertretung sind und bleiben die Gewerkschaften die besten Interessenvertretungen der Arbeiter, ohne starke Berufsorganisationen hängen alle Arbeitervertretungen in der Luft, bleiben Dekorationen. Wollen Sie gute Arbeitervertretungen, so sorgen Sie dafür, daß möglichst bald die zweite Million gewerkschaftlicher Arbeiter beisammen ist. (Lebhafte Beifall.)

Die vom Korreferenten empfohlene Resolution hat folgenden Wortlaut: Der fünfte Deutsche Gewerkschaftskongreß erwartet von der Reichsregierung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretungen. In den paritätischen Arbeitskammern kann der Kongreß keine Einrichtungen erblicken, die den Arbeiterstandpunkt unverfälscht zum Ausdruck bringen. Die Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enquêtes und arbeitsstatistischen Aufnahmen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeitsschutzes, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongreß erblickt in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen an die Gewerbeämter nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigten Mitarbeiter der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verwirft der Kongreß diese, wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Arbeiterkammern entgegensteht.

In der Diskussion erklärt Reichstagsabgeordneter Körber im Namen der Metallarbeiter, daß sie von den Argumenten Hue nicht überzeugt worden seien. Es handele sich um eine reine Dokortrage und da sei es sehr schwer zu begreifen, weshalb Hue mit solcher Schärfe gegen Umbreit gesprochen habe. Eigentlich sei es doch Hue ihm Kompromißhader vorwärts; Hue, der eben von der Siebener-Kommission mit ihren Telegrammen an den Reichskanzler herkommt! Wunderlich sei auch sein Lob der Hirsch-Dunderschen, für die im Reichstage ein Herr Dr. Ringdan für reine Arbeiterkammern eingetreten sei. In der Tat handele es sich bei den Arbeitskammern um ein Kompromiß. Aber ist nicht das ganze Leben ein Kompromiß? (Heiterkeit.) Die Reichstagsverhandlungen, die Einigungsverhandlungen vor den Gewerbeämtern, die ganze Tätigkeit eines Gewerkschaftsführers, das alles ist ein Kompromiß, ein Schachern und Feilschen das ganze Jahr hindurch. Erhalten wir reine Arbeiterkammern, so bekommen wir auch reine Unternehmerkammern, die bisher nicht vorhanden sind, da Handwerker- und Handelskammern wenig Bedeutung haben. (Widerstand.) In paritätischen Vertretungen läßt sich manches erreichen. Redner erinnert daran, daß die Unternehmervertreter im Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts mit den Arbeitern gegen die Judikatur protestiert hätten.

Wassner-Verlin (Buchdrucker) wendet sich gegen Umbreit. Seine Hoffnung, daß paritätische Kommissionen allgemein für die Tarifverträge sorgen würden, sei irrig, nur die Macht der Organisationen bringe Tarife zustande. Mit gemischten Kommissionen lasse sich auch nicht für die Erweiterung des Koalitionsrechtes, für die Erweiterung der wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter eintreten. Das können nur reine Arbeiterkammern, nur die würden für Verkürzung der Arbeitszeit wirken. Selbst wenn man annehmen wollte, daß hier und da ein sozialgeschwängelter Unternehmer (Heiterkeit) in der Arbeiterkammer sache, bei ernstlichen Konflikten würde er von seinen Kollegen fortgeschoben werden. (Sehr richtig!)

Reinhardt-Stuttgart lehnt es ab, zu den Neutralitätsbüfeln oder Vernichtungen gezwungen zu werden, wenn er für Arbeiterkammern eintritt. Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage kein Dogma aufgestellt. In verschiedenen Landesparlamenten haben, als die Frage aktuell wurde, sehr unentwegte Parteigenossen sich für Arbeiterkammern erklärt. Zur Vertretung von Arbeiterinteressen sind eben nur Arbeiter fähig. Wenn wir keine Arbeiterkammern, so verzichten wir lieber ganz darauf. (Beifall.)

Kemmer-München (Zimmerer): In Arbeiterkammern mag ja der reine Arbeiterstandpunkt präzis zum Ausdruck kommen, aber was wird damit erreicht, daß dieser Standpunkt immer und immer wieder zum Ausdruck kommt. (Widerstand.) Wir wollen etwas mehr, wir wollen für die Arbeiter Vorteile auf allen Gebieten erringen. Das können wir am besten in paritätischen Kommissionen, weil wir dort auf diejenigen, die das Heft in Händen haben, Einfluß ausüben können. (Widerstand und Zustimmung.) Wenn die Unternehmer uns gegenüberstehen, dann unterliegen sie häufig unserer Suggestion. (Widerstand.) Auf: Eher umgekehrt!

Silberschmidt-Verlin (Maurer) tritt für Arbeiterkammern ein. In Arbeiterkammern würden die Wünsche der Arbeiter so geäußert werden, daß sie, wenn sie in die Öffentlichkeit kämen, nicht mehr wieder zu erkennen wären. Die Erfahrungen mit Arbeitervertretern in Orts- und Provinzparlamenten zeigen, daß sie häufig den Einflüssen der Unternehmer unterliegen. Auch in manchen Arbeitskammern würden einzelne Arbeitervertreter aus Furcht vor Hunger und Entlassung mit ihrer wahren Meinung zurückhalten. (Sehr richtig.)

Weißner-Franfurt a. M. (Holzarbeiter) und Weinschild-Offenbach a. M. (Porzellaner) treten für Arbeiterkammern ein, ebenso Hofmann-Jülich (Vergarbeiter), während Reichel-Stuttgart (Metallarbeiter) unter Berufung auf den Mangel eines Verständigungsorgans im Vergarbeiterstreik sich für Arbeitskammern entscheidet. Als letzter Redner stellt sich Albrecht-Verlin vollkommen auf Hues Standpunkt. Die Referenten erhalten morgen früh das Schlusswort. Die Abstimmung wird namentlich sein. Danach Raiffeier. Heute nachmittag findet die Rheinreise statt.

Schluss 11 1/2 Uhr.

Zur Frage des Generalstreiks, die am Freitag verhandelt wird, hat Bömelburg als Referent folgende Resolution vorgelegt: Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß erachtet es als eine unabwendbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gehe, auf denen ihre Existenz beruht und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern, und alle Veruche, die bestehenden Volkrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten. Der Kongreß hält daher auch alle Veruche, durch die Propagierung des politischen Klassenkampfes eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Veruchen energisch entgegenzutreten.

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für unzulässig; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Wahlprüfungskommission. Sitzung am Donnerstag. Auf Antrag des Korreferenten Abg. Bruhn wurde die Fortsetzung der Prüfung über die Wahl Zimmermanns vertagt, da der Korreferent sich über einige wesentliche Punkte noch näher informieren will. Darauf prüfte die Kommission die Wahl im Wahlkreis Torgau-Liebenwerda. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Präsident v. Lindenhofen freikonfessionell, 7298; Raute (Soz.) 5027; Dr. Bernstein (fr. Bg.) 4908; bei der Stichwahl v. Lindenhofen 10263, Raute 7308. Gegen die Wahl haben die freisinnigen Protest eingelegt, der eine Reihe von Verstößen bei der Hauptwahl rügt, ohne die der freisinnige Kandidat statt des sozialdemokratischen in die Stichwahl hätte gelangen können.

In Falkenberg sind 87 Stimmzettel für ungültig erklärt worden, weil sie einmal zusammengefasst im Kuvert sich vorfinden; die Kommission erklärte natürlich sämtliche für gültig. Der Hottentraum fehlte in einer Anzahl von Wahllokale, so auch im Garten, wo außerdem die Urne, eine Terrine, so klein war, daß sie die Stimmzettel nicht fassen konnte, trotzdem sie reihenweise aufeinandergeschichtet waren. Schließlich reichte die Schicht über den Rand des Gefäßes hinaus und nur der darauf gelegte Deckel hielt sie zusammen. Auch in Preßwitz diente eine unbedeckte Kiste als Wahlurne. In Hohenleipisch und anderen Orten lagen Stimmzettel für den konservativen Kandidaten im Wahllokale aus; einzelne Wahlvorsteher sollen selbst konservative Stimmzettel im Wahllokale ausgeteilt haben. Alle diese Fälle wurden von der Kommission für erheblich befunden. In Zoberdorf soll der Wachtmeister (Gendarm) auf höhere Weisung, wie er selbst gesagt habe, den Wirt des Saales mit Unannehmlichkeiten bedroht haben, wenn er seinen Saal zu freisinnigen oder sozialdemokratischen Versammlungen herbeige; der Wirt verteidigte darauf den freisinnigen den Saal. Ueber diesen letzten Fall entspann sich eine lebhaft Debatte. Gegen die Stimmen der freisinnigen und sozialdemokratischen Abgeordneten wurde der Fall für unerheblich erklärt, der jedenfalls im Plenum erörtert werden wird. Die übrigen Behauptungen führten zu dem einstimmigen Beschluß, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen anzustellen.

Dann wurde die Wahl des Abg. Wessel im anhaltischen Wahlkreis, Bernburg-Rüch, geprüft. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Wessel (nall.) 15981, Albrecht (Soz.) 15404, Zentrum 84. Wessel war also gewählt. Der von sozialdemokratischer Seite eingelegte Protest rügte mehrere Verstöße, die für erheblich befunden wurden, aber die Kassierung der betreffenden Wahlakte würde die Mehrheit Wessels nicht beseitigen. Andere Behauptungen waren ungenügend substantiiert, daher beschloß die Kommission, die Wahl für gültig zu erklären.

Aus der Mittwoch-Sitzung ist nachzutragen: Im medienburgischen Wahlkreis Hagenow erhielten bei der Hauptwahl Stimmen: Rettich (L.) 6918; Partels (Soz.) 6301; Bensch (lib.) 4267; bei der Stichwahl Rettich 8975; Partels 7837. Gegen Hauptwahl und Stichwahl liegt ein Protest von sozialdemokratischer Seite vor, der eine Reihe von Verstößen rügt, die zum großen Teil von der Kommission für erheblich befunden werden und die Kassierung des Wahlaktes in mehreren Orten, so auch in der Stadt Gadebusch zur Folge haben müßten, wenn sie bestätigt würden. Da jedoch bei der Berechnung der für Rettich in Verlust zu bringenden Stimmen eine Mehrheit für Rettich bleibt, beschloß die Kommission, die Wahl für gültig zu erklären.

Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung. Dienstag-Sitzung. § 12 behandelt die Maßwerkzeuge, die zur Eichung zugelassen sind. Ein Antrag Del (B.) will Kilogramm und Gramm in noch kleinere Teile zerlegen als die Regierungsvorlage. Vom Regierungstische wird der Antrag beäufert, ebenso von Jubel und Stolle; diese führen aus, es sei endlich Zeit, mit dem alten Schindrian zu brechen und die weibliche Bevölkerung daran zu gewöhnen, ihre Einkäufe nicht mehr nach halben und viertel Pfunden vorzunehmen. Der Antrag gelangte zur Annahme. Absatz III lautet nunmehr: Diejenigen Gewichte, welche dem Kilogramm, dem Gramm oder dem Milligramm, oder dem Zwei-, Fünf-, Zehn-, Zwanzig- oder Hünzigfachen dieser Größe oder der Hälfte, dem vierten, fünften, dem achten oder dem zehnten Teile des Kilogramms oder der Hälfte, dem fünften oder dem zehnten Teil des Gramms entsprechen.

Dazu wird der neue Absatz angenommen: Außerdem sind zuzulassen Vergewerkzeuge ohne Rücksicht auf den Raumgehalt. In der Mittwoch-Sitzung gelangt zur Diskussion § 14, der dem Bundesrat das Recht gibt, sowohl die Eingebühren als auch die Nachschickungsgebühren festzusetzen. Abg. Del, Engelen, Kirck treten dafür ein, die Regierung solle gehalten sein, dem Reichstage den Gebührentarif vorzulegen. Staatssekretär v. Rosadowich beäufert den Antrag und führt aus, die beiden Körperschaften müssen gegenseitig Vertrauen haben, die Regierung denke nicht daran, aus diesen Gebühren eine Einnahmequelle für das Reich zu machen. Zu der Verbesserung der Finanzen würden die Gebühren nichts beitragen können, da sich stärkere Mittel notwendig, die Gebühren sollen grundsätzlich die Selbstkosten nicht überschreiten, nur werden die Selbstkosten in den verschiedenen Landesteilen sehr verschieden sein und danach müssen die Nachschickungsgebühren festgesetzt werden. Deshalb ist die Regierung nicht in der Lage, einen so vielfältigen Tarif vorzulegen. Abg. Wamhof tritt für die Regierungsvorlage ein und für die Entschädigungspflicht der Kommunen. Jubel tritt der Entschädigungspflicht entgegen und führt aus, daß, wenn die Entschädigungspflicht greifbare Gestalt annehmen sollte, dann auch die Entschädigungspflicht für die an den kommunalen Einkommen angestellten Arbeiter und Beamten festgesetzt werden muß. Nachdem Staatssekretär v. Rosadowich gegen die Entschädigungspflicht gesprochen und das Versprechen gegeben, dem Reichstage die Nachweise über Einnahme und Ausgabe der Gebühren vorzulegen, wird die Diskussion geschlossen. In der Abstimmung wird der Antrag Raden, der lautet dem § 14 folgenden Zusatz zuzufügen: Die Gesamteinnahmen aus den Gebühren dürfen grundsätzlich die Kosten des Fischweises nicht übersteigen angenommen; damit ist der Antrag Stolle erledigt. Ebenso wird der Antrag Kirck, der lautet, zu § 14: einen dritten Absatz zuzufügen Auf die nach Absatz 1 und 2 vom Bundesrat zu erlassenden Bestimmungen findet § 10 Absatz 2 entsprechende Anwendung. angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Verammlungen.

Dritter Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Wahlverein eine Verammlung im Rätlichen Hof in der Admiralstraße ab. Vor Beginn derselben ehrte man das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Wense in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Davidsohn über das Thema: Der moderne Krieg. Die Ausführungen des Referenten, der das Wesen, die Vorgesichterungen und Folgen eines unter den heutigen Verhältnissen und mit den modernen Mitteln geführten Krieges schilderte, fanden lebhaften Beifall. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende Frick darauf aufmerksam, daß der Verein am Himmelfahrtstage eine Partie nach Grünau, dem Teufelssee usw. veranstaltet. Die Teilnehmer finden sich zwischen 9 und 10 Uhr im „Wendenschloß“ in Grünau ein.

Gewerkschaftskommission. In dem in der letzten Sonntagnummer enthaltenen Bericht über die Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission heißt es, daß die Vertreter der Buchdrucker-Hilfsarbeiter in der Sitzung gefehlt hätten. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum; es fehlte nur der Vertreter der Zahlstelle III.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins unternimmt den für Sonntag, den 28. d. Mts., festgesetzten Besuch des Museums für Bergbau und Hüttenkunde umhändelhalber erst am Sonntag, den 4. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Geburtstag des Vorstehers Langerhans war das wichtigste, was die Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte. Herr Langerhans hat jetzt sein 85. Lebensjahr vollendet. Die Stadtverordneten veranstalteten aus diesem Anlaß eine kleine „Familienfeier“ — so nannten die Sitzung einleitenden Gratulationsakt scherzend Herr Caspel, den alle Fraktionen der Versammlung beauftragt hatten, als gemeinsamer Sprecher ihren einmütigen Glückwunsch dem greisen Vorsteher darzubringen. Caspel feierte Herrn Langerhans vor allem als den „Schirm der Selbstverwaltung“. Von dem breiten Schwung, in dem der Gratulationsredner sich gefiel, sprach die schlichte Sprechweise des antwortenden Vorstehers ab. Langerhans bekannte, es sei seine besondere Freude und sein Stolz, daß er als Vorsteher das Vertrauen der gesamten Versammlung ohne Unterschied der Parteien habe. Es fiel auf, daß der Magistrat nicht sonderlich stark vertreten war. Unter den Fehlenden war auch der Oberbürgermeister.

Weiteres von Belang ist aus dieser Sitzung nicht zu berichten. Ein paar Grundstücksverkäufe wurden rasch erledigt, so daß man wieder einmal zeitig auseinander gehen konnte.

Arzt und Ärztin.

Der Haß mancher Ärzte gegen die weibliche Konkurrenz, der sich vor einigen Jahren soweit verstieg, daß die Ärztinnen, welche damals im Auslande promovieren mußten, schlanweg als Kurpfuschereinen beschimpft wurden, dieser Haß ist auch heutzutage unter den Medizinern noch keineswegs verflüchtigt. Im „Tag“ wird auf eine Broschüre hingewiesen, in der der Göttinger Frauenarzt R. Runge den Gebärmutterkrebs behandelt. In diesem Werk betont Herr Runge die großen Gefahren, welche die operationsfeindlichen Naturheilkundigen dadurch verursachen, daß sie, ohne auch nur die richtige Diagnose stellen zu können, die Patientinnen veranlassen, die richtige Zeit zu verpassen. Fast noch bedenklicher erscheinen dem Verfasser die sogenannten weiblichen Ärzte, die keine sind, aber so genannt werden. Es sind das, wie es in der Besprechung der Broschüre im „Tag“ heißt, Personen weiblichen Geschlechts, welche irgendwo im Auslande sich den Dokortitel erworben haben und nun, ohne die Approbation als Arzt zu besitzen, sich bei uns niederlassen. Sie werden vielfach von Frauen aufgesucht, teils weil die Frau glaubt, sich der Geschlechtsorgane gegenüber weniger generieren zu brauchen, teils weil von diesen sogenannten Ärztinnen bekannt ist, daß sie nicht operieren. Von einer Diagnosestellung kann natürlich keine Rede sein, und so wird ein Fall unter Anwendung ganz nutzloser Massage verschleppt und die kostbare, unwiederbringliche Zeit verpaßt.

Auf die Gefährlichkeit des Gebärmutterkrebses ist von ärztlicher Seite auch in unserem Blatt vor einigen Monaten hingewiesen worden, und in diesem von den Ärzten Dr. Freudenberg und Dr. Jabel verfaßten Artikel wurde ebenfalls die Operation als das einzige Heilmittel dringend empfohlen. Es kann und somit wohl kaum jemand mit dem Vorwurf der Parteinahme gegen die wissenschaftlichen Ansichten des Herrn Dr. Runge kommen, wie wir denn nichts für törichter halten als wenn ein Kranker zu einem Menschen hinläuft, der etwa sein eheliches Schuttmacherhandwerk in möglicher Eile mit dem eines „Naturheilkundigen“ vertauscht hat. Aber um so schlimmer finden wir es, wenn ein Arzt seine Kolleginnen mit dieser Sorte Naturheilkundiger deshalb in einen Topf wirft, weil sie im Auslande haben studieren müssen, da engherzige Funstanschauungen ihnen früher das Studieren auf deutschen Universitäten verwehrt haben. Auf dem Standpunkt, daß nur deutsche Bildungsstätten vertrauenswürdigere Ärzte hervorbringen können, wird ja wohl auch Herr Dr. Runge nicht stehen, und schon daher ist es nach unserer Meinung im hohen Grade unangebracht, wenn er als Arzt schlanweg behauptet, daß wohl das Studium in Moskau oder Erlangen aber nicht das Studium in Zürich zur Stellung einer Diagnose befähigt, wenn er eine Frau, die mit Ehren in der Schweiz bestanden hat, verächtlich eine sogenannte Ärztin schilt. Eine solche Verquickung des Kampfes gegen die Kurpfuscherei mit dem Kampf gegen die weibliche Konkurrenz ist bedauerlich, weil sie in ihrer Durchsichtigkeit das Publikum mißtrauisch gegen die Ärzte macht und es zu der verhängnisvollen Ansicht verleitet, daß auch der Kampf, den die ärztliche Wissenschaft gegen die Kurpfuscherei führt, nicht aus vornehmen Beweggründen aufgenommen sei.

Schönheitsfehler der heutigen Justiz.

Die Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Richard Rogowitz, wie wir vor einigen Tagen meldeten, wegen Mißhandlung ihres dreijährigen Kindes zu ganzen zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, während der Ehemann in der Berufungsinstanz mit der Freisprechung davonkam. Ueber dies Urteil regten sich hiesige Blätter mächtig auf. In einer Zuschrift an die „Berl. N. Nachr.“ heißt es:

Kann es überhaupt etwas Nichtswürdigeres geben, als einen Menschen und nun gar ein armes, hilfloses Kind raffiniert zu Tode zu quälen? Ist das nicht tausendmal schlechter, als wenn aus Mache oder Gewinnsucht usw. ein rascher Mord durch Säure, Gift, Messer usw. verübt wird? Und dieser Mörder wird mit dem Tode oder langjährigem Zuchthaus bestraft, die menschliche Bestie aber, die sich in kannibalischer Grausamkeit an Kindern zu vergeht, kommt leichtesten Kaufes davon. Was müssen solche richterlichen Entscheidungen zur Folge haben? Entweder, daß das Rechts- und Sittlichkeitsgefühl im Volke in Grund und Boden ruiniert wird, oder daß man zum Lynchens greift. Alle Augenblicke hört man von solchen Unbegreiflichkeiten. Vor einiger Zeit las man von einer Mutter, die auch verurteilt hatte, ihr Kind zu Tode zu quälen, und mit sechs Monaten bestraft wurde; dann gaben Blätter ihrem Erlaunen Ausdruck, daß bei einem jüdischen Gericht ein Diebstahl mit einem Jahre Gefängnis und ein Sittenverbrechen an einem unglücklichen Kinde auch nur mit der gleichen Strafe bedacht worden war, jetzt kommt so eine Bestie von Mutter gar mit zwei Monaten davon und der Vater wird freigesprochen. Aber wenn ein ehrlicher Mann unsankt mit einem Scharfen verfährt, wie der Stallmeister mit dem, der sein Kind vergewaltigen wollte, und ihn gebührend mit der Keilspitze traktierte, dann wird die Klage des Halunken angenommen und der Vater bestraft.

Ähnliche Betrachtungen finden sich auch in anderen Blättern, und wir wollen keinesweges behaupten, daß mit den darin enthaltenen Vorwürfen unserer Justiz irgend welches Unrecht geschieht. Woegen wir uns aber wenden müssen, das ist die Anschauung, als ob Urteile der erwähnten Art dem Geist der heutigen Justiz widersträuen, gewissermaßen nur als Anwürfe zu betrachten seien. Es geht ganz naturgemäß durch unsere Klassenjustiz die Tendenz, Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum möglichst empfindlich, Verbrechen und Vergehen gegen die Person hingegen namentlich dann verhältnismäßig mild zu bestrafen, wenn diese Delikte als Ausfluß der Autorität angesehen werden können. Nur in dem einen schmerzlichen Fall werden Vergehen gegen die Person mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft, wenn sie im Lohnkampfe von ehrenwerten Arbeitern an Streikbrechern begangen werden.

Diese Gerechtigkeit gibt sich ebenso konsequent, wie die, die sich gegen Redakteure oppositioneller Blätter derart lehrt, daß die Opfer der Justiz es nicht selten noch als besonderen Glücksfall betrachten, wenn sie für den Kampf gegen schlimme Mißstände, für Laten, die ihnen die Bevölkerung in hohem Maße dankt, mit einer Strafe davon kommen, wie sie im Falle Mochde gegen eine Bestie von Mutter ausgesprochen worden ist. Die staatsbehaltenden Interessenten der heutigen Justiz begeben sich auf eine gefährliche Bahn, wenn sie aus Anlaß solcher Mißhandlungsfälle Lärm machen. Entweder muß man die Klassenjustiz mit ihren Schönheitsfehlern in den Kauf nehmen oder mit aller Energie an ihrer völligen Beseitigung arbeiten.

Die Berliner Schlächterinnung.

welche sich dadurch auszeichnen wird, daß die Herren Innungsmeister bei der bevorstehenden Einzugsfeier des Kronprinzenpaares hoch zu Ross und schwerumgürtet an der Spitze des Festzuges erscheinen werden, scheint wenig Interesse für die Zustände in ihrer Herberge und dem Arbeitsnachweis zu haben. Beide Innungsinstitute befinden sich in Verbindung mit einer Smeipe in dem Hause Mulackstraße 3, einer Straße, welche von Prostituierten und deren Zuhältern als Schlupfwinkel besonders bevorzugt wird. In und vor diesem „Innungsheim“ scheinen derart schlimme Zustände zu herrschen, daß die Polizeibehörde ohnmächtig ihnen gegenübersteht. Im letzten Halbjahre haben vor dem Herbergsgebäude 64 Sistrungen durch Polizeibeamte stattgefunden. Prügeleien und Verletzungen der Passanten durch die oft in großen Scharen vor dem Herbergslokal versammelten Romdies haben es notwendig gemacht, die dort aufgestellten Schutzmannsposten zu gewissen Tagesstunden zu verdoppeln.

Auch die inneren Einrichtungen dieser „Musterherberge“ sind derartige, daß sie ein Einschreiten der Polizeibehörde nötig machen, da sie den Grundsätzen der Hygiene in keiner Weise entsprechen. In schlechten Räumen waren die Betten kafersmäßig übereinandergestellt. Dabei waren die Lokalitäten so überfüllt, daß eben die erwähnten Menschenansammlungen auf der Straße wegen Platzmangel hervorgerufen wurden.

Die Innung glaubte nun die Zustände dadurch zu verbessern, daß sie die Betten nicht mehr übereinanderstellen läßt, und die Lokalitäten einer notdürftigen Reparatur unterzog. Eine durchgreifende Verbesserung der elenden Verhältnisse scheint aber nicht eingetreten zu sein, denn der Polizeipräsident hat sich jetzt an die Gewerbe- und Polizeideputation des Magistrats, als Aufsichtsbehörde für die Berliner Innungen, gewandt und von dieser verlangt, energische Schritte zur Beseitigung der Mißstände vor der Schlächterinnungs-Herberge zu tun.

Die Angelegenheit kam am Mittwochabend in der Gewerbe- und Polizeideputation zur Verhandlung. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung vor der Herberge nicht Sache der Gewerbe- und Polizeideputation, überhaupt der städtischen Behörden, sondern Sache der Polizei sei, diese könne auch, falls in dem Herbergs-Restaurant Prügeleien usw. vorkämen, den Schankbetrieb untersagen, von welchem Rechte sie ja öfter Gebrauch gemacht hat. Da die Polizeibehörde mit so weitgehenden Nachmitteln ausgestattet sei, wäre es eigentümlich, wenn im vorliegenden Falle die Gewerbe- und Polizeideputation gewissermaßen den Exekutiv der Polizeiverwaltung spielen würde. Was die inneren Einrichtungen der Herbergs- und Arbeitsnachweis-Lokalitäten betreffe, so wäre es allerdings Pflicht der Schlächterinnung, welche ja die reichste der Berliner Innungen sei, geordnete Zustände zu schaffen, damit den zureichenden Gesellen eine modernen Anforderungen entsprechende Herberge zur Verfügung steht.

Um in dieser Hinsicht an Ort und Stelle die Herbergsverhältnisse zu untersuchen, wählte die Gewerbe- und Polizeideputation aus ihrer Mitte eine Subkommission, welche in der nächsten Plenarsitzung Bericht erstatten soll, worauf dann über das Verlangen des Polizeipräsidenten Beschluß gefaßt werden wird.

Die Einzugsfeierlichkeiten zur Kronprinzen-Hochzeit gestalten sich wirklich reizend. Man lese den „Lokal-Anzeiger“: „Das Kostüm der Ehrenjungfrauen, das verschiedenen Änderungen unterworfen wurde, ist jetzt endgültig festgestellt. Danach wird das Kleid aus weißem Boile hergestellt, die Ärmel sind halblang eingezogen und mit Chiffon-Bolans versehen. Die Taille wird abgeschliffen durch einen breiten Liberty-Gürtel. Der Hofstaat ist das ursprüngliche Gretchenkostüm insofern etwas angepaßt, als die Taille hinten und vorn etwas ausgehauen ist.“

Hiergegen wird hoffentlich die Kreisynode nichts einzuwenden haben.

Weiter: Die von der Stadt Berlin geplante Festdekoration hat wesentliche Vereinfachungen erfahren. Der Schmuck des Brandenburger Torcs wird lediglich aus Girlanden, Kränzen und Fahnen bestehen; die Säulen des Torcs bleiben ganz frei. Auf dem Pariser Platz können die hohen Pfeiler mit den Blumen streuenden Bären nicht zur Ausführung, auch der Eingang zu den Linden, für welchen ein Triumphbogen vorgesehen war, bleibt frei.

Wir hätten es uns sehr sinnig vorgestellt, wenn dem Blumenstreuen Bären das obstrittische Wappentier ihn ähnlicher Tätigkeit zugeeignet worden wäre.

Wegen zu schlechter Garderobe wollen die Hochschüler schwänzen. Wie nämlich dem „Lokal-Anz.“ gemeldet wird, haben die Hochschulen Berlins ihre Beteiligung an der Spalierbildung bei dem Einzuge der Herzogin Cecilie heute einstimmig zurückgenommen. Sie haben dies damit begründet, daß die Tracht der Chargierten nach dem Stundenlangen Verweilen im Spalier so gelitten haben dürfte, daß sie darin zu dem Kommerz und dem Fadelzug, die bekanntlich gleichfalls von der Studentenschaft geplant sind, nicht mehr erscheinen könnten. An die Stelle der Hochschulen, die vor der Universität hätten Aufstellung nehmen sollen, werden die Kadetten kommen, deren Teilnahme an der Spalierbildung der Kaiser ohnehin gewünscht hatte.

Die Spekulation auf die liebe Reugier macht sich immer bezahlt. Die Nachfrage nach Tribünen-Plätzen für den Einzug der Herzogin Cecilie am 8. Juni d. J. hat dazu geführt, daß fünfzig Köpfe die Dächer am Pariser Platz zu mieten versuchten. In einem uns bekannten Falle ist es geglückt. Das Dach des Palais ist für 500 M. für wenige Stunden vermietet worden. Es sollen dort Plätze, die durch ein Gitter geschützt werden sollen, angebracht werden. Der erste Mieter hat aber bereits sein Recht für 3000 M. weiter an einen dritten abgetreten. Die Wohnungsinhaber haben zum Teil ihre Fenster, die nach der Straße unter den Linden zu liegen, schon fest vermietet. Eine Dame hat für den 8. Juni schon die ganze Jahresmiete erhalten und hofft nun noch die Fenster an den übrigen Tagen so vermieten zu können, daß sie eine Reise nach Italien unternehmen kann, ohne deshalb ihren ersten Gewinn anreichen zu müssen. Für bequeme Plätze sind 80 und 100 M., in einigen Fällen sogar noch bedeutend mehr, gezahlt worden. Die Hotels in Berlin nehmen schon jetzt keine Anmeldungen mehr für den 8. Juni entgegen. Sie sind vollständig belegt und würden noch einmal soviel Gäste aufnehmen können, wenn sie Platz dafür hätten. Und da klage noch einer, daß der Idealismus im deutschen Bürgertum zum Teufel gegangen sei. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern auf dem Pariser Platz. Einer der Bäume, die zur Einzugsfeier dort postiert werden, fiel beim Hochgehen um und erschlug einen Arbeiter.

Ein Fall, welcher zeigt, daß die Expressionen aus § 175 des Strafgesetzbuches nicht bloß an wohlhabenden Personen verübt werden, sondern auch an minderbemittelten Leuten, führte gestern zu der Verhaftung eines etwa 20-jährigen Kaufmanns, namens Hugo Haume aus der Heidestraße. Haume verlebte seit längerer Zeit einen ihm als homosexuell bekannt gewordenen Hausdiener um den größten Teil seines Wogensohns. Als Haume letzten Sonnabend dem Haus-

diener wiederum auflauerte, schlug dieser am Velle-Alliance-Platz auf seinen Beiniger los, was einen großen Menschenauflauf zur Folge hatte. Dem Hausdiener gelang es schließlich, auf die Station Galesches Thor der Hochbahn zu fliehen, doch folgte ihm Haume mit einigen Komplizen nach. Schließlich gab der Hausdiener wieder von seinem Gelde heraus, doch erklärte der („Es sei, falls er keine größere Summe bekäme, werde er „weitere Schritte tun, vor allen Dingen ihm in seinem Geschäft Unannehmlichkeiten bereiten“. Hierauf wandte sich der Hausdiener in seiner Verzweiflung an das wissenschaftlich-humanitäre Komitee, welches mit Hilfe der Kriminalpolizei die Festnahme des gefährlichen Burden veranlaßte.

Palettsiebe treiben in der letzten Zeit in den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern der Friedrichstraße und in den Hochschulen wieder ihr Unwesen. Es geht kein Tag vorbei, an dem sie nicht hier oder da stechen. In der Universität wurde einmal einer ertappt, als er über seinen eigenen einen zweiten Paletot überzog. Er entkam aber wieder, bevor ein Schutzmann erschien.

Die neuen Milchhallen, die die „Gemeinnützige Gesellschaft für Milchwirtschaft“ plant, werden voraussichtlich schon am 15. Juni, spätestens aber am 1. Juli in Betrieb gesetzt werden. In Berlin hat der Verein für Volkshygiene die ersten Vorbereitungen in die Hand genommen. Es hat sich ein Komitee gebildet, dem unter anderem die Hygieniker Professor Ostergaard von der Tierärztlichen Hochschule und Dr. Beerwald angehören. Ebenfalls sind beteiligt daran der Landwirtschaftsminister von Roddick und der Vorstand der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer. Die Gesellschaft für Milchwirtschaft plant die Errichtung von 15 geschmackvoll eingerichteten Holzhäusern, die an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders an der Peripherie, plaziert werden. Zum Ausschank sollen kommen: Vollmilch, Magermilch und Buttermilch, die in hygienisch einwandfreier Weise dem Publikum dargeboten werden. Die Milchhallen enthalten alle Küchlein. Der Preis der Milch wird voraussichtlich 5 Pf. für das Zweieinzelglas Vollmilch und für das Biergeschlößchen Magermilch und Buttermilch betragen.

Ein gewerkschaftlicher Kollied wurde gestern einmal abgefaßt. Es ist ein 37 Jahre alter Anton Glasinski, der in der Verbredewelt den Spitznamen „Schlächter-Anton“ führt. Der Unberberliche erhielt zuletzt vier Jahre Zuchthaus und wurde erst vor kurzem entlassen. Vorgestern stahl er am Hohen Steinweg von einem Kollwagen eine Kiste, die für 100 Mark Käufernwaren enthielt. Der Richter holte ihn in der Klosterstraße ein und übergab ihn einem Schutzmann.

Feuerbericht. Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr wurde die Wehr nach der Dresdenerstr. 34/35 gerufen, weil dort im linken Seitenflügel des dritten Hofes in einem Lagerkeller für Papierabfälle der Steindruckerei von Selmar Wager auf nicht ermittelte Weise Feuer entstanden war. Der letzte Löschzug hatte längere Zeit Wasser zu geben, um die Gefahre zu beseitigen. — Noch mehr Arbeit fand die Wehr abends in der Badstr. 59. Dort stand bei ihrer Ankunft ein Laderraum der Goldschrank- und Eisenindustries-Altengelschloß „Panzer“ in Flammen. Um diese zu ersticken, mußte Brandinspektor Julius mehrere Rohre vornehmen lassen. Vermutlich ist das Feuer durch einen Trockenofen ausgekommen. — Außerdem mußten in den letzten 24 Stunden dann noch einige kleinere Brände abgelöscht werden.

Ein Vortrag mit Lichtbildern über Schiller findet Sonnabend, den 27. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula des Dorothienstädtischen Realgymnasiums, Georgenstraße 30—31, für die Gäste der Arbeiterinnenheimen statt. Der Eintritt ist frei; Mädchen und Frauen sind willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Geisteskranke vor Gericht. Ungeöhnliche Menschenschicksale müssen den beiden Angeklagten beiderseits gewesen sein, die gestern unter der Anklage des Betruges sich vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatten. Es waren die Baroness Viktorine Wolff von Lodenward und deren Sohn, der „Theologe“ Erwin Date. Beiden leuchtete das flackernde Feuer des Betruges aus den Augen. Die Angeklagte, die einem alten Weidgeschlecht entstammt, war mit dem Rittergutsbesitzer Date verheiratet, ist von diesem geschieden und hat seitdem ihren Mädchennamen wieder angenommen. Ihr Rittergut Lodenward lag in Sachsen-Meinungen. Welche Schicksalschläge sie betroffen und in welcher Weise sie immer tiefer und tiefer gesunken ist, ist im gestrigen Termin nicht zur Sprache gekommen. Sie scheint mit ihrem Sohn ziel- und planlos in der Welt umherzugeschwehen, denn ihr Strafregister weist zwei Vorstrafen wegen Wettens auf, außerdem ist sie wegen Betruges in Pössa, Jugoistadt, Glaucha, Chemnitz, Woidau, Salsungen verurteilt worden. Zuletzt hat sie in Innsbruck in Tirol gewohnt. Ihr Sohn Erwin behauptet, Theologie studiert zu haben. Er erläutert dies auf eingehendes Befragen dahin, daß er „privatim bei sich selbst“ studiert, indem er die heilige Schrift immer wieder gelesen habe. Er ist auch einmal bei einem Studienmaler in der Lehre gewesen, nachdem er mit vierzehn Jahren aus der vierten Klasse der Volkshochschule abgegangen war. Nach seiner Angabe habe er die Malerei aufgegeben, weil in der Bibel geschrieben stehe: „Du sollst Dir kein Bild oder Gleichnis machen“, und so habe er keine Sünde begehen wollen. Die Mutter gab dem Gerichtshof ein über das andere Mal die Versicherung, daß ihr Sohn ein „sehr edler“ Mensch sei. Die „Adressanten vom siebenten Tage“ in Neu-Weisenau hätten ihn so sehr gequält, daß er hierher zu kommen, und so habe sie denn ihm zu Liebe die zweite Reise von Innsbruck nach Berlin unternommen und sei hier ohne große Mittel angekommen. Beide Angeklagte logierten sich am 7. März er. bei dem Restaurateur Großkopf in Groß-Lichterfelde ein und empfahlen sich von dort ohne Abschied, dem Wirt die unbeglichene Rechnung für Kost und Logis in Höhe von 44 M. zurücklassend. Bei einem Gastwirt in Großbeeren ist sie 8. M. 50 Pf. für empfangene Genußmittel — vorzugsweise Rum — schuldig geblieben. In Altenburg hatte sie durch ihren Sohn einem in demselben Hotel wohnenden Hauptmann v. Gemmingen einen Brief zugesandt, in welchem sie erklärte, sie befinde sich auf der Rückreise von Tirol, ihr erwartetes Geld sei ausgegeben und sie sei in momentaner Verlegenheit, da sie ihre hohen Verwandten im Stich gelassen hätten. Der Sohn soll sich dabei als „Standesgenosse Studiosus von Wolf“ vorgestellt haben und erhielt dann auch 20 Mark. Die Angeklagten bemühten das Geld aber keineswegs zum Ausgleich ihrer Schuld beim Hotelwirt. — Das Bild, welches Gerichtsarzt Dr. Hoffmann von der Geistesverfassung der Angeklagten entwarf, war grau in grau gehalten. Danach stammt die Frau aus einer Familie, die schwer erblich belastet ist und sie hat durch Narkotikumgenuß und Alkoholmißbrauch ihr Nervensystem vollständig zerstört. In wirren, krausen Erzählungen pflegt sie zu behaupten, der alte Kaiser Wilhelm sei der Vater ihres Sohnes gewesen und der Landgraf von Hessen warte jeden Tag auf den letzteren und werde das Gericht schwer dafür bestrafen, daß es gewagt habe, sie und den Sohn in Haft zu nehmen. Der Sachverständige erklärte, eine in den Akten befindliche Bemerkung unterzeichnen zu müssen, die dahin ging: wie ist es nur möglich, daß eine Frau so lange betäubt und vagehondierend in der Welt umherzieht, ohne dauernd festgesetzt zu werden, obgleich doch bei den verschiedensten Anlässen ihre geistige Verfassung zutage treten muß. Dr. Hoffmann erklärte die Frau für schwachsinzig auf hysterischer und alkoholischer Basis, den Sohn für einen ausgesprochenen Schwachkopf, beide aber auch für gemeingefährlich und der Unterbringung in eine Anstalt bedürftig. — Auf Grund dieses Gutachtens erkannte der Gerichtshof

auf Freisprechung der beiden Angeklagten. — Datto etwa ein Mediziner behauptet, daß diese Angeklagten geisteskrank sind und daß diese Geisteskrankheit bereits bei verschiedenen Anlässen hätte erkannt werden müssen, so wäre ihm gewiß als Antwort — eine Anklage wegen Verleumdung der Ärzte und Beamten der verschiedenen Gefängnisse, in denen diese Unglücklichen bisher interniert waren, geworden. So beseitigt man in Preußen die Schäden des Strafvollzuges.

Wenn ein Schuhmann „aufgeregt“ ist, kann sich die gleichgültigste Dagebatter leicht zu einer großen Aktion auswachen, wie eine Verhandlung zeigte, die am Donnerstag das Schöffengericht beschäftigte. Es war an einem Septembertage im vorigen Jahre, als der Schuhmann Schröder den Strahnhändler Danziger aufforderte, mit seinem Handeltswagen weiter zu fahren. Die gewöhnlich bei solchen Anlässen kam es auch hier zu einem Hin- und Herreden zwischen dem Beamten und dem Händler und die Folge davon war die Stützung des Händlers. Dieser hielt den Schuhmann, der ein sehr aufgeregtes Wesen zur Schau trug, für betrunken und sagte ihm das mit den Worten: „Sie sind ja nicht zurechnungsfähig, Sie haben zuviel getrunken“. Natürlich entstand während dieses Auftritts ein großer Aufruhr. Danziger, der sich vor dem, seiner Meinung nach betrunkenen Schuhmann fürchtete, ließ nach der Wache, um sich Hilfe gegen Schröder zu holen. Eine Anzahl von Schutzleuten erschien nun auf dem Schauplatz des „Grennhauses“, und als sich Danziger unter deren Schutz stellte, rief ihm Schröder zu: „Jetzt hast Du wohl... in de Hosen, Jungelen“. Im Ruck der Polizeiwache will Danziger durch Schröder mit Schlägen bedroht worden sein, die nur durch das Dazwischentreten anderer Schutzleute verhindert worden seien. Auf der Wache selbst hat Schröder mit Verletzung auf Danziger und einen heftigen Ausdruck wie „Judenbengel“, „Judenbange“ gebraucht. — Die Folge dieses Vorganges war eine Anklage wegen Verleumdung, die sich sowohl gegen Schröder wie gegen Danziger richtete. Nicht weniger als 12 Zeugen waren geladen, um die beleidigenden Äußerungen festzustellen. — Beide Angeklagte wurden verurteilt. Danziger, weil er dem Schuhmann Trunkenheit vorwarf, zu 50 M., Schröder zu 20 M.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Ostern) hatte am 23. Mai in Bochers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17, eine Versammlung. Nachdem man das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise geehrt hatte, hielt Genosse Stadtverordneter Datzmann einen Vortrag über: Die preussische Gesetzgebungsmaschine und die beschlossenen Klassen. Redner erörterte kritisch Herkunft und Zusammensetzung des preussischen Parlaments und würdigte es als eine Herrschaftsbeziehung von Geld und Junkertum, wobei er auf verschiedene gesetzgeberische Akte der Neuzeit, namentlich auf die ständische Behandlung der Bergarbeitergesetzgebung bezug nahm. Die beschlossenen Klassen müßten alles daran setzen, die politische Herrschaft der Besten in den Bundesstaaten lahm zu legen, das „elendeste aller Wahlsysteme“ zu stürzen. Das Bestehenbleiben dieses alten Klappergeschäftes von Gesetzgebungsmaschine bilde die größte Gefahr. Denn die herrschenden Klassen würden nicht nur dabei stehen bleiben, dem Reichstage die gesetzgeberische Tätigkeit zugunsten der Landesgesetzgebungen immer mehr zu beschränken, so lange sie diesen Rückhalt hätten, sondern auch den Sturz des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Reiche herbeizuführen suchen. Darum müsse man Sturm laufen gegen das Klassenparlament. Zur Agitation in dieser Richtung sei gerade jetzt wieder die günstigste Gelegenheit. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Diskutiert wurde nicht.

Der Vorsitzende forderte zu zahlreicher Beteiligung an der Fußpartie am Himmelfahrtstage auf.

Die Gasarbeiter sämtlicher Betriebe der Stadt Berlin hielten am 24. Mai in den Arminhallen, Nonnendammstr. 20, eine Versammlung ab, die vom Zentralverband städtischer Arbeiter einberufen worden war. Reichstagsabgeordneter Emanuel Wurm (Mitglied der städtischen Gasdeputation) referierte über die hygienische und soziale Bedeutung des Achtstundentages und der Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt. Er bewies die Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit für die Gasarbeiter. Die Arbeit in den Gasbetrieben sei so schädlich, daß die Arbeitszeit der Gasarbeiter länger sein müsse, wie die anderer Arbeiter. Mit Rücksicht darauf könnte vom Bundesrat ein gesetzliches Eingreifen gemäß § 120 der Gewerbeordnung gefordert werden. Darauf dürfe man aber nicht zu große Hoffnungen setzen, man brauche bloß an die „sanitäre“ Maximalarbeitszeit der Arbeiter von zwölf Stunden und der Maschinenarbeiter von vierzehn Stunden denken. Einen wirklichen sanitären Arbeitstag könnten die städtischen Gasarbeiter nur erreichen, wenn sie sich organisierten und eine Macht bildeten, wie andere Arbeiter auch. Die städtischen Behörden gingen den Arbeitern gegenüber von denselben Grundfragen aus, wie die Privatunternehmer. Die „Vossische Zeitung“ habe den Standpunkt des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordneten wiedergegeben, wenn sie aussprach, es müsse einer kleinen Gruppe von Arbeitern ein unzulässiges Gesuch auf Kosten der Steuerzahler machen, wenn den städtischen Arbeitern günstigere Arbeitsbedingungen gewährt würden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten unterstützen jederzeit die Forderungen der Arbeiter, aber alles werde nicht durchgreifen, wenn nicht die städtischen Arbeiter selber eine festgeschlossene Macht bildeten.

Zur Frage, wie die Achtstundebewegung der städtischen Gasarbeiter fortzuführen sei, sprach dann der Ortssekretär E. Dittmer. Er trat besonders für Schaffung eines Kampffonds und für die Stärkung der Organisation ein, damit im nächsten Jahre wegen der Verkürzung der Arbeitszeit vorgegangen werden könne, und las schließlich seine Ausführungen in folgenden Resolutionen zusammen:

I. „Nachdem in acht öffentlichen Betriebsversammlungen circa 1500 Gasarbeiter einmütig dokumentiert haben, daß sie die Einführung des Achtstundentages für Betriebsarbeiter, sowie des Neunstundentages für Handwerker, Hofarbeiter usw. als eine Notwendigkeit betrachten, eruchen die heute in den Arminhallen zahlreich versammelten organisierten Gasarbeiter sämtlicher Betriebe der Stadt Berlin den wohlwoll. Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium, baldmöglichst den Achtstundentag für Betriebsarbeiter (unter Beibehaltung des bisherigen Systems 1 Std. Arbeit, 1 Std. Pause), sowie den Neunstundentag für alle Handwerker, Hofarbeiter usw. zur Einführung zu bringen.“

Die Tatsache, daß bereits Bremen, Aachen, Paderborn, Königsberg, Mainz, Offenbach, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart und Wismar den Achtstundentag eingeführt haben, beweist, daß die größte Kommune Deutschlands mit ihren sechs Millionen Ueberbevölkerung im Gas-Etat sehr wohl in der Lage ist, die schwere, aufreibende Arbeit im Innenbetrieb durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erleichtern und damit den hygienischen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Die Versammelten sind ferner der Ansicht, daß die Stadt Berlin nicht erst abwarten sollte, bis vielleicht durch Bundesratsbestimmungen oder Gesetzesvorlagen der Achtstundentag in den Gasbetrieben eingeführt werden muß, sondern daß unsere Kommune vorangehen sollte in der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen, wie sie durch die beschwerliche Tätigkeit im Gasbetriebe unbedingt notwendig sind.

In dieser Erwägung beauftragt die Versammlung das Ortsbureau vorstehende Resolution dem Magistrat sowie den Stadtverordneten zu übermitteln, ferner werden alle Arbeiterschutzmittels der Gasbetriebe eruchtet, demnächst eine Ausschussung zu beantragen mit der Tagesordnung: Die Einführung des Acht- resp. Neunstundentages in den Gasbetrieben.“

II. „Zu weiterer Erwägung, daß die Einführung des 8- resp. 9-Stundentages (wie schon vor einigen Jahren) von den städtischen Beamten, Redakteur: Franz Kellner, Berlin. Für den

Behörden abgelehnt werden könnte, beschließt die Versammlung nach Möglichkeit die Organisierung der Arbeiter unter Veranlassung sowie allen Verbandsmitgliedern nahe zu liegen bei der demnächst stattfindenden Urabstimmung für den Kampffonds einzutreten, damit gegebenen Falls die vorstehende Forderung kategorisch gestellt werden kann.“

Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Die Hausdiener-, Bader- und Geschäftskaufmännervereinigung hielt am 17. d. M. ihre Generalversammlung ab. Nach dem Massenbericht, den der Kassierer Kluge gab, betrug der Einnahme von 1928 M. eine Ausgabe von 834 M. gegenüber, so daß ein Kasseebestand von 494 M. verbleibt. Der Arbeitsmittler erklärte in seinem Bericht, daß die Forderung der Arbeitsmittler gut wäre und legte den Kollegen den Wunsch nahe, alle Stellen, welche ihnen als frei bekannt werden, dem Bureau zu melden, da die besten Stellen noch immer unter der Hand weggingen. Bei der nachfolgenden Erziehung zum Vorstand wurde als Kassierer H. Grotke und als Revisor Wieling, als Delegierter zum Kartell Koch und als Ersatzdelegierter Kluge gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten wurden einige interne Sachen sowie die Abrechnung vom Familienabend erledigt und zur Beteiligung an der Herrenpartie nach den Ruderbooter Hallbergen am Himmelfahrtstage aufgefordert.

Eine öffentliche Kürschnerversammlung tagte am Mittwoch im Alten Schützenhaus. Sie war hauptsächlich zur Agitation bestimmt. Regge schilderte den Wert und die Unentbehrlichkeit einer starken Organisation für die bevorstehende Lohnbewegung in der Pelzbranche, sowie für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß wir kurz vor unserer Lohnbewegung stehen, fordert die Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die noch nicht organisiert sind, auf, ihrer Pflicht zu genügen und sich einer Organisation anzuschließen. — Ferner fordert die Versammlung alle Kollegen, namentlich die aus Oesterreich und Ungarn auf, soweit sie mit ihren Landsleuten Verbindung haben, sie von jetzt ab vor Zugzug nach Berlin streng zu warnen. Die Kollegen sind verpflichtet, in allen Werkstätten entsprechend dieser Resolution zu handeln.“

Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Kollegen des In- und Auslandes durch die Nachzeitung vor Zugzug nach Berlin zu warnen. — Sodann kam die über die Firma Jacob u. Prätigam verhängte Sperre zur Sprache. Die anwesenden Firmeninhaber, Herr Jacob und Fräulein Prätigam, suchten sich gegen den Vorwurf, einen Gehilfen wegen der Kaiserfeier gemahregelt zu haben, zu verteidigen. Die Versammlung nahm jedoch einstimmig eine Resolution an, in der die Maßnahmen gegen die Firma Jacob u. Prätigam für durchaus gerechtfertigt erklärt werden und die Kollegen und Kolleginnen sich verpflichten, die Werkstätte zu meiden. Die Firma hat übrigens gegen eine Arbeiterin und drei Arbeiter Anklage wegen Kontraktbruch erhoben, weil sie, als sie nachträglich erfuhr, daß bei der Firma gezeilt wird, ihrer gewerkschaftlichen Pflicht entsprechend die Arbeit einstellen. Ueber zwei Fälle ist bereits vor dem Gewerbegericht verhandelt worden. Sie wurden durch Vergleich erledigt, was von Regge und anderen Rednern in der Versammlung als bedauerlich bezeichnet wurde. Die Entscheidung über die beiden anderen Fälle steht noch bevor. Es wird sich hier um die prinzipielle Frage handeln, ob ein Arbeiter gestuzt werden kann, 14 Tage als Streikbrecher zu arbeiten, wenn er von einer Firma eingestellt wurde, ohne von dem Streik Kenntnis erhalten zu haben.

Literarisches.

Poverty by Robert Hunter. New York, Macmillan Co. 1904. Dies ist ein niederträchtendes Buch über die Armut in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Verfasser hat jahrelang in den armen Stadtvierteln von New York und Chicago gelebt und mit großem Fleiß das Leben der Armen studiert. Er schreibt mit viel Sympathie, aber auch mit viel Zurückhaltung, die ihn über alle Sensationsmacherei des gelben Journalisten erheben. Obwohl der Verfasser keine umfangreichen statistischen Tabellen liefern konnte, da die Sozialstatistik in den Vereinigten Staaten noch sehr unvollständig ist, so hat er doch alles zuverlässige Material gründlich benutzt, wie dies aus dem Buche selbst hervorgeht, ebenso aus den zwölf Seiten Bibliographie, die er dem Buche anhängt.

Hunters Studie hinterläßt unwillkürlich den Eindruck, daß die Industrie- und Handelszentren der Vereinigten Staaten sich gegenwärtig in demselben Zustand befinden wie im Englands der Charlistenbewegung; unbarmerzigere Aushöhlung, ungesunde Behauptung, eine große Reservearmee von Arbeitslosen, Mangel an einer durchgreifenden Fabrikgesetzgebung und allgemeine Unwissenheit über die Lage der arbeitenden Klassen: „Es gibt keine andere industrielle Nation, die so rückständig wäre in ihrem Wissen, in ihrer Gesetzgebung und in ihrem Verwaltungsapparat betreffend Reform ungesunder Zustände in den Fabriken, Minen und Werkstätten und betreffend Verhinderung oder Regulierung gefährlicher Industrieerfolge, die für eine sehr große Zahl von unglücklichen Berufskrankheiten, Unfällen und Tötungen verantwortlich sind.“ In ziemlich zehn Jahren gibt es in den Vereinigten Staaten nicht weniger als etwa zehn Millionen Personen in Armut, d. h. die Hälfte genährt, schlecht gekleidet und behaust sind. Davon werden etwa vier Millionen aus öffentlichen Mitteln unterhalten. Ueber zwei Millionen Personen sind von hier bis sechs Monate im Jahre arbeitslos. Ungefähr 500 000 Einwohner lassen sich jährlich in denjenigen Distrikten nieder, wo die Arbeitslosigkeit am größten ist. Ungefähr die Hälfte der Familien des Landes sind ohne Eigentum. Etwa 5 Millionen Frauen sind gezwungen, Arbeit zu suchen und 2 Millionen sind in Fabriken und Werkstätten beschäftigt. Ueber 1,7 Millionen kleine Kinder müssen Lohnarbeiter werden in einem Alter, wo sie noch auf der Schulbank sitzen sollten. Ungefähr 1 Million Arbeiter und Arbeiterinnen werden jährlich verunruhigt und getötet, und etwa 10 Millionen jetzt lebende Personen werden, wenn die Zustände nicht gebessert sind, an Tuberkulose sterben.

Der Verfasser ist kein Sozialist, wohl aber ein erster Sozialreformer, der auf dem Wege einer systematischen Arbeiterbewegung die den aufgefundenen Uebeln bekämpfen möchte, aber er bespricht die Schwierigkeiten nicht, die einer solchen Gesetzgebung im Wege stehen: die Dezentralisation der Vereinigten Staaten, die eine einheitliche Fabrikgesetzgebung unmöglich macht, dann die souveräne Macht des obersten Bundesgerichts, alle Sozialgesetzgebung als gegen die Verfassung zu erklären. Alle Schilderungen der amerikanischen Armut werden nicht helfen, solange die sozialistische Partei noch nicht stark genug ist, den besitzenden Klassen einen Schrecken einzusößen. Erst dann wird das Gewissen Amerikas erwachen und es werden Versuche gemacht werden, das wirtschaftliche Leben zu „ethisieren“.

Sehr interessant ist die Diskussion des Verfassers über die Abnahme der Geburten bei den Anglo-Amerikanern und das fortgesetzte Wachstum der fremden Bevölkerung. Der ganze Charakter des amerikanischen Lebens beginnt nach und nach ein anderer zu werden. Der Verfasser teilt die Ansicht Professor Walters, daß die Abnahme der anglo-amerikanischen Geburten eine direkte Folge sei der starken Einwanderung, und daß ohne diese die ursprüngliche Klasse sich stärker vermehrt hätte. Raus ist es wahr, daß die Geburtenrate im ersten Zusammenhange steht mit den ökonomischen Veränderungen in der Umwelt. Allein die Abnahme anglo-amerikanischer Geburten steht in Amerika nicht einzigartig da. Sie zeigt sich auch dort, wo von einer starken Fremdeinwanderung nicht die Rede sein kann, wie z. B. in Australien und in England selbst. Die Bevölkerungslehre ist noch eines der unerforschten Gebiete. Soviel scheint indes einigermassen sicher zu sein, daß die Periode des raschen Uebergangs vom Ackerbau zur Industrie und des Aufstehens moderner Industriezentren eine starke Geburtenrate aufweist, und daß nach und nach, wenn die Bevölkerung sich an das Industrieleben angepaßt hat und manche Bevölkerungsschichten einen hohen Grad von Versicherung erreicht haben, die Geburtenrate wieder abnimmt. Die Abnahme der

anglo-amerikanischen Bevölkerung in Amerika beweist nur soviel, daß diese ökonomisch und kulturell am höchsten steht.

Traumden das Buch eine treffliche und gewissenhafte Arbeit ist, erwarte ich nicht den geringsten profanen Erfolg davon. Wie gesagt, das Wachsen der sozialistischen Partei ist das einzige Mittel, eine sozialpolitische Gesetzgebung in Amerika zu schaffen.

M. B.

Vermischtes.

Eine Ehebruchstragedie aus dem Leben, wie sie die Phantastie der findigen Dramatiker kaum zu erfinden vermag, hat sich an dem sonst so friedlich Paris durchziehenden Kanal Saint-Martin abgespielt. Der Führer des Lastschiffes Marie Louise Marius Portot sah ruhig auf dem Verdeck seines verankerten Fahrzeuges und rauchte nach dem Abendessen gemächlich seine Pfeife. Seine Frau war kurz vorher weggegangen unter dem Vorwande, einige Einkäufe in dem Viertel zu besorgen. Plötzlich hörte der Schiffer einen durchdringenden Schrei und gleich darauf ein Geräusch, als ob zwei Körper ins Wasser fielen. Er zog sofort Rod und Ruder, eilte zu dem Orte, wo der Unfall sich ereignet hatte, und sah einen Mann und ein Weib mit den Köpfen eingen, dem Versinken nahe. Portot, ein sehr gewandter Schwimmer, rettete zuerst den Mann und dann die Frau. Erst als er sie auf Trockene gebracht hatte, sah er ihnen ins Gesicht und erkannte in der Frau seine eigene und in dem Manne einen seiner ehemaligen Gehilfen, den er hinausgeworfen hatte, weil er seiner Frau Liebeserklärungen gemacht hatte. Die beiden Schuldigen gestanden dem vor Gut lebenden Retter, sie hätten sich am Kai ein Steidchen gegeben, und seien Arm in Arm dahin gegangen, als Frau Portot ausstiegt und in den Kanal fiel, wobei sie ihren Liebhaber mitriß. Durchschäumend hörte der Schiffer diese Auseinandersetzungen an und rief dann: „Ich habe Euch das Leben gerettet, wie es meine Pflicht war. Jetzt habe ich das Recht, mich zu rächen.“ Mit diesen Worten stieß er seiner Frau einen Dolch in die Brust. Sie wurde schwer verletzt ins Spital gebracht, der Mörder aber vorläufig auf freiem Fuß belassen.

Der Liegnitzer Eisenbahnunfall vor Gericht. Die Liegnitzer Strafkammer verurteilte gestern den Lokomotivführer Kähler zu einem Jahre Gefängnis. Kähler soll das Eisenbahnunglück auf dem Liegnitzer Bahnhof am 2. April verschuldet haben, indem er das Haltsignal überfuhr und dadurch in die Planke eines Personenzuges fuhr, wobei drei Personen getötet und gegen 30 verletzt wurden. Der mitangeklagte Heizer Marschner, der die zweite Maschine führte, wurde freigesprochen.

Durch Verurteilungen von Lokomotivführern werden die Eisenbahnunfälle allerdings nicht verhütet werden.

Flammentod. In Offenbach brannten in der vergangenen Nacht die Gebäude eines Fuhrgeschäftes in der Mühlgasse nieder; dabei kamen zwei Frauen und drei Kinder um; ein Feuerwehmann erlitt schwere Verletzungen.

Bubonenpest. Aus Trief wird gemeldet: Wegen Ausbruches der Bubonenpest in Leith verfügte die Seebehörde Sperrmaßnahmen für alle von dort kommenden Fremdenzügen.

Ein furchtlicher Orkan richtete in Kaschau gestern nachmittag an Gebäuden und Kulturen kolossalen Schaden an. Die Temperatur ist rapide gesunken.

Schlagende Wetter. Auf der Grube Louisethal in St. Johann ist durch schlagende Wetter ein Bergmann getötet, vier andere sind durch giftige Gase schwer verletzt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Dankes. Gelmstraße. 1. Anzeigen: Arbeiter-Schwimmklub, A. Reuschel, Behmstr., Köstler, 131a. 2. Ja, wenn Sie von verschiedenen Elternpaaren abstimmen. — Technik 1905. Wir kennen die Leistungsfähigkeit des Vereins nicht. Wenden Sie sich an den Vorstand des Metallarbeiter-Vereins. — Färberwälderstraße. Firmen, Institute, Geschäfte etc. empfehlen wir grundsätzlich nicht. — A. 3. 214. Die Angaben im Verzeichnis beziehen sich auf den Durchschnitt. Ausnahmen gibt es freilich; sie beweisen aber nichts gegen die Regel. — H. 2. 1. und 2. Sie gehen in der Sache härter, wenn Sie sich an den betreffenden Herrn direkt selbst wenden würden. — M. 9. 100. Aachen. Nicht taktlos; folgen Sie lieber einem tüchtigen Arzt. — 110. Seite. 1. Aus dem Leben. 2. Das Weisse. — M. 6. Dr. A. 2. Hier, Kaiser Wilhelmstr. 46. — R. 6. Wir sind leider nicht im Besitz des Mittels. — W. 59. Das können wir nach Verlauf von 4 bis 8 Wochen nicht mehr feststellen. Dazu ist die Fragestellung durchaus unklar. — H. 8. 101. Dieses Lebensjahr. Hirschberg. Bitte im Ausbruch des nächsten Monats nachzusenden. Etwa 26-28 Mark. — Fortwärts! Auflage für Berlin und die Bezirke rund 66 000, Postabonnenten rund 6000, zusammen rund 92 000 Abonnenten. — Genf. In Berlin fordern die radikalen Genossen wie die radikalen 140 Mark Schulgeld pro Jahr. Bisher um, muß jeder selber beschaffen. — Schwaberg 30. Das Semester ist eröffnet, der Unterricht hat begonnen. Der Schüler nimmt bereits seit Wochen daran teil. Da braucht selbst bei unverschuldeter Behinderung des Schülers das Schulgeld nicht zurückgezahlt werden. Ihr Fall liegt aber so eigenartig, daß eine Eingabe doch Erfolg haben könnte. Vorstehender des Skatatoriums der Landwerkerschulen ist Stadtkonrat Gerkenberg, Adreßstr. 10. Vorstehender der Gewerbe-Deputation (der die Handwerkerschulen unterstellt sind) ist Stadtrat Weigert. Adresse ebens. — Göberdörfer. Adresse der „Firma“: A. M. P. Axelrod (pour la Rédaction) 4. Bd. Pont d'Arva, à Genève, Schweiz. — Adresse des „Chwobojdenje“: Sociétés nouvelle de librairie et d'édition (pour Osvobojsdenie) 17 rue Cujas, à Paris, Frankreich.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

20. 21. Sie müssen eine Eingabe an die Eisenbahndirektion richten. — Wölfer. 1. Es kann ein nicht gestatteter Anschlag herauskonstruiert werden. 2. Nein. — V. 8. Wölfer, 29. 1. Die Geburtenurkunden und des Bräutigams Matrikelpapier, sowie, falls die Braut minderjährig, die Einwilligung ihres Vaters ist erforderlich. 2. Doch. 3. Wenden Sie sich an eine Schwimmanstalt. — W. 2. 10. Eine Klage überreicht hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — G. 31. Die Frau muß sich bei der Erstellung des Auseinandersetzungscheins an das Amtsgericht wenden. Handelt es sich etwa um die Ehe zweier als Ehebrecher im Urteil Verurteilten, so ist das Landgericht am Dispend vom dem Eheverbot zu eruchen. — H. 23. Die Höhe legt das Gericht nach helem Ermessen fest. Veruchen Sie es, mit einer Jahresrente von 1200 M. durchzuführen. — W. 2. 2. 100. Bestimmte Sachen sind im Wesen als unpfändbar nicht bezeichnen. Vielmehr ist von Fall zu Fall zu entscheiden, was als unentbehrlich und deshalb unpfändbar zu eruchen ist. — H. 34. Die Höhe der Invalidentente richtet sich nach der Anzahl und Art der geleisteten Renten. Diese ist nicht angegeben. — H. 3. 2. 100. 1. 3. 3. — C. 2. 60. Verschämung liegt nicht vor. — V. 2. 50. G. 2. 1862. Jahrbuch. Ja. — H. 23. 37. Ihre Ansicht ist zutreffend; Sie können dieselbe dem Amtsgericht mitteilen. — D. 21. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — H. 2. 46. Leider sind Sie, da Sie keine abweichenden Bestimmungen für solchen Fall im Niedersatz vereinbart haben, zur Zahlung des Niedersatzes für die volle Dauer des Vertrages verpflichtet. — H. 50. 1. bis 3. Es muß der Antrag auf Hinterbenederente (Schweigebel) bei der Berufungsgenossenschaft gestellt werden. 1. Ja. — W. 2. 106. 1. und 2. 100. — M. 3. 1. Sie sind in vollem Umfange schadenerschuldigt, falls das Gericht annimmt. Sie trägt ein Verschulden. Gelangt das Gericht zu einer gegenteiligen Ansicht, so sind Sie nach keiner Richtung hin schadenerschuldigt. Sind Sie lediglich durch Zufall in die Sache hineingefallen, so liegt ein Verschulden auf Ihrer Seite nicht vor. 2. Sie viel Herde jemand vor einem Wagen spannen lassen will, hängt nicht davon ab, ob sein Name andeutet, daß er vo n jemand herkommt, sondern lediglich davon, wie groß sein Geldbeutel oder sein Kredit ist und welchen Geschmack er hat. — H. 3. 75. 1. und 2. 100. 3. Wenn Monatsgehalt der Wirtschafterin gezahlt wird und über die Rückzahlung nichts vereinbart ist, auch nicht etwa ein Besondereverhältnis besteht, so ist bis am 15. bis zum Ersten zu kündigen. — M. 2. 1. 3a. 2. 100. 3. 3a. — G. 2. 100. 1. 3a. 2. 100. 3. Sie können aber bei der Steuerdeputation um Halbzahlgungen mit Rücksicht auf Erfolg einkommen. — V. 2. 9. Soweit aus Ihrer Sachdarstellung ersichtlich, liegt Schadenerschuldigkeit vor. Gatte der Händler die Eingehung unter Vorbehalt angenommen, so läge die Sache anders.

Weiter-Prognose für Freitag, den 26. Mai 1905.

Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber perlendlich, bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.